



Seite 16

Machen Sie mit und informieren Sie sich
im neuen **Netzwerk der Bayerischen Gemeindezeitung!**
Diskutieren Sie kommunale Themen
direkt mit Kolleginnen und Kollegen!
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Starke Kommunen – Starkes



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gemeinsam mit KPV-Bundesvorsitzenden Christian Haase, MdB (4.v.r.) sowie stv. Bundesvorsitzenden Landrat Dr. Ulrich Reuter (l.) und dem bayerischen KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle (r.).
Bild: Bernhardt Link

Freiräume für passgenaue Lösungen!

KPV-Bundesversammlung und Kongress-kommunal in Koblenz

Rund 500 Delegierte und Gäste diskutierten während der KPV-Bundesversammlung in Koblenz über Digitalisierung, Energie- und Finanzpolitik sowie gleichwertige Lebensverhältnisse, kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Mobilität. Neben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB, nahmen u.a. die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner sowie NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, MdL, und Manfred Weber, MdEP, EVP-Spitzenkandidat für die Europawahl 2019 und stellvertretender CSU-Vorsitzender, an der Versammlung teil, die auch im Zeichen des 70-jährigen Jubiläum der KPV stand.

Bereits im Vorfeld hatte CDU-Vorsitzende Angela Merkel ihre Glückwünsche überbracht: „Ich gratuliere der Kommunalpolitischen Vereinigung im Namen der gesamten CDU Deutschlands und persönlich zu ihrem 70. Geburtstag. Seit 1948 ist sie die starke Stimme der Kommunalpolitik in Deutschland. Ihre Mitglieder sorgen nicht nur dafür, dass unser Föderalismus verlässlich ist, sondern arbeiten vor allem mit viel Einsatz dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten und Dörfern gut und gerne leben. Ich wünsche der KPV und ihren Mitgliedern alles Gute und Gottes Segen für die Zukunft.“

einer Schule in Äthiopien. Die Koordination liegt bei der Stiftung Fly&Help.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Mit Blick auf die wichtige Ar-

beit der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hatte der Bundesvorsitzende der KPV und Kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase, MdB, eingangs erklärt: „Die Einsetzung der Kommission war notwendig und ist ein wichtiges Puzzleteil im Gefüge. Aber jetzt muss auch geliefert werden. Im Jahr 2019 stehen neben den Europawahlen auch in zehn Bundesländern Kommunalwahlen an. Damit diese ein Erfolg werden, muss die Bundesregierung jetzt Handlungsfähigkeit

weisen. Konkrete Ergebnisse sind gefragt!“ Im Anschluss fassten die Delegierten einen Beschluss zur Förderung nach Dezentralisierung. Sie verwiesen darauf, dass Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auch finanziellen Gestaltungsfreiraum benötigen, um vor Ort passgenaue Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Jede Kommune in Deutschland müsse die gleichen Chancen erhalten, um für die Menschen die besten Möglichkeiten zu entwickeln. Gute Lebensverhältnisse für die Menschen zu schaffen, sei die originäre Aufgabe der Kommunen in ihrer Allzuständigkeit. Im Sinne der Subsidiarität hätten Bund und Länder die Aufgabe, die Kommunen zu ertüchtigen.

beweisen. Konkrete Ergebnisse sind gefragt!“

Im Anschluss fassten die Delegierten einen Beschluss zur Förderung nach Dezentralisierung. Sie verwiesen darauf, dass Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auch finanziellen Gestaltungsfreiraum benötigen, um vor Ort passgenaue Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Jede Kommune in Deutschland müsse die gleichen Chancen erhalten, um für die Menschen die besten Möglichkeiten zu entwickeln. Gute Lebensverhältnisse für die Menschen zu schaffen, sei die originäre Aufgabe der Kommunen in ihrer Allzuständigkeit. Im Sinne der Subsidiarität hätten Bund und Länder die Aufgabe, die Kommunen zu ertüchtigen.

Reform der Grundsteuer

Beschlossen wurde auch das Papier „Reform der Grundsteuer jetzt!“. Darin fordert die KPV die Bundesregierung und alle Länder auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, damit die Grundsteuer auch künftig als mit kommunalem Hebesatz verbundene Abgabe erhoben werden kann. Dabei ist durch Kombination von Faktoren über Größe, Nutzungsart und Lage sicherzustellen, dass die Erhebung in einem einfachen elektronischen Verfahren erfolgen werden kann und gewährleistet wird, dass das Erhebungsverfahren einfach zu handhaben ist und ohne großen Aufwand aktuell der Entwicklung anzupassen ist.

Dazu KPV-Bundesvorsitzender Haase: „Die Grundsteuer ist (Fortsetzung auf Seite 4)

Große Resonanz für „Nachhaltigkeit first!“

Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene verstärken

Rund 200 Teilnehmer aus Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft beschäftigten sich in Augsburg mit Umsetzungsmöglichkeiten und Fortführungsoptionen nachhaltiger Entwicklung im Kontext der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene in Bayern. Eingeladen dazu hatte die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global gemeinsam mit dem Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung in Bayern und RENN.süd.

Anknüpfungspunkt war die erste Nachhaltigkeitskonferenz „Vom Rio-Gipfel zur Agenda 2030“, zu der die drei Organisationen im November 2017 nach Nürnberg eingeladen hatten.

Prof. Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND Deutschland und Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung, rief zu einer Veränderung der Wirtschafts- und Konsumweisen auf.

Plädoyer für offene Diskursprozesse

Er hielt ein Plädoyer für offene Diskursprozesse. Notwendig hierfür seien unter anderem eine fortwährende Transformation und die Renaissance der kommunalen Agendaprozesse unter Einbindung der Sustainable Development Goals (SDG).

In „Blitzlichtern“ wurden fünf Themenbereiche, die auf kommunaler Ebene anschlussfähig an die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele sind, diskutiert. „Digitalisierung und Nachhaltigkeit – vom Duell zum Duett?“ erörterten Prof. Dr. Manfred Miosga (Universität Bayreuth) und Cynthia Matuszewski (Lifeguide Region Augsburg e.V.). Gerade weil die Digitalisierung den Energie- und Materialbedarf oft verschleierte, müsse die Digitalisierung der Nachhaltigkeit folgen – ein klarer Aufruf für: „Nachhaltigkeit first!“

Wichtig war den Veranstaltern auch das Thema „Gerechtigkeit im Diskurs“. Ohne Gerechtigkeit sei keine Nachhaltigkeit möglich, so Referentin Katharina Habersbrunner von Women Engage in a Common Future e.V.

Stark frequentiert waren die zwölf Institutionen und Organisationen, die sich mit ihren Informationsständen im „Wandelplenum“ auf dem Zukunftsmarkt im Foyer des Kongresszentrums präsentierten.

Die Stadt Nürnberg zeigte beispielsweise ihr Konzept des 4. Nürnberger Nachhaltigkeitsbe-

richts unter Einbindung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele.

In sieben Fachforen wurden weitere Themen vertieft:

Verortung der Agenda 2030 in der Kommune, Praxisbeispiele aus der Stadt Augsburg und dem Landkreis Amberg-Weilheim verdeutlichten unterschiedliche Herangehensweisen; zeigten aber auch Gemeinsamkeiten, wie die Bildung von Strukturen und Gremien in Form eines Nachhaltigkeitsbeirats mit den relevanten Akteuren der Kommune, auf. Ein Fachforum, bei dem u.a. das CSR-Netzwerk „Unternehmen Ehrensache“ und Veolia mitwirkten, beschäftigte sich mit der Einbindung von Unternehmen im kommunalen Nachhaltigkeitsprozess. Daneben hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich über rechtliche Grundlagen nachhaltiger Beschaffung zu informieren und Umsetzungsschritte und Handlungsfelder dafür zu diskutieren.

Eine Dokumentation der Veranstaltung erscheint demnächst unter www.service-eine-welt.de, www.kommunal-nachhaltig.de und unter www.renn-netzwerk.de/sued.



Inmitten des ganzen Vorweihnachtshypes reflektiert die Vorzimmerperle was Advent eigentlich bedeutet. Rüstzeit hieß das mal und meinte *adventus domini*, sich vorbereiten auf die Ankunft Christi. Mit dem rotbäckigen Fettsack im Kamin hatte das früher nichts zu tun. Seite 15

Bayerns Wirtschaftsminister setzt auf Praxisnähe

Schwerpunkte: Energiewende, Mobilfunk und regionale Förderung

Nach erst gut einer Woche im Amt, hat der neue bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger drei Schwerpunkte für seine Arbeit in der nächsten Zukunft verkündet: die Energiewende in Bayern voranzutreiben, die Mobilfunkversorgung im Freistaat zu verbessern und die regionale Wertschöpfung zu erhöhen. Der Chef der Freien Wähler, der in seiner ersten Pressekonferenz als Kabinettsmitglied seinem Vorgänger Franz Josef Pschierer bescheinigte, das Ministerium in einem guten Zustand übergeben zu haben, zeigte sich bei den anstehenden Themen gut eingearbeitet und praxisnah.

Aiwanger kündigte etliche Förderprogramme an. Im nächsten Jahr will er einige Auslandsreisen unternehmen, unter anderem nach China.

Programmatische und vernetzte Politik

Das Wirtschaftsministerium biete in der ganzen Aufgabebreite eine Palette an Themen mit vielen Schnittpunkten zu anderen Ministerien, die er durchaus nutzen wolle. Abgrenzung sei nicht sein Weg, sagte er. Ihm gehe es um programmatische und vernetzte Politik. Er wolle aus Bayern heraus in Deutschland mehr bewegen. Der Erfolg werde sich an der Zufriedenheit der Bürger zeigen.

Mit dem bayerischen Mobilfunkprogramm, das noch von seinem Vorgänger aufgelegt, aber „auf Bundesebene verschlafen“ wurde, sollen die sogenannten weißen Flecken oder Funklöcher im Freistaat beseitigt werden. Die EU-Kommission hat in diesen Tagen dieses Programm genehmigt. Seit 20. 11. gibt es dazu die Homepage www.mobilfunk.bayern.de.

Förderung der passiven Infrastruktur

Die Staatsregierung wird den Aufbau der passiven Infrastruktur (Masten, Fundamente, Leerrohre) fördern, die Mobilfunkbetreiber sollen die Standorte mieten und die aktive Technik

(moderne LED-Sendeanlagen) installieren. Zur Errichtung der Infrastruktur sieht das Wirt-



Hubert Aiwanger.

Bild: StMWi/V Ellerkmann

schaftsministerium zwei Möglichkeiten vor. Entweder errichtet die Gemeinde den Masten und vermietet ihn an die Mobilfunkbetreiber (Baufahrer-variante), oder die Gemeinde vergibt eine Konzession an ein Unternehmen, das den Standort einrichtet und vermietet (Fortsetzung auf Seite 4)

70 Jahre KPV

Zum 70-jährigen KPV-Jubiläum machten sich die Kommunalen in der CDU und CSU selbst ein Geburtstagsgeschenk und finanzieren aus Spenden den Bau

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Konstituierende Sitzungen der bayerischen Bezirkstage	2
Weitere finanzielle Entlastung der Familien	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Machen Sie mit! „1000 Schulen für unsere Welt“	3
Gold, Silber und Bronze für Bayerns schönste Dörfer	3
Digitalpakt und Hartz IV	4
Beleuchtung • Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	5 - 7
Kommunalfahrzeuge • Dienstfahrzeuge • Naturflächen	8 - 9
Kommunale Umwelt- und Abfallthemen	10 - 11
Wasser • Abwasser	12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Konstituierende Sitzungen der bayerischen Bezirkstage:

Größer und bunter

Die Ergebnisse der Bezirkstagswahlen stehen fest, entsprechend sind die bayerischen Bezirkstage zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammengekommen. Einen Wechsel an der Spitze gab es in Mittelfranken, Schwaben und Oberfranken: Dort haben mit Armin Kroder (Freie Wähler), Dr. Martin Sailer und Henry Schramm (beide CSU) neue Bezirkstagspräsidenten das Ruder übernommen.

Von einer Kooperation aus CSU, Freien Wählern und SPD werden künftig die Geschicke des Bezirks Oberbayern gelenkt. Bezirkstagspräsident Josef Mederer aus Altomünster wurde im Amt bestätigt, neuer stellvertretender Bezirkstagspräsident ist Rainer Schneider (Freie Wähler). Der gelernte Diplomverwaltungswirt war 24 Jahre lang Bürgermeister von Neufahrn im Landkreis Freising. Als weiteren stellvertretenden Präsidenten wählte das Gremium mehrheitlich den Peitingener Bürgermeister Michael Asam (SPD).

Dem Bezirkstag von Oberbayern gehören 82 Bezirkräte und Bezirksrätinnen aus zehn Fraktionen und Gruppierungen an. Die drei kooperierenden Fraktionen CSU, Freie Wähler und SPD verfügen über eine Mehrheit von 44 Sitzen.

Gutes, kollegiales und konstruktives Miteinander

In seiner Antrittsrede versprach Bezirkstagspräsident Mederer ein „gutes, kollegiales und konstruktives Miteinander über Parteigrenzen hinweg“. Es werde keine demokratische Gruppierung ausgegrenzt. „Das wäre unfair. Hier dürfen alle ihre Anliegen auf Augenhöhe einbringen, sofern sie keine demokratischen Grundsätze verletzen. Wichtig ist, dass wir zu einem guten Ergebnis im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Oberbayerns kommen.“

Diese breite Verankerung sei wegen der herausfordernden Aufgaben, die der Bezirkstag in der Wahlperiode bis 2023 zu bewältigen habe, besonders wichtig. Als Beispiel nannte Mederer die Übernahme der ambulanten Hilfe zur Pflege zum 1. Januar 2019 und den Aufbau von Pflegestützpunkten in Oberbayern. „Wenn ein Landkreis es wünscht, bekommt er einen Pflegestützpunkt für die neutrale und wohnortnahe Beratung“, versprach Mederer.

Des Weiteren stehe der Bezirk Oberbayern mit der Um-

setzung des Bundesteilhabegesetzes vor herausfordernden Aufgaben. „Bei jeder Entscheidung hier im Bezirk muss klar sein, Menschen mit Behinderungen sind keine Almosenempfänger oder gar Bittsteller. Sie haben ein Recht auf passgenaue Hilfen.“ Beim Bezirk stehe der „Mensch im Mittelpunkt“. Dies sei auch das zentrale Leitmotiv für die Weiterentwicklung der Kliniken des Bezirks Oberbayern. „Wir brauchen weniger stationäre und noch viel mehr ambulante Behandlungsangebote. Wir müssen die Kliniken zu den Menschen bringen“, betonte Mederer.

Einstimmig wählten die Mitglieder des Bezirkstags der Oberpfalz in der konstituierenden Sitzung den bisherigen Amtsinhaber Franz Löffler (CSU) erneut zu ihrem Bezirkstagspräsidenten. Seine Stellvertreter sind Thomas Thumann (Freie Wähler; Neumarkt i. d. OPf.) und Lothar Höher (CSU; Weiden i. d. OPf.). Das Gremium hat in der nächsten Wahlperiode 18 statt der regulären 16 Sitze. Die CSU bleibt mit sieben Sitzen stärkste Kraft.

Gestaltungsspielraum nutzen

Bezirkstagspräsident Franz Löffler dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und rief die Bezirkräte auf, sich der vielfältigen Aufgaben des Bezirks anzunehmen, auch wenn sie nicht so populär seien. „Aber es sind wichtige Aufgaben, die dort sind, wo es um das Mensch-Sein geht. Hier leisten wir einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag“, ist sich Löffler sicher. Als dritte kommunale Ebene wolle man den Gestaltungsspielraum nutzen, um für die Menschen in der Oberpfalz das Beste zu erreichen: „Nach der Konstituierung können wir nun guten Mutes die Wahlperiode angreifen. Arbeit gibt es genug und sie beginnt jetzt!“

Der alte und neue Präsident setzt auf klare Transparenz und umfassende Information der Bezirkräte, denn so gelinge gu-

te Arbeit. Zu den Herausforderungen der neuen Wahlperiode zählte Löffler die neuen gesetzlichen Grundlagen bei den Leistungen für Menschen mit Behinderung sowie für Pflegebedürftige, die weitere wohnortnahe Versorgung durch die medizinischen Einrichtungen des Bezirks und die Jugendarbeit.

Armin Kroder (Freie Wähler), Landrat im Nürnberger Land, ist der neue Bezirkstagspräsident von Mittelfranken. Er folgt auf Richard Bartsch (CSU), der seit 2003 an der Spitze des Bezirkstags stand. Der 45-Jährige Kroder gehört dem Bezirkstag seit 2013 an.

Zur stellvertretenden Bezirkstagspräsidentin wurde die langjährige Landtagsabgeordnete Christa Naaß (SPD) aus Haundorf gewählt. Sie hatte dieses Amt bereits in der vergangenen Wahlperiode inne. Zum ersten weiteren Vertreter wurde Daniel Arnold von den Grünen, zum zweiten weiteren Vertreter Titus Schüller (Die Linke) bestimmt.

Verantwortung breiter aufstellen

Bezirkstagspräsident Kroder erklärte nach seiner Vereidigung, dass er versuchen wolle, alle Bezirksrätinnen und Bezirkräte parteiübergreifend gleich zu behandeln. Da er die Verantwortung breiter aufstellen wolle, möchte er auch nicht alle Gremien selbst leiten. Statt der gesetzlichen 24 Mandate sitzen jetzt aufgrund der Übergangsmandate und Ausgleichsmandate 33 Bezirkstagsmitglieder aus neun Parteien im Bezirkstag Mittelfranken.

Eine schwarz-grüne Koalition mit Bezirkstagspräsident Martin Sailer (CSU) an der Spitze wird in den kommenden Jahren die kulturelle und soziale Entwicklung in Schwaben prägen. Sailer, Augsburger Landrat und seit 2013 Mitglied des Schwäbischen Bezirkstags, löst Parteifreund Jürgen Reichert ab, der seit 2003 das politische Ehrenamt bekleidete. Die CSU hatte sich in Schwaben bei der Bezirkstagswahl alle 13 Direktmandate geholt, die Grünen wurden mit insgesamt sechs Bezirksrätinnen und Bezirkräte zweitgrößte Kraft. Der Schwäbische Bezirkstag ist von 27 auf 36 Räte angewachsen, vertreten sind darin neun Parteien.

Barbara Holzmann, seit 1994 für die Fraktion der Grünen Mitglied im schwäbischen Bezirkstag, wurde zur stellvertretenden Bezirkstagspräsidentin ernannt. Auch gehören in den kommenden fünf Jahren die Bezirkräte Edgar Rölz (CSU), Alfons Weber (CSU) und Johann Fleschhut (Freie Wähler) als weitere stellvertretende Bezirkstagspräsidenten dem Präsidium an.

Neuer Beauftragter für Pflege und Senioren

Sailer erläuterte in seiner Antrittsrede die Grundzüge seiner politischen Agenda für die kommenden Jahre. Im Sozialen werde insbesondere ein Schwerpunkt auf die Problematik der Pflege gelegt werden müssen. Deshalb werde im Bezirkstag in Zukunft zusätzlich zum bisherigen Inklusionsbeauftragten auch ein Beauftragter für Pflege und Senioren neu installiert.

„In der Kulturarbeit will ich die kulturelle Basis fördern und zugleich offen sein für Neues, sei es nun durch einen Popmusikbeauftragten oder einen Ansprechpartner für neue Formen von Kunst und Kultur“, so

der neue Bezirkstagspräsident. Ein starkes Gewicht solle künftig auf umweltpolitische Fragen gelegt werden, auch dafür wird voraussichtlich aus dem Bezirkstag ein Beauftragter berufen werden.

Mit klarer Mehrheit wurde Dr. Olaf Heinrich (CSU) erneut zum Bezirkstagspräsidenten von Niederbayern gewählt. Der neue Bezirkstagsvizepräsident heißt Dr. jur. Thomas Pröckl (CSU). Der 49-jährige Unternehmer wohnt in Arnstorf, Landkreis Rottal-Inn, und ist seit 2013 Mitglied des Bezirkstags. Zur weiteren Stellvertreterin wurde Bezirksrätin und Landrätin Rita Röhl aus Teisnach (Landkreis Regen) bestimmt, die dem Bezirkstag seit 36 Jahren angehört. Insgesamt sind neun Parteien im Bezirkstag von Niederbayern vertreten.

In Oberfranken folgt der Kulmbacher Oberbürgermeister Henry Schramm (CSU) seinem Parteikollegen Dr. Günther Denzler nach, der das Amt des Bezirkstagspräsidenten seit 2003 innehatte. Als Erster Stellvertreter wurde Andreas Starke (SPD) wiedergewählt, als drei weitere Stellvertreter fungieren nunmehr Dr. Stefan Specht (CSU), Stefan Frühbeißer (Freie Wähler) und Dagmar Keis-Lechner (Grüne). „Diese breite Aufstellung soll das konstruktive Miteinander im Bezirkstag festigen, das bereits in der konstituierenden Sitzung zu spüren war“, verdeutlicht Schramm sein Ziel, möglichst alle Parteien mitzunehmen.

Die Schwächsten der Gesellschaft im Blick

Es gelte, gemeinsam die besten Lösungen für Oberfranken zu erreichen. „Ich lade alle Parteien ein, daran mitzuarbeiten. Dabei dürfen wir das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger nie aus dem Blick verlieren – gerade das der Schwächsten und Schwächsten unserer Gesellschaft. Dies ist unsere Hauptaufgabe, der wir uns als Bezirkstag stellen müssen“, appellierte Schramm an ein konstruktives Miteinander im höchsten politischen Gremium Oberfrankens.

Als größte Herausforderungen nannte er die Bereiche Soziales und Gesundheitswesen. Der demografische Wandel, die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, das Zukunftskonzept unserer Kliniken und der zunehmende Fachkräftemangel werden den Bezirk Oberfranken zukünftig beschäftigen.

Der Bezirkstag von Oberfranken ist größer und bunter geworden. 21 (bisher 17) Bezirkräte aus sieben Parteien (bisher fünf) gehören dem Gremium an. Die CSU stellt mit 8 Sitzen die größte Fraktion.

Umsetzung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes

Als Bezirkstagspräsident von Unterfranken bestätigt wurde Erwin Dotzel (CSU). Fest im Sattel sitzt auch weiterhin Bezirkstagsvizepräsidentin Eva Maria Linsenbreder (SPD). Zur weiteren Stellvertreterin bestellte der Bezirkstag Adelheid Zimmermann (FDP).

Dotzel bedankte sich in seiner Antrittsrede für das Vertrauen. Zugleich bot er allen Bezirkstagsmitgliedern eine enge Zusammenarbeit an. Er appellierte dafür, „offen und ehrlich miteinander umzugehen“. Zu den herausragenden Aufgaben der kommenden Wahlperiode zählte Dotzel insbesondere die Umsetzung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes, die Fortsetzung der zahlreichen Baumaßnahmen sowie die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel. **DK**

Neuer Kindergarten-Zuschuss:

Weitere finanzielle Entlastung der Familien

Ab Frühling 2019 wird in Bayern nicht nur für das letzte, sondern auch für das erste und zweite Kindergartenjahr ein monatlicher Zuschuss von 100 Euro pro Kind additiv zu den Elternbeiträgen gewährt. CSU und Freie Wähler haben am vergangenen Montag gemeinsam im Kabinett ihre Pläne zur Unterstützung der Familien beschlossen.

„Damit entlasten wir die Familien bei den Kosten für die Kinderbetreuung spürbar“, sagte Thomas Huber, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie im Landtag. „Zusammen mit dem Bayerischen Familiengeld, das wir als CSU bereits eingeführt haben, ist das ein starkes Signal und eine große Wertschätzung für die Familien. Deswegen ist Bayern Familienland Nummer 1.“

Ähnlich äußerte sich Florian Streibl, Vorsitzender der Freie Wähler Landtagsfraktion, zu den Kabinettsbeschlüssen: „Wir sind eine Familienkoalition“, sagte er. Mit den Beschlüssen werde eine Kernforderung seiner Partei umgesetzt und Familien in Bayern je Kind um bis zu 1.200 Euro pro Jahr entlastet. Zudem stand ein weiteres wichtiges Thema auf der Tagesordnung – der „Gründerpakt für Hebammen“. Dieser Bonus in Höhe von 5.000 Euro wird künftig den Berufsstart von Geburtshelferinnen erleichtern. So unterstützt die Staatsregierung einen äußerst wichtigen Berufsstand und sorgt dafür, dass es bald wieder ausreichend Hebammen in Bayern gibt. „Das neue Regierungsbündnis erweist sich bereits zum Start als echte Familienkoalition – damit sind wir Freien Wähler sehr zufrieden“, so Streibl.

Für seine Fraktion betonte Thomas Huber weiter: „Wir werden als CSU-Fraktion parallel zu dieser Entlastung natürlich weiterhin intensiv in den bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungspätzen, aber vor allem auch in weitere Qualitätsverbesserungen der Kinderbetreuung investieren. Dazu gehört, dass wir die Gewinnung von Fachkräften besonders ins Auge fassen. Im Koalitionsvertrag haben wir dazu konkrete Maßnahmen vereinbart, die wir ebenfalls zügig umsetzen wollen.“

Bereits seit 1. September erhalten in Bayern zudem alle Familien mit ein- und zweijährigen Kindern das neue Bayerische Familiengeld – unabhängig von ihrem Einkommen und für die Familien unbürokratisch. Das Familiengeld beträgt für das erste und zweite Kind jeweils 250 Euro monatlich pro Kind, also bis zu 6.000 Euro. Ab dem dritten Kind sind es jeweils sogar 300 Euro monatlich und damit bis zu 7.200 Euro pro Kind.

Für die SPD erklärte Doris Rauscher dass sie statt einer pauschalen Bezuschussung eine vollständige Gebührenfreiheit für nötig erachte. Die Grünen fordern die Einstellung von mehr Erzieherinnen und Erziehern sowie eine flexiblere Gestaltung der Öffnungszeiten. **□**



Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MDL (r.), übergab Mitautor Dr. Hans-Jochen Vogel, die Buchreihe „Bereinigte Sammlung des bayerischen Landesrechts 1802 - 1956“.

Dr. Hans-Jochen Vogel in der Staatskanzlei:

Erinnerung zum Anfassen

Übergabe der Buchreihe «Bereinigte Sammlung des bayerischen Landesrechts 1802-1956» an Mitautor

„Dr. Hans-Jochen Vogel ist eine herausragende Säule der Demokratie in Bayern und Deutschland. In seinen zahlreichen politischen Spitzenämtern hat er sich immer für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eingesetzt und so unseren Sozialstaat und unsere Gesellschaft maßgeblich mitgeformt. München, Bayern und Deutschland haben ihm viel zu verdanken“, sagte Staatskanzleiminister Dr. Florian Herrmann im Rahmen der Übergabe der Buchreihe «Bereinigte Sammlung des bayerischen Landesrechts 1802-1956» an Mitautor Dr. Hans-Jochen Vogel.

Der spätere Spitzenpolitiker war bis vor genau 60 Jahren, von 1954-1958, als Amtsrichter an die Bayerische Staatskanzlei abgeordnet und verfasste das überreichte juristische Grundgesetzwerk als Vorsitzender eines eigens dafür eingesetzten interministeriellen Ausschusses mit.

Prägende Zeit in der Staatskanzlei

„Die Zeit in der Bayerischen Staatskanzlei war ein spannender, lehrreicher und prägender Zeitabschnitt meines Lebens. Ich habe sie stets in bester Erin-

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Grandel
89431 Bachingen
am 17.12.

Bürgermeister Sebastian Satzl
84107 Weihmichl
am 19.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Volkamer
97348 Einersheim
am 8.12.

Bürgermeister Josef Häusler
83083 Riedering
am 18.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Friegel
89435 Finningen
am 6.12.

Bürgermeisterin
Susanne Feller-Köhnlein
91719 Heidenheim
am 6.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Schermer
85137 Walting
am 8.12.

Bürgermeister Bernhard Kern
83416 Saaldorf-Surheim
am 12.12.

Bürgermeister Roman Berr
92268 Etzelwang
am 14.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Sandra Dietrich-Kast
89364 Rettenbach
am 9.12.

Bürgermeister Klaus Faatz
96172 Mühlhausen
am 15.12.

Bürgermeister Willi Fleckenstein
63831 Wiesen
am 18.12.

Bürgermeister Helmut Bauz
91186 Büchenbach
am 19.12.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Wachler
86865 Markt Wald
am 8.12.

Bürgermeister Holger Bezold
91077 Dormitz
am 11.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Präsidium des Deutschen Städtetages:

Wohnraumoffensive und Gute-Kita-Gesetz

„Die angekündigte Wohnraumoffensive muss an Fahrt gewinnen. Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen in guter Qualität und zwar schnell“, forderte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Karlsruhe. Es gehe darum, den Wohnungsbau zu erleichtern, den Mangel an Bauland zu beheben und den Anstieg von Preisen bei Bauland, Baukosten und Mieten zu dämpfen.

Wichtig sei, dass Bund und Länder sich verlässlich und langfristig für den sozialen Wohnungsbau engagieren, fuhr Lewe fort. Benötigt würden 80.000 bis 120.000 neue Sozialwohnungen jährlich, wenn es wieder mehr sozial gebundenen Wohnraum geben soll. Deshalb müsse die vom Bund geplante Änderung des Grundgesetzes zum sozialen Wohnungsbau bald verabschiedet werden.

Eine zusätzliche Milliarde

Der Bund will den sozialen Wohnungsbau mit jeweils einer Milliarde Euro in den Jahren 2020 und 2021 mitfinanzieren. Lewe zufolge sind die bisherigen Zusagen gut, reichen aber nur bis zum Ende der Legislaturperiode. „Die Aufgabe ist so wichtig, dass der Bund sein finanzielles Engagement im Wohnungsbau dauerhaft und mindestens auf heutigem Niveau über 2021 hinaus fortsetzen muss. Die Kommunen und die Bau- und Wohnungswirtschaft brauchen Planungssicherheit. Auch die Länder sind gefordert: Sie müssen die Bundesmittel ergänzen“, betonte der Städtetagschef.

Darüber hinaus seien das zu knappe Flächenangebot und die hohen Grundstückspreise in wachsenden Städten problematisch für den Wohnungsbau. Die Städte entwickelten deshalb Baulandstrategien, gäben zum Teil Grundstücke preisreduziert ab und verankerten Quoten für bezahlbare Wohnungen in städtebaulichen Verträgen. Sichtbarer Erfolg sei beispielsweise die aktuell wieder steigende Zahl von Baugenehmigungen.

So wurde heuer bis August der Bau von 234.400 Wohnungen genehmigt. Dazu zählen fast 8 Prozent mehr Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern, die vor allem dem Mietmarkt zugute kommen. Außerdem vergeben viele Städte Grundstücke nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach nachhaltigen und sozialen Kriterien.

„Bund und Länder sollten das unterstützen und stärker dafür sorgen, dass auch auf geeigneten Bundes- und Landesflächen mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen kann“, forderte Lewe.

Positiv bewertet er den Beschluss der Länder, die Landesbauordnungen zu harmonisieren und länderübergreifende Typenbaugenehmigungen möglich zu machen. „Das sind wichtige Voraussetzungen, damit schneller und in Serie kostengünstiger gebaut werden kann“, unterstrich der Präsident.

Mietpreisbremse wirksam gestalten

Richtig seien auch die Pläne der Bundesregierung, die Mietpreisbremse für Mieter in der Praxis wirksamer zu gestalten. „Das Mietrecht allein wird keine Wunder am Wohnungsmarkt bewirken. Es kann aber dazu beitragen, den Anstieg von Mieten zu begrenzen und zu verhindern, einkommensschwache Menschen aus ihren angestammten Quartieren zu verdrängen. Sinnvoll sind dafür eine verschärfte Mietpreisbremse sowie die Begrenzung der Modernisierungskosten, die auf die Mieter umgelegt werden können.“

Damit die verschärfte Mietpreisbremse tatsächlich besser wirken kann, müsse die jeweilige ortsübliche Vergleichsmiete rechtssicher und unkompliziert zu ermitteln sein. Dies gelinge am besten mittels anerkannter qualifizierter Mietspiegel, die transparent erstellt werden auf der Grundlage anerkannter statistischer Methoden und nicht gerichtlich angefochten werden können. Die Städte unterstützten das Ziel des Bundes einer möglichst großen Verbreitung „guter“ Mietspiegel. Der Bund plant, den Betrachtungszeitraum für die Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete von vier auf sechs Jahre zu verlängern. Dies kann aus Sicht des Deutschen Städtetags ein Signal sein, um Mietpreisanstie-

ge zu dämpfen, muss aber von konkreten Änderungen im Mietspiegelrecht begleitet werden.

Wie der Präsident weiter ausführte, sollten die Kommunen wieder aktiv Grundstücke kaufen und erschließen sowie die lokale Bodenpolitik gemeinwohlorientiert steuern können. Dabei helfen würde ein vom Bund einzurichtender Wohnbauland- und Erschließungsfonds, an dem sich auch die Länder beteiligen sollten. Zudem benötigten die Kommunen gesetzliche Erleichterungen, insbesondere im Baugesetzbuch. Zum Beispiel müssten das Vorkaufsrecht gestärkt und Baugebote erleichtert werden.

Die geplante Anpassung des Wohngeldes durch den Bund ist aus Lewes Sicht richtig, denn sie hilft besonders einkommensschwachen Haushalten. Wichtig bleibe aber, das Wohngeld regelmäßig an die Mieten- und Preisentwicklung anzupassen.

Neben wachsenden Städten gebe es auch Städte mit vielen leerstehenden Wohnungen und fallenden Preisen. Diese Städte dürften nicht vergessen werden, forderte der Verbandschef. Deshalb müssten in der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, in der Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten, Schritte entwickelt werden, damit benachteiligte Städte und Regionen aufholen können und handlungsfähiger werden.

Stichwort Kinderbetreuung: Der Deutsche Städtetag begrüßt, dass der Bund mit dem Gute-Kita-Gesetz aktiv geworden ist, um die Qualität in der Kindertagesbetreuung schrittweise zu verbessern. Jetzt komme es zunächst darauf an, dass die Länder auch eigene Finanzmittel bereitstellen. Zudem müsse die kommunale Ebene bei den Verhandlungen mit den jeweiligen Ländern einbezogen werden.

Qualität bedarfsgerecht ausbauen

Wie der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, hervorhob, „sind die bis zum Jahr 2022 eingeplanten 5,5 Milliarden Euro des Bundes ein guter Anfang, um die Qualität in den Kindertagesstätten schrittweise voranzubringen. Dabei muss der regional unterschiedliche Bedarf in den Bundesländern berücksichtigt werden. Gleichzeitig bauen die Städte ihr Angebot an Kita-Plätzen weiter aus, denn der Bedarf an Kinderbetreuung steigt weiter an. Damit die Qualitätsverbesserungen nachhaltig wirken, muss sich der Bund allerdings dauerhaft engagieren und müssen auch die Länder ihren Beitrag beisteuern. Die wichtigen Ziele des Gute-Kita-Gesetzes dürfen durch eine Befristung nicht gefährdet werden.“

Zu Qualitätsverbesserungen zählten beispielsweise eine bessere Personalausstattung, zusätzliche Sprachförderung oder mehr Unterstützung für die Kita-Leitungen. Dazu schließen Bund und Länder Vereinbarungen ab. „Wichtig für die Städte ist vor allem, dass die Bundesmittel unmittelbar zu den Kommunen gelangen und konkret für die lokalen Ziele für eine bessere Qualität eingesetzt werden. Denn es sind die Städte, die für attraktive Angebote in der Kinderbetreuung sorgen. Die Qualität sollte bei dem Einsatz der Bundes- und Landesmittel Vorrang haben“, erläuterte Maly. Wichtig sei, Eltern mit niedrigen Einkommen von Kita-Beiträgen zu entlasten. Qualitätsverbesserungen müssten in enger Absprache mit der kommunalen Ebene erfolgen. Nur so könnten ihre Erfahrungen, die praktische Umsetzbarkeit von Maßnahmen und die konkreten Bedarfe vor Ort berücksichtigt werden. **DK**

GZ

KOLUMNE
Stefan RößleLiebe Leserinnen
und Leser,

In vielen politischen Gremien und auch an zahlreichen Stammtischen wird das Thema Migrationspakt derzeit heftig und kontrovers diskutiert. Der sogenannte Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration soll letztendlich die internationale Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung in der Migrationspolitik stärken. Im Grunde ein guter Gedanke. Etwa 180 Staaten, also ein Großteil der internationalen Gemeinschaft, können sich mit den Inhalten identifizieren. Die USA, Australien und einige EU-Staaten darunter Ungarn, Österreich und eventuell Tschechien und Kroatien lehnen ihn ab. Sie befürchten, dass der Vertrag ihre nationale Souveränität einschränke. Auch bei uns im Land regt sich der Widerstand. Es wird zumindest gefordert, dass ausführlicher über die Inhalte und Auswirkungen des Migrationspaktes debattiert wird.

Die Migration gehört seit Jahren auch zu den Kernbereichen der Arbeit unserer Kom-

der die Idee aus voller Überzeugung proaktiv begleitet. Mit Rainer Meutsch, dem Gründer der Stiftung „Fly and Help“, haben wir einen starken Partner an unserer Seite. Er achtet darauf, dass die Schulprojekte nach strengen Regularien umgesetzt werden. So muss beispielsweise der Grund, auf dem die Schulen stehen in der Hand der Gemeinden stehen und diese müssen sich verpflichten, den Unterhalt zu sichern. Zudem muss der Staat des Schwellenlandes qualifizierte Lehrer entsenden und diese bezahlen. Gemeinsam mit „Fly and Help“ konnte schon über eine Million Euro an Spenden gesammelt und für den Bau von 36 Schulen eingesetzt werden.

Der Zugang zu Bildung für möglichst alle Menschen auf der Welt ist der KPV also ein großes Anliegen. Bildung verringert Armut und schafft Zukunftsperspektiven vor Ort. Kinder, die eine Schulbildung bekommen, können sich Existenzen in ihren Heimatländern aufbauen. Der Bau von Schulen ist zwar nur ein Puzzle-Teil, aber nichtsdestotrotz ein wirksamer Bei-



munalpolitischen Vereinigung. Spätestens im „Flüchtlings-Herbst“ im Jahr 2015 und den Monaten danach wurde uns ungeschminkt vor Augen geführt, dass uns die Probleme in anderen Ländern - oder besser ausgedrückt - die Menschen dort nicht egal sein dürfen.

Machen Sie mit! „1000 Schulen für unsere Welt“

Die Antwort der KPV auf die Diskussion
um den Migrationspakt

Fest steht für uns: Wer in Not ist, der bekommt in unserem Land Hilfe und Sicherheit. Doch dies bedeutet nicht automatisch, dass wir alle aufnehmen können, die in ihren Herkunftsländern - vor allem in Afrika - wenig Lebensperspektiven sehen und nachvollziehbar am Wohlstand der prosperierenden Regionen teilhaben wollen. Also gilt es durch eine gezielte Entwicklungshilfe unsererseits zu ermöglichen, dass sich die Menschen dort selbst ein Leben ohne Hunger, mit festem Dach, erfüllenden Tätigkeiten bzw. Berufen und mit positiven Lebensaussichten schaffen können.

Aus kommunaler Sicht könnten man sich in diesem Zusammenhang bequem zurücklegen und den Ball an die Bundesregierung abspielen. Ja, es ist im Grund auch deren Job in der Außen- und Weltpolitik Akzente zu setzen. Aber wir sitzen doch im Grunde alle in einem Boot und jeder sollte in seinem Wirkungskreis und mit seinen Kompetenzen einen Beitrag leisten. So sehe ich das jedenfalls.

Ein herausragendes Beispiel, dass auch eine kommunale Ebene in der Entwicklungshilfe höchst erfolgreich tätig sein kann, zeigt sich an dem Beispiel der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“, die auf eine Idee unserer KPV sowie von mir persönlich zurückgeht. Mithilfe intensiver Überzeugungsarbeit und vielen Gesprächen auf Bundesebene ist es uns gelungen, dieses Projekt als große Gemeinschaftsinitiative der Kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund) zu installieren. Als Schirmherr konnte Bundesminister Dr. Gerd Müller, MdB gewonnen werden,

trag zur Entwicklungszusammenarbeit, zur Bekämpfung von Fluchtsachen und zur Verbesserung der Lebenssituationen in Ländern des Globalen Südens - quasi unsere Antwort als KPV auf die Diskussion um den Migrationspakt.

Um dahingehend ein klares Zeichen zu setzen, hat sich die Bundes-KPV zum 70-jährigen Jahrestag ihrer Gründung selbst ein Geburtstagsgeschenk gemacht und finanziert aus Spenden den Bau einer Schule in Äthiopien.

Anfangs war nicht daran zu denken, dass das Projekt eine solche positive Dynamik entwickelt. Im Rahmen der KPV-Bundesversammlung haben sich sogar politische Größen wie Annette Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz, Jens Spahn und unser Europa-Spitzenkandidat Manfred Weber von dieser direkten Entwicklungshilfe sichtlich beeindruckt lassen.

Auch der Kanzlerin und vor wenigen Tagen unserem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder konnten wir unsere Idee schon in persönlichen Gesprächen nahebringen. Dies macht Hoffnung auf neue Mitstreiter, Spender und natürlich vor allem auf viele zusätzliche Schulen.

Sehr geehrte kommunale Mandatsträger, liebe Kolleginnen und Kollegen, die KPV und auch ich persönlich würden uns sehr freuen, wenn Sie sich ebenfalls mit unserem nachhaltigen Projekt zur Fluchtsachenbekämpfung identifizieren könnten. Vielleicht unterstützen Sie unsere Initiative durch einen Spendenaufruf oder noch besser durch den Bau einer eigenen Schule Ihrer Gemeinde, Ihrer Stadt, Ihres Landkreises oder Ihres Bezirkes in einem Schwellenland.

Sollten Sie noch weitere Informationen benötigen, können Sie mich persönlich ansprechen. Vor wenigen Tagen hat mich unser Bundesentwicklungshilfeminister unter anderem auch deshalb zum ehrenamtlichen „Botschafter für kommunale Entwicklungsarbeit“ ernannt. Für mich ist es ein weiterer Motivationssschub, in diese Richtung Gutes zu tun und gleichzeitig einen kleinen Beitrag zur positiven Entwicklung im Bereich Migration zu leisten, der auch unsere Kommunalpolitik nachhaltig beeinflusst.

Alle Informationen zu dem Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“ finden Sie im Internet unter:

www.1000schulenfuerunserewelt.de

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Gold, Silber und Bronze für Bayerns schönste Dörfer

Veitshöchheim. 237 bayerische Dörfer waren zum Wettbewerb angetreten, 15 davon erhielten jetzt die begehrten Medaillen. Drei Mal Gold, fünf Mal Silber und sieben Mal Bronze überreichte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber bei der Abschlussveranstaltung des 26. Landeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“.

„Auf diese Auszeichnung können Sie stolz sein. Sie haben mit Ideenreichtum und Engagement Beispielhaftes für Ihre Dörfer geleistet“, sagte Kaniber in ihrer Laudatio. Nach ihren Worten gehört der Wettbewerb seit der ersten Austragung 1961 zu den bedeutendsten Bürgerinitiativen Bayerns. Mehr als 27 000 Ortschaften haben sich seither landesweit beteiligt. „Der Einsatz aktiver Dorfgemeinschaften trägt maßgeblich dazu bei, ein lebenswertes Umfeld auf dem Land zu fördern und die soziale und strukturelle Entwicklung in den Dörfern zu schaffen“, so Kaniber. Das Engagement der Teilnehmer sei eine wertvolle Investition in die Attraktivität der ländlichen Räume.

Die meisten der 237 bayerischen Teilnehmer kamen diesmal aus Oberfranken (85 Dörfer), gefolgt von der Oberpfalz (44), Mittelfranken (43), Niederbayern (23), Unterfranken (22), Schwaben (13) und Oberbayern (7). Die Siegedörfer sind: Asten, Binzwangen, Gestratz, Großbardorf, Harsdorf, Heidelberg, Hellmitzheim, Issigau, Lam, Moos, Niederwinkling, Oberleiterbach, Pfofeld, Ursensollen und Wald. Die drei Golddörfer Gestratz, Hellmitzheim und Niederwinkling erhalten neben der Medaille 5.000 Euro Preisgeld und vertreten Bayern im nächsten Jahr auf Bundesebene. Asten, Harsdorf, Heidelberg, Lam und Moos wurden zusätzlich mit Sonderpreisen ausgezeichnet.

Weitere Informationen zu den Siegern und zum Wettbewerb unter www.dorfwettbewerb.bayern.de. □

Deutscher Landkreistag:

Digitalpakt und Hartz IV

Als „Verfassungsschrott“ hat der Deutsche Landkreistag die erzielte Einigung zur Änderung des Grundgesetzes in Art. 104c u.a. für den sog. Digitalpakt Schule bezeichnet. „Sollte es tatsächlich so kommen, dass über die vorgesehene Grundgesetzänderung auch Personalkosten der Länder in Bildungseinrichtungen vom Bund mitfinanziert werden können, tragen wir eine letzte wesentliche Kernkompetenz der Länder zu Grabe“, machte Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke deutlich.

Hinzu kommt aus seiner Sicht, „dass diese Personalkosten den für kommunale Infrastrukturmaßnahmen bereitgestellten Mitteln wieder entnommen werden, so dass letztlich die ursprünglich begünstigten Kommunen weniger Geld für die Bildungsinfrastruktur erhalten“. Daran könne niemand – vor allem nicht die Länder selbst – ein ernsthaftes Interesse haben.

Richtig sei, dass die digitale Ausstattung der Schulen und sonstiger Bildungseinrichtungen verbessert werden müsse. Die Länder dürften in Anbetracht dieser neuen und teuren Herausforderung aber nicht zu derart grundlegenden Zugeständnissen im Sinne einer starken inhaltlichen Mitsprache bereit sein, so Henneke. Es sei der verfassungsrechtlich vorgesehene Mechanismus, es über Umsatzsteueranteile zugunsten der Länder und Kommunen zu regeln, sollte sich eine Aufgabe wie diese derart ausweiten, dass deren Finanzen nicht mehr ausreichen.

Massiver Einschnitt in das föderale Verfassungsgefüge

Laut Deutschem Landkreistag ist die Grundgesetzänderung ein tiefgreifender und vor allem strukturverändernder Einschnitt in das föderale Verfassungsgefüge. „Damit ist nicht weniger verbunden als ein deutlicher Verantwortungsverlust vor Ort zugunsten der ‚Goldenen Zügel‘ aus Berlin. Was die Landkreise stattdessen brauchen, ist eine Stärkung bzw. zumindest eine Beibehaltung dezentraler Gestaltungsmacht und Verantwortung. Damit brechen die vorliegenden Verfassungsänderungen völlig. Das können wir nicht gutheißen, zumal im Saldo die Personalkostenzuschüsse des Bundes an die Länder durch Minderung der Mittel in die kommunale Infrastruktur erbracht werden“, unterstrich der Hauptgeschäftsführer.

Es sei ein Trugschluss, die Milliarden des Bundes würden mit einem Ruck die Bildungssituation im Lande verbessern: „Stattdessen geben die Länder mit den Bildungskompetenzen ihr wichtigstes Pfund leichtfertig und sehenden Auges aus der Hand“, urteilte Henneke.

In der politischen Diskussion um die Zukunft der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) hat der Deutsche Landkreistag davor gewarnt, die Erfolge der Arbeitsmarktreform kleinzureden und eine Debatte zu führen, wonach in Deutschland das Überleben der Menschen ernsthaft in Frage stehe. Wie Präsident Landrat Reinhard Sager ausführte, wäre dies völlig absurd. Das System sei besser als sein Ruf. Das austarierte Verhältnis von Fördern und Fordern habe sich bewährt. Die Reform sei mitverantwortlich dafür, dass Deutschland in Sachen Beschäftigung heute so gut dasteht.

Vor allem profitierten Menschen, die nur vorübergehend auf Leistungen der Jobcenter angewiesen sind. „Allerdings müssen die rechtlichen Regelungen deutlich vereinfacht werden. Das betrifft etwa das komplizierte System der Sanktionen. Diese brauchen die Jobcenter zwar weiterhin als Instrumentarium, aber man sollte die schärferen Sonderregelungen für junge Menschen streichen.“

Eine „Abschaffung von Hartz

IV“ könne und dürfe kein politisches Ziel sein, so Sager. In den ostdeutschen Ländern habe sich die Zahl der Leistungsempfänger beispielsweise seit der Einführung im Jahre 2005 um etwa 40 % reduziert. Die aktuelle Debatte werde einseitig geführt: „Ausgeblendet werden beispielsweise die immensen Beträge, die die Jobcenter an Leistungsbe-rechtigte zahlen. Allein für Regelleistungen und Wohnkosten geben die Jobcenter jährlich über 30 Mrd. Euro aus. Damit ist unser Sozialstaat in diesem Bereich sehr kraftvoll aufgestellt.“

Leben von der eigenen Hände Arbeit

Die gesamte Diskussion habe im Frühjahr schon einmal stattgefunden und teils absurde Züge getragen: „Sie konzentriert sich ausschließlich auf Transfers, die an Bedürftige gezahlt werden. Zu wenig gesprochen wird darüber, den Menschen einen Weg aus der Unterstützung heraus zu bahnen. Es geht doch in erster Linie darum, dass man von seiner eigenen Hände Arbeit leben können muss.“ Von daher seien auch neuerliche Vorschläge in Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens der falsche Weg. „Denn dadurch würden die Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung sinken. Für viele Menschen würde es finanziell egal sein, ob sie arbeiten oder zu Hause bleiben. Wir müs-

Freiräume für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
für die Kommunen unverzichtbar und mit einem Aufkommen von rund 13 Milliarden Euro insgesamt eine erhebliche Einnahmequelle. Eine einvernehmliche Einigung der 16 Bundesländer auf eine Neuordnung der Bemessungsgrundlagen ist bislang nicht erfolgt. Aber die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsteuer hat aktuellen Handlungsbedarf ausgelöst. Die Grundsteuer ist eine unverzichtbare Einnahmequelle der Kommunen. Sie ist auch die einzige direkte Verbindung der Kommune zu ihren Einwohnern, weil die Grundsteuer über die Mietverträge als Nebenkosten praktisch 1:1 vom Eigentümer/Vermieter an die Mieter weitergegeben wird. Bei den Selbstnutzern ihres Eigentums tritt diese Wirkung direkt ein. Deshalb hat diese Steuer neben der Fiskalfunktion eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion. Sie vermittelt den Einwohnern direkt die Verbindung zwischen Forderungen an die Gemeinschaft und Finanzierung deren Kosten.“

Weitere Entlastung der Kommunen

In einem weiteren Beschluss zur Umsatzsteuer heißt es: „Die KPV begrüßt, dass der Bund die Kommunen im Jahr 2019 weiter entlastet. Aufgrund der vollständigen Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte erhöht sich der Bundesanteil. Um eine Bundesauftragsverwaltung zu vermeiden, sieht das Entlastungspaket (5 Mrd. Euro) vor, dass die KdU-Beteiligung des Bundes um 1 Mrd. Euro reduziert und der Gemeindeanteil an der Umsatz-

steuer um 1 Mrd. Euro erhöht wird. Daran darf nicht gerüttelt werden. Wir begrüßen eine bessere horizontale Verteilung beim gemeindlichen Umsatzsteueranteil. Dies ist ein sinnvoller dauerhafter unmittelbarer Transferweg zwischen Bund und Kommunen.“

Zudem lehnt die Bundes-KPV „eine Verlängerung oder gar eine Neueinführung einer erhöhten Gewerbesteuerumlage oder einer vergleichbaren Zahllast“ nachdrücklich ab. „Wir wenden uns auch gegen jedwede Aufrechnung zum Nachteil der Kommunen.“

Instrumentenkoffer der Jobcenter

Zum Instrumentenkoffer der Jobcenter zähle auch die Möglichkeit von Leistungskürzungen: „Für die Mitarbeiter der Jobcenter ist das eine wichtige Handhabung, ohne die sich manche Menschen eben nicht engagieren und das nötige Maß an Kooperation und Bemühen zeigen. Dafür sind Sanktionen unerlässlich, wobei es natürlich das Beste ist, davon gar nicht erst Gebrauch machen zu müssen.“ Die im Verhältnis zur Zahl der Leistungsberechtigten niedrige Sanktionsquote von gut 3 Prozent im vergangenen Jahr zeige, dass es in der Regel gelingt, zu einer Verständigung zu kommen.

Dennoch seien Änderungen notwendig, unterstrich Sager: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Regelungen für Jobcenter und Leistungsempfänger einfacher werden. Hilfreich wäre, wenn die heutigen Sonderregelungen bei Pflichtverletzungen von Personen unter 25 Jahren gestrichen werden würden.“ Es gäbe dann einheitliche Sanktionsregelungen für alle Leistungsempfänger. Dies sei ausreichend. **DK**

steuer um 1 Mrd. Euro erhöht wird. Daran darf nicht gerüttelt werden. Wir begrüßen eine bessere horizontale Verteilung beim gemeindlichen Umsatzsteueranteil. Dies ist ein sinnvoller dauerhafter unmittelbarer Transferweg zwischen Bund und Kommunen.“

Zudem lehnt die Bundes-KPV „eine Verlängerung oder gar eine Neueinführung einer erhöhten Gewerbesteuerumlage oder einer vergleichbaren Zahllast“ nachdrücklich ab. „Wir wenden uns auch gegen jedwede Aufrechnung zum Nachteil der Kommunen.“

Stärkung des Bundesfreiwilligendienstes

Darüber hinaus begrüßt die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands die Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht, die Rücknahme der Wehrpflichtaussetzung und die Stärkung des Bundesfreiwilligendienstes. „Wir setzen uns dafür ein, den Gemeinsinn durch einen Dienst für die Gesellschaft zu stärken. Wir wollen dabei die Frage der gesellschaftlichen Verantwortung des Einzelnen wieder in den Mittelpunkt rücken.“

Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen

Wie einem weiteren Beschluss zu entnehmen ist, muss die Gestaltung der Digitalisierung dem Menschen dienen und die Transformation sich in allen Lebensbereichen an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. „Wichtig ist es, sich auf Veränderungen einzustellen, die Eigenverantwortung zu stärken, Kreativität zu fördern und die Vernetzung untereinander

Bayerns Wirtschaftsminister ...

(Fortsetzung von Seite 1)
(Baukonzessionsvergabe). In jedem Fall werden die förderfähigen Kosten bis zu 80 % bezuschusst, bei Gemeinden „mit besonderem Handlungsbedarf“ sogar mit 90 %. Die förderfähigen Kosten müssen mindestens 25.000 Euro betragen.

Der Förderhöchstbetrag beträgt 500.000 Euro pro Gemeinde, bei interkommunaler Zusammenarbeit erhöht sich die Fördersumme pro Gemeinde um 50.000 Euro. Die Anträge zur Förderung können auf der Internetseite gestellt werden. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, dass Netzbetreiber die Masten des staatseigenen Behördenfunks (BOS) „ertüchtigen“, was ebenfalls zu 80 % gefördert wird. Das Ziel sei die Errichtung von 1.000 Masten. Parallel dazu hätten auf Drängen der Politik die Netzbetreiber seit Jahresbeginn schon mehr als 100 neue Masten errichtet und mehr als 800 bestehende mit besserer Technik ausgerüstet.

Aiwanger kann sich vorstellen, dass Funkmasten entlang von Bundesstraßen und Bahnstrecken aufgestellt werden können. Die Kommunen jedenfalls sollen freiwillig mitmachen, aber auf keinen Fall dazu gezwungen werden, „was der Fall wäre, wenn der Bund die Masten aufstellen würde“. Man wolle die Bürger und die Bürgermeister nicht übergehen, sondern zur Mitarbeit bei der Mastenerstellung gewinnen mit dem Argument „Wenn nicht wir, wer denn sonst?“ Kommunen müssten nicht mitfinanzieren, könnten es aber tun, um sich später Einnahmen zu sichern.

Als nächste Schritte schreibt das EU-Beihilferecht sogenannte Markterkundungen vor, also die Abfrage bei Mobilfunkunternehmen, ob ein eigenwirtschaftlicher Ausbau möglich sei. Das im Sommer gegründete bayerische Mobilfunkzentrum Regensburg startet mit solchen Markterkundungen für betroffene Gemeinden, von denen 40 ihr Interesse an der Förderung bereits bekundet hätten. Das Mo-

der herzustellen. Hier ist Politik auf allen Ebenen dauerhaft gefordert. Wir wollen aus kommunaler Sicht Anstöße dazu geben und Kommune ins digitale Zeitalter übersetzen.“

Keine neuen Aufgaben ohne gesicherte Finanzierung

Im Verbot des Bundesdurchgriffs auf die Kommunen sieht die KPV schließlich den schärfsten Schutz vor der Übertragung neuer Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung. Die Änderung des Grundgesetzes Art. 104c, mit der alle Kommunen von Investitionen des Bundes profitieren, ist aus Sicht der Kommunalvereinigung nur der zweitbeste Weg, um Bildungsinfrastruktur vor Ort zu fördern. Für die KPV wäre ein Staatsvertrag mit klaren Verpflichtungen der Länder, Mittel des Bundes an die Kommunen 1:1 weiterzuleiten, der bessere Weg. In jedem Falle müsse es ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Bund und Ländern geben und sichergestellt werden, dass Bundesmittel nicht einfach Landesprogramme ersetzen, sondern zusätzlich in die Bildungsinfrastruktur investiert wird.

„Falls der Bund finanzielle Mittel den Kommunen bereitstellen möchte, kann er über den kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer zielgenau die Kommunen stärken und mit den Ländern (als Kommunalaufsicht) die Verwendung der Mittel sicher vereinbaren“, heißt es abschließend. **DK**

bilfunkzentrum werde die Kommunen beim Förderverfahren beraten und begleiten, auch durch Musterdokumente und Musterverträge. Netzbetreiber würden, so Aiwwanger, die Vorgaben für die Technik liefern und bei der Standortsuche helfen.

Bayerns neuer Wirtschaftsminister geht davon aus, dass die anstehende 5G-Frequenzauktion zur substantiell besseren Mobilfunkversorgung im Freistaat beiträgt. Ziel sollten nicht möglichst hohe Versteigerungserlöse sein, „was die Investitionsanstrengungen der Netzbetreiber schwächen würde“, sondern die bestmögliche Versorgung bei Mobilfunk und künftig auch beim autonomen Fahren.

Schwerpunkt Energiewende

Zweiter Aktionsschwerpunkt ist die Energiewende, „wo wir ein großes Rad drehen müssen. Wir brauchen die Energiewende 2.0.“ Dabei sei es besonders wichtig, Bürger, Kommunen und Unternehmen einzubinden. Daher gebe es am 13. Dezember einen Energiegipfel, der dem Austausch mit der Wirtschaft und Experten zu neuen Lösungssansätzen, aber auch zum Stand und den Perspektiven der Energiewende dienen soll. Ziel sei die Erarbeitung von Eckpunkten für ein eigenes bayerisches Konzept für eine dezentrale, sichere und preiswerte Energieversorgung sowie die Erschließung von Chancen für die Wertschöpfung vor Ort. Das Konzept sei notwendig, weil absehbar sei, dass die vom Bund geplanten neuen Leitungen zumindest nicht rechtzeitig kommen, aber trotzdem die letzten Kernkraftwerke – wie vorgesehen – bis Ende 2022 abgeschaltet werden. Deshalb trete Bayern für eine regionale Stromversorgung ein, bei der möglichst viele kleine Betriebe beteiligt werden sollen, um nicht energieabhängig zu werden.

Für Aiwwanger ist bei der Energieerzeugung die Akzeptanz der Bevölkerung wichtig. Bei der Windkraft wird es bei einem Abstand der Windkraftanlagen zum nächsten Wohnbereich von 10h (10 mal die Höhe der Anlage) bleiben. Aber der Minister, der vor der Wahl für 8h eingetreten war, könnte sich eine solche Abstandsreduzierung vorstellen, wenn man die Bevölkerung etwa über eine Genossenschaft an der Anlage beteilige. Die Genossenschaft könne die Anlage betreiben und die Kommune bzw. die Bürger am Gewinn beteiligen. Zur Verträglichkeit und Nachhaltigkeit müsse man auch neue Konzepte suchen, zum Beispiel durch Erdverkabelung oder neue Masten statt der bisherigen Gitter-Masten, die oft zu sperrig in der Landschaft stünden. Die Energiewende müsse deshalb mit der Landesentwicklung verzahnt werden.

Es gehe künftig nicht nur um erneuerbare Energien, sondern auch um neue Technologien, etwa bessere Energiespeicher, Power-to-Gas-Technologie und auch um Sektorenkopplung. Energiewende bedeute nicht nur Stromwende, sondern auch Wärme- und Verkehrswende. Deshalb werde zusammen mit dem bayerischen Umweltministerium die Landesagentur für Energie und Klimaschutz ins Leben gerufen. Aiwwanger: „Wir brauchen ein eigenes bayerisches Konzept, weil der Bund ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Energiewende weiterhin schuldig bleibt.“

Bisher sei die Energiewende teuer und wenig effektiv, sodass die ambitionierten Klimaziele nicht zu erreichen seien. Damit die Energiewende bezahlbar bleibe, müsse ihr Konzept strategisch neu ausgerichtet werden. **dhg.**

Die Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit müssten gleichberechtigt sein. Dabei seien die Bürger mit ins Boot zu holen. Deshalb gelte es, „nicht blind an der Trasse zu hängen, sondern mehr auf regionale Erzeugung zu setzen.“ Der Wind habe sich gedreht. Deshalb müsse die Energieberatung massiv hochgefahren werden. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass das Gaskraftwerk in Irsching, das derzeit nur für den Notfall vorgehalten wird, fast so viel Strom liefern könnte, wie durch die Nord-Süd-Leitung herangeschafft werden solle. Bei der Fotovoltaik zum Beispiel gelte es, sie nicht auf guten Ackerböden, sondern auf den schlechten zu installieren. Wenn man die Anlagen dann auf höhere Stelzen setze, ergebe sich ein Doppelnutzen, indem man Schafe das Gras unter den Anlagen abweiden lasse.

Notwendig sei auch ein Systemwechsel beim Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG). Hier müssten die Anreize räumlich und zeitlich stärker am Bedarf ausgerichtet werden. Netzausbaukosten müssten je nach EE-Standort berücksichtigt werden. Kosten für erneuerbare Energien müssten integriert gedacht werden.

Regionale Wertschöpfung stärken

Als dritten Schwerpunkt hat sich Aiwwanger vorgenommen, die regionale Wertschöpfung zu stärken, vor allem im ländlichen Raum. Es gelte, die Ballungsräume zu entlasten und die Gemeinschaft in den Kommunen, die regionale Identität und die traditionelle Prägung der bayerischen Lebensart mit Wirtschaften, Festen und Bräuchen zu stärken.

Deshalb soll Anfang 2019 ein Gaststätten-Modernisierungsprogramm aufgelegt werden, denn bayerische Wirtshauskultur sei Aushängeschild des Freistaates und Magnet für den Tourismus.

Ein weiteres Investitionsförderprogramm soll es für das Lebensmittelhandwerk geben, das eine tragende Säule regionaler Wirtschaftskreisläufe in ländlichen Regionen sei. Aiwwanger denkt besonders an Metzger und Bäcker. Das Handwerk sichere nämlich auch die Zukunft der Landwirtschaft und sei Standortfaktor für andere mittelständische Betriebe. Der Rückgang der kleinen Handwerksbetriebe sei auf dem Lande markanter als in der Stadt. Das Ministerium habe zusammen mit dem bayerischen Handwerkstag einen Auftrag zur Prüfung von Unterstützungsmöglichkeiten erteilt. Dabei geht es um den Abbau des Investitionsstaus und der Hemmnisse bei der Betriebsübergabe.

Roland Weigert, ehemals Landrat im Landkreis Neuburg/Schrobenhausen, und jetzt Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, sieht in der Landesentwicklung ein fundamentales Thema. Er verteidigte auf Anfrage der Presse, dass im Programm für neue Hochwasserschutz-Polder an der Donau drei Polder gestrichen wurden. Diese seien in Bertoldsheim und im Landkreis Regensburg am falschen Ort, weil sie bei eventueller Flutung das Grundwasser steigen ließen, sodass es in die Keller der Häuser drücke. Andererseits aber würden diese Polder flussabwärts auf 70 bis 100 km nichts bewirken, zumal auf dieser Strecke zahlreiche Zuflüsse zur Donau für Wasser-Nachschub sorgten. Der Hochwasserschutz müsse vielmehr regional organisiert werden, sagte Weigert. Das komme zudem wesentlich billiger. **dhg.**

Digitales Licht für Stadt und Straße

Effizient, vernetzt und zukunftsfähig: LED-Beleuchtung

Energieeffiziente LED-Beleuchtungssysteme sind Schlüsseltechnologie für den Klimaschutz und leisten einen entscheidenden Beitrag, die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen: Weitgehende Treibhausgasneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts ist der Plan. Auch Kommunen müssen ihren Kohlendioxidstoß beträchtlich begrenzen. In vielen Städten und Gemeinden macht allein die Außenbeleuchtung 30 bis 50 Prozent des gesamten kommunalen Stromverbrauchs aus – in kleineren Ortschaften oft sogar mehr. Wer herkömmliche Leuchten gegen LED-Leuchten austauscht und den Lichteinsatz effektiv steuert, kann viel zur Reduktion von Kohlendioxid beitragen und bis zu 80 Prozent Energie einsparen.

Beleuchtung soll Architektur bei Nacht inszenieren und die Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleisten. Fortschrittliche Lichtmanagement- und Steuerungstechnik bietet Kommunen, Energieversorgern und Unternehmen vielfältige Möglichkeiten und smarte Lösungen für diese Aufgaben.

Dank Bewegungs- und Lichtsensoren lassen sich Lichtver-

brauch und -helligkeit sparsam und intelligent steuern. Das Licht muss hell genug sein, damit sich Autofahrer und Fußgänger optimal orientieren können und Kriminalität vorgebeugt wird. Um Energiekosten zu minimieren, wird das Beleuchtungsniveau in der Nacht automatisch gedimmt. Bei Veranstaltungen kann es hingegen erhöht werden, um dem Publi-

kum den sicheren Heimweg zu ermöglichen. Die Umwandlung eines Beleuchtungssystems in ein Datennetz mit Powerline oder Funkkommunikation, ermöglicht die zentrale Fernsteuerung und -überwachung.

Individueller Bedarf wird berücksichtigt

Die Lichtverteilung von LED-Leuchten lässt sich zudem viel präziser auf den jeweiligen Bedarf anpassen. Statt hoher Streuverluste wird das Licht nur dorthin gelenkt, wo es gebraucht wird: auf die Fahrbahn und den Bürgersteig anstatt in Vorgärten und Schlafzimmer. Zusammen mit bedarfsgerechter Lichtsteuerung hat eine umfassende Modernisierung der Beleuchtung das Potential, die Lichtver-

schmutzung wesentlich zu verringern.

In der Smart City kann die Beleuchtungsinfrastruktur zusätzlich zur klassischen Beleuchtung auch der Erfassung und Verbreitung von Informationen dienen und damit Synergien freisetzen: Aus Lichtmasten werden etwa WLAN-Hotspots, Luftqualitätsmessstationen, Verkehrs- und Parkleitsensoren. Vernetzte und intelligente Straßenbeleuchtung übernimmt dabei Aufgaben des Parkraummanagements, der Verkehrssteuerung und der öffentlichen Sicherheit.

Kostenfaktor: Wartung

LED-Straßenleuchten haben eine lange Lebensdauer. Mussten früher nach etwa zwei bis vier Jahren alle Leuchtmittel ersetzt werden, sind heutige LED-Module und Betriebsgeräte auf Wechselintervalle von zwölf bis 15 Jahren ausgelegt. Auch die bedarfsgerechte Steuerung verlängert die Lebensdauer. Vernetzte Anlagen melden zudem Betriebszustände und Ausfälle an die Zentrale und erleichtern die Wartungsplanung.

Kommunen, Einrichtungen und Betriebe mit kommunaler Beteiligung konnten bis Ende September 2018 Fördermittel für Sanierung der Außen- und Straßenbeleuchtung, von Lichtsignalanlagen und Innen- und Hallenbeleuchtung beantragen. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) unterstützt investive Klimaschutzmaßnahmen, die kurz-, mittel- und langfristig zu einer direkten und nachhaltigen Reduzierung von Treibhausgasemissionen führen. Weitere Informationen bietet die LED-Leitmarktinitiative. □

Leitfaden zur Gründung von CarSharing-Angeboten

Der Bundesverband CarSharing e. V. (bcs) veröffentlicht einen Leitfaden zur Gründung neuer CarSharing-Angebote in kleinen Städten und Gemeinden. Der 76-seitige Leitfaden wendet sich an Menschen, die daran interessiert sind, dass in ihrer bisher noch nicht mit einem CarSharing-Angebot versorgten Stadt oder Gemeinde die Dienstleistung ebenfalls nutzbar sein soll.

Die Dienstleistung CarSharing – und hier vor allem das stationsbasierte CarSharing – ist bereits in 677 Kommunen in Deutschland verfügbar. Während nahezu in allen deutschen Großstädten ein oder mehrere CarSharing-Unternehmen ihre Dienstleistung anbieten, sind die Angebotslücken in kleineren Städten und Gemeinden spürbar. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn entweder bestehende CarSharing-Anbieter allmählich ihr Geschäftsgebiet in weitere Kommunen ausweiten. Oder neue CarSharing-Initiativen in den noch unversorgten Städten und Gemeinden entstehen. Hierbei möchte der Leitfaden praxisnahe Hilfestellung leisten.

Der 76-seitige Leitfaden wendet sich an Menschen, die daran interessiert sind, dass in ihrer bisher noch nicht mit einem CarSharing-Angebot versorgten Stadt oder Gemeinde die Dienstleistung ebenfalls nutzbar sein soll. Dabei spricht der Leitfaden vor allem Personen an, die bereit sind, sich selbst in der Gemeinschaft mit anderen in einem Verein oder auch alleine als unternehmerische Initiative für den Aufbau eines neuen CarSharing-Angebotes zu engagieren.

Die Broschüre listet Erfolgskriterien beim Aufbau von CarSharing-Angeboten auf, die aus den Erfahrungen bestehender CarSharing-Organisationen in kleinen

Städten und ländlichen Regionen gewonnen wurden.

Willi Loose vom Bundesverband CarSharing e.V.: „Der Ausbau eines neuen CarSharing-Angebotes benötigt einen langen Atem. Der Leitfaden warnt ebenso vor falschen Erwartungen und gibt Hilfestellung beim Umgehen von Stolpersteinen in der Gründungsphase eines neuen kleinen Angebotes. Der Text informiert auch darüber, wie ein bereits bestehendes, jedoch bisher noch rudimentäres CarSharing-Angebot in einer Kommune mit neuem Schwung versehen wird und einen Wachstumschub erfährt.“

Umweltfreundliche Dienstleistung

Vor allem das stationsbasierte CarSharing ist als umweltfreundliche Dienstleistung anerkannt, die einen Beitrag dazu leistet, dass CarSharing-Nutzer eigene private Pkw abschaffen, da sie überflüssig geworden sind. In kleinen Städten und im ländlichen Raum könnten dies auch Zweitwagen in den Nutzerhaushalten sein. CarSharing trägt so zur Verkehrsentslastung und zum Klimaschutz bei.

Der Leitfaden kann als gedruckte Broschüre beim Bundesverband CarSharing, info@carsharing.de, oder als pdf-Datei auf der bcs-Homepage www.carsharing.de heruntergeladen werden. □

MVV beschließt überarbeitete Tarifreform

Geht es nach den Vorstellungen des MVV, ist die Umsetzung der überarbeiteten Tarifreform beschlossene Sache. An den Reformarbeiten waren die Landeshauptstadt München, acht Landkreise sowie Verkehrsunternehmen und Fahrgastverbände beteiligt. Im nächsten Schritt werden nun die Zustimmung des Münchner Stadtrates und der Kreistage der Verbundlandkreise eingeholt. Bei positivem Votum der Gremien tritt die Neuerung zum Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2019 in Kraft.

Der künftige Tarif wird laut MVV-Gremium noch einfacher und klarer strukturiert sein, mit günstigeren Preisen für die breite Mehrheit der Haushalte und einem größeren Geltungsbereich bei vielen Tickets. Herzstück der MVV-Tarifreform ist die Vereinheitlichung auf sieben Tarifzonen und damit die Vereinfachung des gesamten Systems, von dem alle Fahrgäste in der Landeshauptstadt und den Verbundlandkreisen profitieren. Innerhalb der neuen Struktur finden Fahrgäste schneller das richtige Ticket, weil für das gesamte Sortiment die gleiche Logik gilt. Die Tarifgrenzen orientieren sich künftig zudem klarer an gewachsenen Siedlungsstrukturen.

Insgesamt wurden Preishärten, die in der letzten Vorlage enthalten waren, deutlich abgeschwächt oder komplett beseitigt. Zum Ausgleich der zu erwartenden Mindereinnahmen stellen die MVV-Gesellschafter, Freistaat, Landeshauptstadt und Verbundlandkreise, rund 70 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Über das gesamte Tarifsortiment hinweg betrachtet kann so eine Preisminderung von rund sieben Prozent erzielt werden.

Sehr zufrieden zeigt sich der Vorsitzende der MVV-Gesellschafterversammlung, Oberbürgermeister Dieter Reiter mit der nun gefundenen Lösung: „Da sich der Freistaat Bayern jetzt in gleicher Höhe wie die Stadt Mün-

chen an den Kosten der Reform beteiligt, konnten wir auch für die Münchnerinnen und Münchner weitere deutliche Verbesserungen erreichen. Es ist uns damit gemeinsam gelungen, ein gutes Konsensmodell vorzulegen, mit deutlichen Verbesserungen für die allermeisten Kundinnen und Kunden.“

Mobilität darf nicht am Geldbeutel scheitern

Auch Robert Niedergesäß, Landrat des Landkreises Ebersberg und Sprecher der MVV-Verbundlandkreise, begrüßt die Bereitstellung weiterer Mittel durch den Freistaat: „Es war wichtig und richtig, dass wir auf Nachverhandlungen beim Freistaat Bayern gepocht haben. Zu groß waren beim bisherigen Reformmodell die Härten für einige Fahrgastgruppen, insbesondere für die Einpendler in den Münchner Außenraum und die Senioren. Wir sind Ministerpräsident Markus Söder sehr dankbar, dass er Wort gehalten hat und der Freistaat nun 35 Millionen Euro pro Jahr in einen möglichen Defizitausgleich einbringt. Neben vielen Vorteilen für die Fahrgäste in der Region bin ich auch besonders stolz darauf, dass es gelungen ist, nun ein verbundweites Sozialticket durchzusetzen – Mobilität darf nicht am Geldbeutel scheitern.“

Dachau Landrat Stefan Löwl,

der als stellvertretender Sprecher der MVV-Verbundlandkreise bei den Planungen und Verhandlungen mitwirkte, bezeichnet die MVV-Tarifreform als einen wichtigen Schritt zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV im gesamten Verbundraum. „Es ist nun nicht nur gelungen, mit den neuen Tarifen einen ausgewogenen Mix aus Einfachheit, Gerechtigkeit und Ergiebigkeit zu schaffen, sondern auch eine deutliche Senkung der Tarife für viele Nutzer, insbesondere die regelmäßigen Pendler“, so Löwl. Nur durch eine stärkere Nutzung des ÖPNV seien die verkehrlichen Herausforderungen der Region zu bewältigen.

Freising Landrat Josef Hauner zufolge ist es unter Berücksichtigung der zusätzlich vom Freistaat Bayern zur Verfügung gestellten Mittel gelungen, das ursprünglich im Juni 2018 beschlossene Modell so nachzubessern, dass die damals noch bestehenden Härten abgemildert werden konnten. „Insbesondere haben wir für die ursprünglich in Zone 6 gelegenen Gemeinden des Landkreises Freising eine deutliche Verbesserung erreicht.“ Zu bedenken gibt Hauner außerdem, dass ohne die Reform wohl bereits zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018 eine reguläre Preiserhöhung von drei Prozent zu erwarten gewesen wäre, die nun wegfällt. Das heißt, die Nutzer können ein weiteres Jahr zum aktuellen Preis fahren.

Laut MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch ist die neue Tarifstruktur deutlich einfacher und baut Zugangshemmnisse zum ÖPNV ab. Der neue Tarif werde einen wesentlichen Baustein zur Entlastung des Verbundraums vom Autoverkehr darstellen.

Auch der Bayerische Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Dr. Hans Reichhart, hält den Beschluss zur MVV-Tarifreform für einen wesentlichen Bestandteil, um die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Großraum München zu steigern. Die Bayerische Staatsregierung wolle sich nicht nur mit 35 Millionen Euro zur Kompensation kurzfristiger Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen beteiligen, sondern weitere 15 Millionen Euro zur Verbesserung der Taktfrequenzen der S-Bahn auf den Außenästen einsetzen. Reichhart zufolge „müssen wir neben einem attraktiven Preisangebot auch das Verkehrsangebot auf Bus und Schiene verbessern. Nur so schaffen wir Anreize, den öffentlichen Personennahverkehr verstärkt zu nutzen.“ DK

[Bundesverkehrsministerium:](http://www.bundesverkehrsministerium.de)

Milliardeninvestitionen für gleichwertige Lebensverhältnisse

„Das Bundesverkehrsministerium ist mit seinen rekordhohen Milliardeninvestitionen für gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem richtigen Weg“, kommentiert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, den Haushalts-Beschluss des Deutschen Bundestages.

„Gleichwertige Lebensverhältnisse sind nur mit einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur und gut funktionierenden Mobilitätssystemen erzielbar“, so Schmid.

Die Verkehrsinfrastruktur und die Mobilität übernehmen eine Doppelrolle im Hinblick auf das Ziel „Gleichwertige Lebensver-

hältnisse“, erläutert Schmid: „Sie sind einerseits wesentliche regionale Bestandteile gleichwertiger Lebensverhältnisse. Sie verbinden andererseits Regionen untereinander und Stadt und Land miteinander. So gleichen sie bestehende Unterschiede bei der Ausstattung mit regionalen Infrastruktureinrichtungen aus.“ □



Ihr Partner für die Energiezukunft.

Die Energieversorgung von morgen wird dezentral. Dafür ist das Bayernwerk gerüstet und entwickelt Lösungen für die neue Energiewelt in Bayern: von der Straßenbeleuchtung, über den EnergieMonitor bis zur effizienten Anlage zur Energieerzeugung und -verteilung. Wir sind der fachkundige Partner für Unternehmen, Privatpersonen oder Kommunen. Sprechen Sie uns bitte an, wir beraten Sie gerne!

www.bayernwerk.de

bayernwerk

Weidener Stadtbusse sind eine saubere Sache

Gute Luft ist ein Beitrag zur Gesundheit, zum Wohlbefinden und zum Schutz der Natur. Luftschadstoffe können beim Menschen zu akuten oder chronischen Erkrankungen der Atemwege und anderer Organe führen. Sie können Ökosysteme schädigen und Bau- und Kunstwerke beeinträchtigen. Insbesondere der Verkehr zählt zu den Hauptverursachern von Luftschadstoffen. Dass man sich dieser Tatsache schon länger bewusst ist und Maßnahmen ergriffen hat, zeigt, dass die NO² Emissionen (Stickstoffdioxid) in Deutschland seit 1990 um 1.675 Mio. Tonnen auf 1.217 Mio. Tonnen im Jahr 2016 gesunken sind. Die Belastung durch den Verkehr liegt hier bei ca. 40 %.

Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) unterhält Messstationen u.a. in der vielbefahrenen Nikolaistraße in Weiden. Aktuell wird hier ein NO²-Mittelwert von bis 23 µg/m³ gemessen. Im Vergleich dazu lag München im Jahresdurchschnitt 2017 bei 78 µg/m³.

„Eine mögliche Lösung wird zum Problem gemacht...“

Für die NO² Emissionen im Verkehr sind die Diesel PKW zu 73 % verantwortlich. Die Dieselfahrer haben hier nur einen Anteil von 4 %. In der Öffentlichkeit begegnet man aber dennoch häufig dem Vorurteil, dass Dieselfahrer die Ursache hoher NO² Emissionen im Verkehr seien. „Wir haben keine Euro 4 und Euro 5 Busse mehr im Einsatz, die in Großstädten sehr häufig noch mit vielen Fahrzeugen das Gros des Fuhrparks bilden“, so

Wolfgang Wies, Chef der Weidener Stadtbusse. Anders als bei PKW's und Krafträdern sind die Emissionsgrenzwerte bei Lastkraftwagen und Bussen nicht streckenbezogen, sondern nach einem 13-stufigen Prüfstandtest leistungsbezogen definiert. Dieses stationäre Testverfahren wird allerdings zunehmend durch ein dynamisches ersetzt, das realitätsnahe Lastwechselstufen enthält.

Die EU-Schadstoffklassen zeigen folgende Entwicklung für LKW und Busse (ab 3,5 t) auf: EURO 4 (3,5 g NO²/kWh), EURO 5 (2,0 g NO²/kWh), EURO 6 (0,4 g NO²/kWh). Moderne Dieselfahrer sind den PKW des Individualverkehrs, was die Umweltfreundlichkeit betrifft, deutlich überlegen. Im Durchschnitt liegt der Emissionsausstoß eines EURO 6 Dieselfahrers nahezu gleichauf mit dem eines EURO 6 PKW.

Bezogen auf die absoluten

NO² Werte ergeben sich bei Bussen oft sogar bessere Resultate als bei vielen PKW's und das trotz eines erheblich höheren Gewichts und der deutlich höheren Personenzahl je Fahrzeug. Dies lässt den Schluss zu, dass mehr öffentlicher Verkehr, z.B. mit Stadtbusen helfen kann, die Schafstoffbelastung im innerstädtischen Verkehrsbereich dauerhaft zu reduzieren. Im Gegensatz zum PKW hält der moderne Dieselfahrer die Grenzwerte ein. Verglichen mit dem PKW ist er pro Fahrgast signifikant ökologischer unterwegs.

„Die kurzfristige städtische Strategie gegen den PKW-Dieselskandal ist die Förderung des ÖPNV“, so Rechts- und Sozialdezernent Hermann Hubmann. Die Weidener Stadtbusse haben in punkto sauberes Fahren die Zukunft fest im Blick. Das zeigt die folgende Entwicklung: Der Anteil der EURO 6 Busse an der Gesamtleistung beträgt in diesem Jahr bereits 50%. Im kommenden Jahr wird er bei 66 % und in 2020 bereits bei 80 % angekommen sein. Im Jahr 2021 wird der Anteil 92 % und ein Jahr darauf 98 % betragen. Die restlichen 2 % sind der Verkehrsspitze an 185 Schultagen morgens und mittags geschuldet. Hier wird der Bedarf durch Fahrzeu-

ge mit EURO III (0,5 %) und der Restanteil je Jahr von EEV-Bussen gedeckt. EEV ist die Abkürzung für Enhanced Environmentally, Friendly Vehicle und bedeutet, dass die Abgaswerte die EURO 5 Norm bereits deutlich übertreffen.

„Elektrobusse auch in Weiden...?“

Derzeit noch nicht. Gründe dafür sind nach wie vor die unzureichenden Reichweiten und die unzureichenden Netzkapazitäten. Außerdem liegen die Kosten, sowohl für die Anschaffung als auch für den Unterhalt, sowohl für die Batterien als auch für die Fahrzeuge selbst in einem viel zu hohen Bereich. Diese Faktoren machen die Anschaffung derzeit noch unwirtschaftlich.

Aktuelle, zugegebenermaßen wirksame Anschaffungen großer Verkehrsbetriebe sind im Ergebnis weder wirtschaftlich noch nachhaltig. Zudem liegt auch bei den großen Verkehrsbetrieben die Anschaffung von Dieselfahrern weiter vorn. Beim Stadtbus Weiden geht man davon aus, dass erste Anschaffungen von Elektrobusen frühestens nach 2022 sinnvoll sein könnten. Allerdings bleibt der Stadtbus Weiden auch nicht einfach stehen: Als Zwischenschritt werden die Weidener Stadtbusse bereits ab 2019 mit ersten Hybridfahrzeugen unterwegs sein. □

Radverkehr gemeinsam fördern

GZ-Interview mit Herrn Landrat Matthias Dießl, Vorsitzender AGFK Bayern und Landrat des Landkreises Fürth

GZ: Herr Dießl, jüngst wurde die Studie Mobilität in Deutschland veröffentlicht. Der Radverkehrsanteil ist nur gering gestiegen. Welche Rolle kann ein kommunaler Verband wie die AGFK dabei spielen, den Radverkehr zu fördern?

Matthias Dießl: Die AGFK ermöglicht es Kommunen, die den Radverkehr stärken wollen, von bewährten Praxisbeispielen zu lernen. Mit 65 Mitgliedskommunen ist ein enormes, praktisches Fachwissen im Netzwerk vorhanden. Die AGFK bietet außerdem Veranstaltungen wie Seminare und Exkursionen an. Es gibt also immer wieder neuen Input von Experten, den man in der Form als einzelne Kommune wohl auf diese Weise nicht bekommen würde. Mit der Förderung unserer Mitgliedskommunen kann der Verein aktiv auf eine weitere positive Entwicklung des Radverkehrs hinarbeiten.

GZ: Der Freistaat Bayern hat im vergangenen Jahr ein Radverkehrsprogramm aufgelegt, um den Radverkehr zu fördern. Kann man also davon ausgehen, dass nun der große Wurf für den Radverkehr kommt?

Dießl: Das Radverkehrsprogramm begrüße ich sehr. Ziel ist demnach bis zum Jahr 2025 ein Radverkehrsanteil von 20 Prozent. Mit dem Programm zeigt der Freistaat zwar den Weg zu diesem Ziel auf, aus unserer Sicht ist das Programm aber an einigen Stellen noch zu unkonkret. Wir haben deshalb 15 Forderungen an den Freistaat formuliert, die das Radverkehrsprogramm schärfen und so den Anstieg des Radverkehrs maßgeblich vorantreiben sollen. Im Wesentlichen geht es darum, Hürden für Kommunen in der Umsetzung fahrradfreundlicher Maßnahmen abzubauen. Ein Beispiel ist die erleichterte Anweisung von Tempo 30 an Hauptstraßen oder auch mehr Unterstützung bei der Errichtung von Fahrradabstellanlagen. Wenn Kommunen mehr für die Fahrradfreundlichkeit tun wollen, müssen alle Voraussetzungen geschaffen sein, dass sie dies möglichst einfach umsetzen können.

GZ: Der Löwenanteil dürfte aber doch weiterhin bei den Kommunen liegen – immerhin wird das Fahrrad ja vor allem für kürzere Distanzen genutzt?

Dießl: Ja, das stimmt. Deshalb gibt es auch Netzwerke wie

die AGFK, um die Kommunen zu unterstützen. Wichtig ist, dass wir wirklich Wert auf das „fahrradfreundlich“ legen. Wer bei uns Mitglied ist, muss Radverkehrsförderung wirklich ernst nehmen und auch immer wieder nachweisen. Deshalb gibt es das Zertifizierungsverfahren, das die Situation vor der Aufnahme in die AGFK auf Herz und Nieren prüft. Dabei zeigt sich, ob eine Kommune wirklich auf dem Weg in die Fahrradfreundlichkeit ist. Und wenn nicht, erhält die Kommune viele konkrete Vorschläge, wie sie das schaffen kann.

GZ: Der Landkreis Fürth, dessen Landrat sie sind, hat sich selbst zertifizieren lassen. Ist diese Überprüfung nicht eher abschreckend?

Dießl: Nein, im Gegenteil. Obwohl die Prüfung umfassend ist, sehen die meisten Kommunen die Bereisung als wertvolle Beratung an. Die grundsätzliche Entscheidung der Kommunen, fahrradfreundlich zu werden und den Mitgliedsantrag zu stellen, ist ja vorher schon erfolgt – die Bereisung ist dann also eine echte und ehrliche Bestandsaufnahme – und zeigt auf, was unter Umständen noch getan werden muss. Auch im Landkreis Fürth haben wir hier viele gute Tipps und einige Hausaufgaben bekommen.

GZ: Im letzten Jahr war eine Delegation der AGFK in Amsterdam. Glauben Sie, dass es irgendwann Besuchergruppen gibt, die nach Bayern kommen um die Fahrradfreundlichkeit zu bestaunen?

Dießl: So beeindruckend Amsterdam ist, war es für mich als Entscheidungsträger besonders spannend zu erfahren, welche Entwicklung die Stadt überhaupt genommen hat: Bis in die 1970er Jahre hat sich Amsterdam nämlich in puncto Verkehr überhaupt nicht von anderen großen, europäischen Städten unterschieden. Es war dann eine bewusste politische Entscheidung: weg vom Auto, hin zum Rad. Erst das hat all die Veränderungen angestoßen, deren Ergebnisse wir heute in so beeindruckender Art sehen. Wenn wir es also schaffen, dieses Gesamtverständnis für mehr Radverkehrsförderung in den Kommunen langfristig zu etablieren, ist ein solcher Wandel sicherlich auch in Bayern langfristig möglich. □

VDV-Reaktionen auf Bundestagsbeschlüsse:

Kleine Wermutstropfen

Unterschiedlich fallen die Reaktionen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen auf aktuelle Beschlüsse des Deutschen Bundestags aus. So wurde beispielsweise der Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen bei Verkehrsprojekten beschlossen. Der VDV begrüßt dies grundsätzlich, sieht aber dringenden Nachholbedarf bezogen auf die Bauvorhaben im städtischen Nahverkehr, denn diese blieben im Gesetzesentwurf unberücksichtigt.

Laut VDV-Präsident Ingo Wortmann gibt es gerade bei der Schiene großen Modernisierungsbedarf; dieser kann nun künftig schneller und einfacher beseitigt werden. Unverständlich sei jedoch, dass die Regelungen des Gesetzes nicht für Projekte des städtischen Nahverkehrs gelten: „Denn wo, wenn nicht dort muss in Sachen Luftreinhaltung und Klimaschutz möglichst schnell ausgebaut und modernisiert werden. Wir haben bundesweit zahlreiche Um- und Ausbauprojekte für Straßen-, Stadt-, U-Bahnen, auch die nötigen Finanzmittel dafür stehen weitgehend zur Verfügung. Um nun schnell bauen zu können, brauchen wir deshalb für den städtischen Nahverkehr die Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren“, erklärte Wortmann.

Angesichts des für die Erreichung der Klimaschutzziele notwendigen Wachstums im ÖPNV könne man es sich nicht erlauben, 20 Jahre über ein Projekt zu diskutieren und es dann doch nicht umzusetzen. „Die Aufforderung des Bundestags an die Regierung, die Planungsbeschleunigung zeitnah auf Personenbeförderungsgesetz zu übertragen, unterstützen wir deshalb voll und ganz. Gleichzeitig muss zudem das Verfahren der so genannten Standardisierten Bewertung dringend reformiert werden.“

Mit der verabschiedeten Steuerbefreiung für Jobtickets im Nahverkehr folgt der Bundestag wiederum einer langjährigen Forderung des VDV, die ÖPNV-Tickets für Berufspendler von der Einkommensteuer zu befreien. „Diesen Beschluss begrüßen wir außerordentlich. Mit der Wiedereinführung der Steuerbefreiung für Jobtickets im ÖPNV setzt der Bundestag ei-

nen wichtigen finanziellen Anreiz für alle Berufspendler, um auf Bus und Bahn umzusteigen. Wir gehen davon aus, dass sich das positiv in unseren Fahrgastzahlen niederschlägt und wir dadurch weiteren Kundenzuwachs haben werden. Mit Blick auf die Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor ist der vermehrte Umstieg auf den ÖPNV ein zentraler Baustein und ein erklärtes Ziel der Politik und der Branche“, machte der Präsident deutlich.

Der VDV begrüßt zudem, dass der gefasste Beschluss des Bundestags noch über die ursprüngliche Branchenforderung hinausgeht. Denn künftig dürfen Arbeitgeber nicht nur rein beruflich genutzte Nahverkehrstickets ihrer Arbeitnehmer fördern, sondern auch Tickets für die private Nutzung. „Das erhöht die Attraktivität von ÖPNV-Tickets sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber zusätzlich. Das kann ebenfalls zu einer erhöhten Nachfrage und damit mehr Kunden führen“, so Wortmann weiter.

Einziger Wermutstropfen aus Sicht des Verbandes sei es, dass gleichzeitig in dem Beschluss die Entfernungspauschale gekürzt wurde. Nach Einschätzungen des VDV ist die volle Steuerbefreiung allerdings für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich besser als der Abzug über die Werbungskosten. Gerade Personen mit mittleren und kleineren Einkommen würden dadurch in Summe mehr entlastet.

In der so genannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags wurde schließlich entschieden, im Bundeshaushalt 2019 keine Mittel für das „Bundesprogramm Zukunft Schie-



Startschuss für freies WLAN

Am ZOB Bussteig „H“ – Linie 1 Richtung Hammerweg trafen sich Oberbürgermeister Kurt Seggewiß (2.v.r.), Rechts- und Sozialdezernent Hermann Hubmann und Wolfgang Wies, Betreiber der Stadtbus Weiden und Vertreter der Stadt zur ersten Fahrt mit WLAN im Stadtbus Weiden. OB Seggewiß schaltete per Knopfdruck das WLAN symbolisch frei. „Mit dem freien WLAN erfährt der öffentliche Nahverkehr eine weitere Attraktivitätssteigerung, die dazu beiträgt, weg vom Individualverkehr zu kommen“, so der Rathauschef.

„WLAN steht für Modernität und Attraktivität und wird deshalb im öffentlichen Raum erwartet“, so Wolfgang Wies, Chef der Weidener Stadtbusse. Auch wenn die Fahrgäste durchschnittlich weniger als 15 Minuten im Bus sitzen, haben sie seit Ende November die Möglichkeit in dieser Zeit im Internet zu surfen, sich zu informieren, Nachrichten abzurufen und zu versenden. □

nengüterverkehr“ bereitzustellen. Wie VDV-Vizepräsident Joachim Berends dazu ausführte, „ist das Programm ein zentraler Bestandteil des Masterplans Schienengüterverkehr, doch ohne Finanzmittel steht es nur auf dem Papier und lässt sich nicht umsetzen. Das bremst die Innovationskraft der Branche zu nächst mal aus.“

Der VDV und seine 150 im Verband organisierten Schienengüterverkehrsunternehmen begrüßten zwar einige Entscheidungen der Haushaltsbereinigungssitzung, wie etwa die Finanzierung zur Einrichtung eines Schienenforschungszentrums. „Aber die Nicht-Berücksichtigung des Bundesprogramms ist ein Rückschlag für die Güterbahnen in Sachen Zukunftsfähigkeit. Wir müssen gerade im Schienengüterverkehr in Innovationen, moderne Technologien und deren Weiterentwicklung investieren, wenn wir künftig mit Blick auf die Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor beim Gütertransport auf der Schiene deutlich wachsen wollen“, hob Berends hervor. DK

Dynamisches Parkleitsystem in Günzburg

Kürzlich startete in Günzburg der Betrieb des neuen dynamischen Parkleitsystems. Ab den Zugangsstraßen lenken fortan dynamische Willkommenstafeln oder Wegweiser die Parkplatzzuchenden zum Ziel.

„Günzburg ist als Treffpunkt sehr beliebt. Jetzt können wir als Stadt unsere unterschiedlichen Besucherströme angemessen leiten und sie bequem zu einem Parkplatz führen“, erklärt Oberbürgermeister Gerhard Jauernig die Anschaffung des dynamischen Parkleitsystems.

Grund für die Anschaffung war unter anderem auch der Eindruck, dass in Günzburg Parkplätze fehlen. Die Auslastungen beweisen jedoch das Gegenteil. Mit dem dynamischen Parkleitsystem, das sich in Sekundenschnelle aktualisiert, gehören diese Diskussionen der Vergangenheit an. Piktogramme sorgen dafür, dass das Parkleitsystem auch ohne Deutschkenntnisse verständlich ist. Das kommt vor allem auch den ausländischen Touristen zugute. Die Stadt Günzburg investiert knapp 650.000 Euro in das System. Oberbürgermeister Gerhard Jauernig

freut sich, dass die Stadt Günzburg eine Förderung von etwa 50 Prozent der Investitionskosten erhält. Die Stadtverwaltung setzt beim verwendeten System auf

eine sogenannte Hosting-Lösung. Die Auslastungsdaten werden von den Parkhäusern, bzw. Parkplatzzufahrten erfasst und online an die dynamischen Wegweiser gesendet. Die Besucher wissen somit in Echtzeit, auf welchem Parkplatz noch wie viele freie Parkplätze verfügbar sind. □



OB Jauernig und Ordnungsamtsleiter Weishaupt programmieren den Text der Freitextanzeige an einer der sechs Willkommenstafeln.

Bild: Julia Ehrlich/ Stadt Günzburg

Mobilitätskonferenz der Metropolregion München:

EMM als Katalysator, Treiber und Vermittler

Fahrradschnellwege, App-Lösungen, Flugtaxi, Carsharing oder Konzepte für Park and Ride – so unterschiedlich wie die einzelnen Regionen der Metropolregion München, so vielfältig sind auch die dort bereits vorhandenen Konzepte und Projekte zum Thema Mobilität. Um die Attraktivität der Region weiterhin zu stärken und zukünftig ein integriertes, nachhaltiges Mobilitätskonzept auf den Weg zu bringen, hat der Europäische Metropolregion München (EMM) e.V. bei Drees & Sommer und Hendricks & Schwartz eine Vernetzungsstudie in Auftrag gegeben, die all diese Ideen bündelt und Akteure vernetzt. Deren Ergebnisse wurden im Rahmen der EMM-Mobilitätskonferenz über 200 Gästen bei Rohde & Schwarz in München präsentiert. Zudem wurde an vier besonders nachahmenswerte Best-Practice Beispiele der erste Mobilitätspreis der Metropolregion München verliehen.

Mit den Worten „Die Prosperität und die Lebensqualität in der Metropolregion hängen ganz wesentlich von einer funktionierenden Infrastruktur ab. Nur gemeinsam mit den vielen verschiedenen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft können wir es schaffen, die Herausforderungen zu meistern und die Metropolregion München so attraktiv zu erhalten, wie sie schon immer war“, machte der Münchner Landrat und stellv. Vorstandsvorsitzender des EMM e.V. Christoph Göbel eingangs auf die Bedeutung einer solchen Vernetzungsstudie aufmerksam. „Ziel ist es, Interessierte mit einem integrierten, nachhaltigen Mobilitätskonzept bei ihrer Arbeit zu unterstützen, Wissen zu teilen, Synergien zu fördern und künftige Projekte effizienter zu gestalten“, erklärte er weiter.

Zudem erörterte Prof. Dr. Gebhard Wulforst von der TU München die Impulse für die Mobilität in der Metropolregion München. Prof. Dr. Markus Schmidt, Projektpartner bei Drees & Sommer, stellte die Ergebnisse der Studie vor, die eine Projektübersicht und Handlungsempfehlungen für die Metropolregion München darstellen. Er betonte: „Besonders wichtig ist uns, mit der Studie eine übergeordnete Strategie anzustoßen und verschiedene Projek-

te zu vernetzen“. Als Vorstufe bietet sie eine optimale Grundlage, um ein langfristig ausgerichtetes Mobilitätskonzept zu entwickeln.

Die eigens hierfür erstellte Datenbank www.metropolregionmuenchen.eu/mobilitaetsdatenbank zeigt fast 300 Projekte und Konzepte, die sich in ganz unterschiedlichen Projektphasen befinden. Die Datenbank bietet einen Überblick über die vielfältigen Mobilitätslösungen, verschiedene Ansprechpartner und weiterführende Informationen. In einem Kurzbericht werden darüber hinaus auch Handlungsempfehlungen für das weitere Vorgehen vorgestellt. In Zukunft möchte der Europäische Metropolregion München (EMM) e.V. die Datenbank nachhaltig weiterentwickeln, laufend aktualisieren und nicht nur Projekte, sondern vor allem auch Menschen vernetzen.

Sammlung von knapp 300 Projekten und Konzepten aus der Region

Die internationalen Projektmanagement- und Beratungsunternehmen Drees & Sommer und Hendricks & Schwartz wurden von einer Projektgruppe aus Mobilitätsexperten der Region begleitet. In einer breit angelegten Fragebogenaktion wurden über 2.000 Kon-

zepte zur Bestandsanalyse befragt. Dazu zählten alle Landkreise, Kommunen, Städte sowie zahlreiche Institutionen und Unternehmen der Metropolregion München.

Bei den fast 300 eingereichten Projekten handelt es sich größtenteils um Nennungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) (28 %), des Radverkehrs (25 %) sowie des motorisierten Individualverkehrs (MIV) (20 %). 15 Prozent sind dem multimodalen und vernetzten Verkehr zuzuordnen, der künftig weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Zu den eingereichten Projekten zählen Mobilitätsstationen, Sharing-Systeme und digitale Lösungen für vernetzte Mobilität, beispielsweise in Form einer einheitlichen App-Lösung. Zukunftsfähig sind laut den Ergebnissen auch innovative neue Fortbewegungsmittel mit Elektroantrieb und Lastenräder. Gerade im ländlichen Raum bieten der bedarfsorientierte Nahverkehr und vernetzte Mitfahrergemeinschaften Alternativen zu langen Wartezeiten des ÖPNV. Auch Unternehmen können mit betrieblichen Mobilitätskonzepten, etwa mit eigenen Shuttle-Bussen für Mitarbeiter, die Mobilität verbessern.

Sieger in vier Kategorien

Die Konferenzteilnehmer zeichneten in einer interaktiven Abstimmung Projekte in vier Kategorien aus. In der Kategorie „Urbanizer“ erhielt „Emmy Green City“, ein Elektro-Roller-Sharing System in München, das mit 100% Ökostrom betrieben wird, den Mobilitätspreis 2018 der Metropolregion München. Als Sieger der Kategorie „Grün unterwegs“ ging „Movelo“ hervor. Dieses bietet mit dem Produkt „Company E-Bike“ eine nutzbare E-Bike-Sha-

ring-Lösung für Unternehmen und Institutionen. Preisträger der Kategorie Quick-Win des Jahres ist das „Ebersberger Pendlerportal“, das verschiedene Anbieter von Fahrgemeinschaften (bspw. MVV, blabla, Carsharing Anbieter und viele Mehr) miteinander verlinkt.

Als Gewinner der Kategorie „Mobil auf dem Land“ ging die Firma „Roche Diagnostics GmbH“ mit ihrem betrieblichen Mobilitätskonzept hervor. Dieses beinhaltet die Förderung von ÖPNV-Fahrkarten, ein Fahrradleasingprogramm, Busshuttles sowie ein firmenbezogenes Fahrradkonzept mit derzeit 800 Werkfahrrädern. Der Sonderpreis „Innovation“ ging an „Lilium“ mit seinem „Flugtaxi“. Filip Rothe machte mit seiner Präsentation deutlich, dass auch diese Art der Fortbewegung bereits zeitnah eine Ergänzung im Bereich Mobilität sein wird.

Anschließend diskutierten Josef Schweinberger, Bürgermeister der Stadt Buchlohe, Georg Dunkel, Leiter Verkehrsplanung der Landeshauptstadt München, Prof. Dr. Markus Schmidt von Drees & Sommer, Josef Sturm, von der Roche Diagnostics GmbH sowie M.Dirig. Hans-Peter Böhner des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr das weitere Vorgehen. Denn, wie Bürgermeister Josef Schweinberger deutlich machte „müssen alle in Sachen Mobilität massiv tätig werden – abwarten geht nicht!“. Bürgermeister Josef Schweinberger betonte zudem die wichtige Zusammenarbeit mit dem Verein: „Der EMM e.V. ist für mich die prädestinierte Gemeinschaft aller betroffenen kommunalen Partner, um dieses schwierige Handlungsfeld voranzubringen. Die Vernetzungsstudie ist der vorgelegte Beweis.“

Dieseltreffen in Berlin:

Milliardenschwere Unterstützung für Städte und Gemeinden

Der Bund stockt sein Förderprogramm „Saubere Luft“ auf. Dies teilte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach einem Dieseltreffen mit den Kommunen in Berlin mit.

Das bislang eine Milliarde Euro umfassende Programm werde um eine halbe Milliarde Euro aufgestockt. Zusätzlich sollen 432 Millionen Euro ausgegeben werden, um die Hardware-Nachrüstung bei Kleinlastern von Handwerkern oder Lieferdiensten voranzutreiben. Das Förderprogramm läuft seit 2017 und bis 2020. Die Kommunen hatten mehr Geld und eine längere Laufzeit verlangt.

„Für die Städte bleibt die Automobilindustrie gefordert, Hardware-Nachrüstung und Umtauschprämien flächendeckend anzubieten und nicht nur in 15 Städten“, sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

Luftreinhaltepläne

Zusätzlich wurde über die Luftreinhaltepläne diskutiert. Dabei haben die Städte die Kritik des Bundesverkehrsministers zurückgewiesen, sie würden nicht genug für eine Aktualisierung der Pläne tun und deshalb komme es vor Gericht zu Fahrverboten. Ersten sind aus Sicht der Städte in den meisten Fällen die Länder für die Luftreinhaltepläne verantwortlich. Und zweitens wirken die Städte aus Eigeninteresse regelmäßig an der Aktualisierung der Pläne mit.

Das Problem für die Gerichte bleibt Dedy zufolge jedoch, dass die durch solche Pläne möglichen Maßnahmen nicht ausreichen, um umfassend genug die Belastung durch Stickoxid zu senken. „Da-

für bedarf es wirksamerer Schritte, vor allem der Hardware-Nachrüstung durch die Autohersteller. Denn bis zu drei Viertel der Stickoxide in der Stadt stammen nun einmal von Diesel-Pkw.“

Automobilhersteller in die Pflicht nehmen

„Die Hersteller müssen in die Pflicht genommen und die Förderung vereinfacht und entbürokratisiert werden“, forderte DStGB-Präsident Dr. Uwe Brandl gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. Verpflichtende Hardware-Nachrüstungen und wirkliche Umtauschprämien, die diesen Namen auch verdienen, für betroffene Fahrzeugbesitzer wären wichtige Schritte.

Insgesamt sind laut Brandl in einigen Kommunen bereits deutliche Fortschritte erzielt worden, die begonnenen Maßnahmen zeigen Wirkung und die Schadstoffkonzentration in vielen der betroffenen Kommunen sinkt. „Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Nun müssen auch die Automobilhersteller ihren Teil beitragen.“

Eines sei in jedem Fall klar: „Die Kommunen haben das Diesel-Dilemma nicht verschuldet, sondern müssen es derzeit ausbaden. Wir werden uns von den Herstellern daher ganz sicher nicht den Schwarzen Peter zuschieben lassen“, machte der DStGB-Präsident deutlich. □

Markt noch nicht reif für Telematik-Lösungen

Studie der BavariaDirekt, dem digitalen Versicherer im Konzern Versicherungskammer, weist tragfähige Ansätze aus und legt gleichzeitig Handlungsbedarf offen

Der Konzern Versicherungskammer zieht nach der einjährigen Testphase für das Angebot der „Drive+“-App als Teil der Kfz-Versicherung ein Zwischenfazit. „Wir haben wichtige Erkenntnisse aus unserem Telematik-Piloten gewonnen und können diese in zukünftige Entwicklungen einbringen“, sagt Barbara Schick, als Vorstandsmitglied des Konzerns Versicherungskammer verantwortlich für die Schaden- und Unfallversicherung. „Insgesamt sehen wir den Markt aber noch nicht reif genug für wirklich überzeugende Telematik-Lösungen.“

Eingebettet war der Pilot der Versicherungskammer Bayern, die bereits 2011 als einer der ersten deutschen Versicherer Telematik-Devisen im Angebot hatte, in ein mehrstufiges, drei Jahre dauerndes Studiendesign ihres Internetversicherers BavariaDirekt. Dabei wurden eigene Daten zu Telematik-Anwendungen erhoben, um zu ermitteln, ob Kunden solche Lösungen wirklich möchten und wenn ja, welche der Telematik-Modelle unter den derzeitigen Rahmenbedingungen für Versicherer in Deutschland in der breiten Anwendung für Privatkunden sich lohnen.

„In sehr kurzen Produktentwicklungszyklen haben wir unter Einbezug von Kundenfeedback in einem ersten Schritt den Problem-Solution-Fit mittels Open Innovation getestet“, sagt Martin Fleischer, Vorstandsmitglied der BavariaDirekt und verantwortlich für die Studie. Im Zentrum der Untersuchung standen die Parameter generelle Akzeptanz, bevorzugte Lösung (Gerätetyp), Ausgestaltung des Telematik-Pakets (Services, Preisnachlass), tatsächliches Nutzungs- und Fahrverhalten, Einfluss auf die Schadenquote und Existenz eines positiven Busi-

ness Case. Wesentliches Ergebnis: „Ja, der Kunde gibt an, ein Telematik-Angebot zu nutzen. Allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen“, so Fleischer. Denn 43 Prozent der Befragten würden einen Telematik Tarif abschließen und bevorzugen eine App-Lösung. Wenn sie über die Datenweitergabe frei bestimmen können, steigt die Akzeptanzquote sogar auf 61 Prozent. Auch wollten Kunden einen Preisnachlass von mindestens 50 bis 100 Euro gegenüber heute gängigen Tarifen, einen Aufschlag bei schlechter Fahrweise lehnen sie aber ab. Der Wunsch nach Zusatzservices, wie z.B. Tipps für eine bessere Fahrweise, ist eher gering.

Präferierte App

Im nächsten Schritt wurden unterschiedliche Lösungsangebote durch einen Product-Market-Fit getestet; dabei wurden Kunden einbezogen. „Es war schnell klar, dass eine App gegenüber dem OBD2-Stecker präferiert wird, weshalb wir umgehend in die Verprobung eines Business Cases eingestiegen sind“, so Fleischer. Bis Ende September 2018 konnten 1.000 Studienteilnehmer der Bava-

riaDirekt die „Drive+“-App für ein Jahr nutzen. Von den 85 Prozent, die davon Gebrauch machten, verwendeten 49 Prozent diese täglich. Fleischer: „Da 92 Prozent der Nutzer zufrieden oder sehr zufrieden waren, hat sich der Product-Market-Fit aus Kundensicht bestätigt.“

Allerdings konnte während der Nutzung der „Drive+“ App auch keine positive Änderung des Fahrverhaltens festgestellt werden. Zudem hatte sich der Schadenanfall nicht signifikant verändert und die Stornoquote ist sogar um 30 Prozent höher als normal. Die aus der App gewonnenen Daten lassen zwar darauf schließen, ob die Nutzer Bahn, Bus, Rad oder Auto nutzen – jedoch nicht, ob der Nutzer auch selbst fährt. Somit lässt sich die Validität der Daten nicht ausreichend prüfen.

„Das derzeit geringe Angebot an Telematik-Tarifen liegt nicht an der fehlenden Offenheit der Versicherer für Innovationen“, resümiert Versicherungskammer-Vorstand Barbara Schick. „Vielmehr würden viele Versicherer bei der bestehenden detaillierten und sehr ausgereiften Kalkulationsgrundlage in Deutschland für Kfz-Tarife bleiben müssen, solange für Telematik weder Standards noch allgemein zugängliche und valide Datenkonzepte vorliegen. Wesentliche Voraussetzungen für einen funktionierenden Telematik-Markt seien somit die Verfügbarkeit von Daten, der kompetente Umgang, deren Relevanz und Nutzungsmöglichkeit.“ □

Jetzt kostenlos informieren:
0800 0 372 372

Gemeinsam stark.
Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen



Eine gemeinsame Botschaft unterzeichneten die Vertreter der bayerischen Forstwirtschaft (VBF). Gemeinsam setzen sie sich für eine ökologisch nachhaltige Waldbewirtschaftung ein. Bild: Christoph Josten

Bayerische Wälder sind unverzichtbare Lebensgrundlage

Ballungsräume stellen Wald und Forstwirtschaft vor besondere Herausforderungen

Wald und Forstwirtschaft in Ballungsräumen – Welten treffen aufeinander! Früher extrem strapaziert für den Rohstoffbedarf der Städte. Heute flächenmäßig relativ stabil, „Grüne Lunge“ der Städte und Garant für hohe Lebensqualität. Und morgen? Diese Frage diskutierten Vertreter des Kommunal- und des Forstsektors mit rund 150 Teilnehmern am Waldtag Bayern in Nürnberg.

Bereits der Tagungsort war Programm: In Nürnberg führte vor 650 Jahren der Ratsherr Peter Stromer als „Tannensäer von Nürnberg“ die erste systematische Aufforstung durch. Aus der mittelalterlichen Holzknappheit heraus begründete er damit nicht nur den heutigen Reichswald sondern auch die moderne Forstwirtschaft.

Dr. Joachim Hamberger, Vorstand des Vereins für Nachhaltigkeit, bezeichnete „diese kulturelle Leistung als den Urknall der forstlichen Nachhaltigkeit“. Der Gedanke der ressourcenerhaltenden Nutzung ist in der Forstwirtschaft fest verankert. Die Ausweisung zum Bannwald und der Umbau in naturnahe Mischwälder setzen heute Maßstäbe, weit über Nürnberg hinaus.

Früher Energielieferant – heute Erholungsraum

In seiner Festrede stellte Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly die Bedeutung des Waldes für die Bürger heraus: „Nürnberg ist eine der am dichtesten besiedelten Städte in Deutschland. Es gibt wenige Grünflächen. Der Kontrast zwischen der Besiedelung und dem bis an die Gärten heranreichenden Reichswald konnte nicht größer sein. Für Freizeit und Erholung besitzt der Wald eine herausragende Bedeutung. Der Reichswald ist für uns ein wahrer Schatz.“

Wachstum und Flächenreserve

Nürnberg wächst. Wirtschaft, Verkehr und Wohnraum benötigen immer mehr Flächen. Seit der Bannwaldausweisung 1979/80 müssen gerodete Flächen um Nürnberg flächengleich an den Bannwald wieder aufgeforstet werden. „Das erhält zwar die Fläche des Reichswaldes, zahlreiche Funktionen wie Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Luftreinigung und Klimaschutz können jedoch junge Wälder erst nach Jahrzehnten leisten“ gab Dr. Peter Pröbstle, Bereichsleiter Forsten am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu bedenken. „Nur ein großer intakter Wald kann seine Bedeutung für Biodiversität, Freizeit und Erholung, Trinkwassergewinnung, und vieles weiteres leisten.“ Bei der Stadtplanung wünscht sich Pröbstle, dass wirklich flächensparende Alternativen entwickelt werden. Und dass die Empfehlungen der Abstände zum Wald bei der Bebauung eingehalten werden.

„Neben der sozialen und ökologischen Funktion haben Wälder

der große wirtschaftliche Bedeutung als eine der wichtigsten Quellen natürlicher Ressourcen“ so Maly. Besonders in Ballungsräumen führt die Bewirtschaftung häufig zu Konflikten.

Wald ist Wirtschaftsraum

Georg Förster, Bürgermeister der Gemeinde Buckenhof berichtete: „Die Bürger sind stocksauer, wenn Holz aufgeladen und mit einem 40-Tonner im Wald abgeholt wird“ Als Bürgermeister hält er dagegen, denn für ihn ist Holz ein unverzichtbarer, nachhaltig bereitgestellter „Öko-Rohstoff“, der als CO₂-Speicher zudem für den Klimaschutz eine wichtige Rolle spielt. Förster berichtete auch: „Mountainbiker befahren gerne die felsigen Bereiche. Da fehlt der Respekt vor der Natur!“ Als Biotope für seltene Arten reagieren Felsbereiche besonders sensibel auf Störungen.

Naturschutz durch Bewirtschaftung

Roland Blank, Forstbetriebsleiter der Bayerischen Staatsforsten ist für die Bewirtschaftung des gesamten Nürnberger Reichswaldes zuständig. Er weiß wie wichtig die Holznutzung auch für den Wald selber ist: „Vor 40 Jahren haben die Förster die ersten Laubbäume unter die Kiefern gepflanzt. Der Waldumbau hin zu Mischwäldern ist Voraussetzung für die Zukunft eines gesunden Waldes im Klimawandel. Alte Kiefern müssen wir fällen, damit junge Laubbäume ausreichend Licht zum Wachsen erhalten.“

Durch die Arbeit der Förster ist der Reichswald erst zu dem heutigen Naturjuwel geworden. Spechte, Greifvögel, Fledermäuse und seltene Arten wie der Ziegenmelker finden hier einen Lebensraum. „Der Reichswald ist fast vollständig als Vogelschutzgebiet ausgewiesen“ betonte Dr. Klaus Köppel, Leiter des Umweltamts Nürnberg. „Das verdeutlicht seine Bedeutung als Schutzgebiet von europäischem Rang. In den letzten Jahren waren Eingriffe in die Natur erheblich, aber es gibt viele vorbildliche Lösungen, die gemeinsam mit Verbänden und Forstleuten im Wald umgesetzt werden.“

Holzbauweise ist Beitrag zum Klimaschutz

Wolf Opitsch, Architekt und Sachgebietsleiter im Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München gab seine Erfahrungen

mit der modernen Holzbauweise im kommunalen Bereich wider: „Die Leute, die im Holzbau einziehen, lieben das. Sie wollen nichts anderes. Für die Bewohner ist es wirklich etwas Besonderes im Holzbau zu leben.“ Mittlerweile ist selbst der mehrgeschossige Holzbau kein Problem, im Gegenteil bietet der Holzbau Vorteile: „Es geht schneller, ist energetisch günstiger, der Wohlfühlfaktor ist höher und natürlich ist der Klimaschutz durch den CO₂-Speicher Holz ein wichtiges Kriterium. Gegenüber der mineralischen Bauweise können bis zu 60 Prozent der klimaschädlichen Emissionen substituiert werden“ so Opitsch.



Der querschnittsgelähmte Straßenbauer Rafael Spitz vor seinem Arbeitsplatz – einem 25-Tonnen-Radlader. Begleitet von seinem Reha-Manager Stefan Kalkbrenner, BG BAU. Bild: Bruno Streitmatter

„Ich will wieder arbeiten“

Innerhalb von Sekunden hat sich das Leben von Rafael Spitz radikal verändert: Auf dem Weg zur Arbeit kam sein Auto vor drei Jahren auf vereister Straße ins Schleudern und überschlug sich mehrfach. Nach der Akutversorgung mit Operation und erster Reha stand fest: Der Vater von sechs Kindern bleibt aufgrund seiner Verletzungen an der Wirbelsäule querschnittsgelähmt und auf einen Rollstuhl angewiesen. Doch der 46-jährige Straßenbauer ließ sich nicht unterkriegen. Schon kurz nach dem Unfall war für ihn klar: „Ich will wieder arbeiten“. Am liebsten wollte er das als Fahrer eines 25-Tonnen-Radladers machen. Auf diesem Weg wird Spitz von der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU) unterstützt. Das berichtet die BG BAU zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung.

„Nach schweren Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten bleiben häufig gesundheitliche Einschränkungen zurück. Die medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation gehört zu den Kernkompetenzen der BG BAU“, sagte Klaus-Richard Bergmann, Hauptgeschäftsführer der BG BAU. „Berufsgenossenschaftliche Kliniken und Reha-Manager der BG BAU ermöglichen vielen schwerverletzten Versicherten ins Arbeitsleben zurückzukehren und wieder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“, so Bergmann weiter. Insgesamt 28.000 Reha-Fälle hat die BG BAU allein im Jahr 2017 abgeschlossen.

So ging es auch Rafael Spitz: Von Anfang an – schon in der Zeit, als Spitz in der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Tübingen mit allen geeigneten Mitteln versorgt wurde – informierte

Der Wald leistet viel, das hat der Waldtag Bayern verdeutlicht. Die Forstwirtschaft in Bayern bewegt sich auf einem hohen Niveau und ist sich der Multifunktionalität von Wald bewusst.

Als Ergebnis des Waldtags Bayern 2018 kann festgehalten werden, dass die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Forstsektor bereits vielerorts gut funktioniert. Manche Waldbesucher bringen geringe Akzeptanz für die Waldbewirtschaftung und Holzbereitstellung auf. Das führt immer wieder zu Diskussionen, bei denen die Komplexität des Ökosystems Wald erklärt werden muss. Aufklärung über die Arbeit im Wald im direkten Dialog mit den Bürgern sowie ausgeprägte Öffentlichkeitsarbeit bieten hier gute Chancen die Akzeptanz zu erhöhen.

Gemeinsame Botschaft der Bayerischen Forstwirtschaft

Am Waldtag Bayern präsentierten die Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft (VBF) – ein Zusammenschluss 21 forstlicher Vereine und Verbände zusammen mit der Staatsregierung – ihre gemeinsame Botschaft. Darin gehen die VBF speziell auf die Problematik von Wald und Forstwirtschaft in Ballungsräumen ein. Sie fordern unter anderem die Kommunen auf, mehr Holzbauprojekte auf den Weg zu bringen, finanziellen Mehraufwand für Erholungsfunktion und Sicherstellung der Biodiversität auszugleichen und die Akzeptanz für die Bewirtschaftung zu erhöhen. Sie ermutigen alle, die mit dem Wald zu tun haben, miteinander in den Dialog zu treten. □



Unser Bild zeigt (v. l.): Geschäftsführer Stefan Lindner, Kundl Bürgermeister Anton Hoflacher, Geschäftsführer Rudolf Lindner, Sieger Michael Breitenlechner sowie Geschäftsführer Hermann Lindner

Bild: www.lindner-traktoren.at

70 Jahre Lindner Traktoren:

Oldtimer-Schmuckstücke in Kundl

Vor exakt 70 Jahren produzierte das Tiroler Familienunternehmen mit dem S14 den ersten Traktor seiner Firmengeschichte. Zum Jubiläum lud Lindner Traktorenfreunde nach Kundl ein, um dort ihre Schmuckstücke aus 70 Jahren zu zeigen. Mehr als 150 Teilnehmer aus Österreich, Deutschland, der Schweiz, Luxemburg und Holland folgten der Einladung und präsentierten rund um das Innovationszentrum echte Traktoren-Raritäten

Zum schönsten Traktor der Veranstaltung wählte die Fachjury einen S14. Besitzer des Traktors (Baujahr 1949) mit originalem Warchalowski-Motor ist Michael Breitenlechner aus der Wildschönau. Er darf sich über einen Ersatzteilgutschein im Wert von 1.000 Euro freuen. Platz zwei gab es für Franz Ortner aus Waidhofen an der Ybbs und seinen JW20 (Baujahr 1955). Platz drei ging an die Familie Unterrainer aus Kundl, die mit elf Oldtimer-Traktoren mit dabei war.

Im Anschluss an die Prämierung folgte der große Höhepunkt des Lindner-Treffens. Die Traktorenfreunde trotzten den schwierigen Wetterverhältnissen

sen und absolvierten eine 20-Kilometer-Rundfahrt vom Lindner-Innovationszentrum zum Museum Tiroler Bauernhöfe in Kramsach und durch die Altstadt von Rattenberg.

Im Jahr 2017 wurden in Kundl insgesamt 1.300 Traktoren und Transporter der Marken Geotrac, Lintrac und Unitrac hergestellt. Die Traktoren und Transporter kommen in der Berg- und Grünlandwirtschaft, der Kulturwirtschaft und im Kommunalbereich zum Einsatz. Die Exportquote liegt bei 55 Prozent. Lindner beschäftigt 229 Mitarbeiter. Gegründet wurde das Unternehmen bereits 1946. Damals fertigte man in Kundl Gebirgsgattersägen. □

Unfallrente von der BG BAU.

Doch Spitz möchte so selbstständig leben, wie möglich. „Und dazu gehört für mich auch der Job“, sagt der seit über 20 Jahren mit Baumaschinen vertraute Straßenbauer. Daher suchte sein Reha-Manager, Stefan Kalkbrenner, für Spitz einen Weg zurück ins Berufsleben, der seiner Leistungsfähigkeit und Neigung entspricht. Im Verlauf eines Vorbereitungslehrgangs und einer Umschulung im Bereich Uhren und Schmuck wurde schnell klar, dass nichts anderes die Leidenschaft für seine frühere Arbeit als Baumaschinenführer im Straßenbau ersetzen kann.

Behindertengerechter Umbau

Und weil die Wiederaufnahme der bisherigen beruflichen Tätigkeit Vorrang hat, nahm die BG BAU gern das Angebot des früheren Arbeitgebers an, Spitz einen Einsatz als Radlader-Fahrer zu ermöglichen. Der behindertengerechte Umbau der 25-Tonnen schweren Baumaschine wurde in die Wege geleitet. Das war der erste Sonderumbau dieser Art. Nach einem Probeauftrag, bei dem der Querschnittsgelähmte alle notwendigen Arbeiten mit der Baumaschine erledigen konnte, stand der erneuten Beschäftigung in seinem Wunschberuf nichts mehr im Weg. „Mein Grundgedanke war, wer Auto fährt, kann auch eine Baumaschine bedienen“, sagt Spitz. Mit einem Speziallift kommt er regelmäßig in die Fahrerkabine, an einem elektronischen Zuggerät kann er seinen Rollstuhl festmachen und Gas und Bremse des Radladers steuert er nun mit einem Joystick. So kann Spitz wieder in vollem Umfang berufstätig sein. □

Dr. Uwe Brandl:

Das ist unfair bei der Maut!

Bund kassiert bei gemeindlichen Fahrten und begünstigt landwirtschaftliche Transportfahrten,

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte haben kein Verständnis für eine Ungleichbehandlung bei der Maut auf Bundesfernstraßen. Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags beschloss jüngst, dass künftig landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Fahrzeuge bis 40 km/h bauartbedingter Höchstgeschwindigkeit keine Maut bezahlen müssen. Im Gegensatz dazu müssen Gemeinden für ihre Lastkraftwagen bei der Erfüllung gemeindlicher Aufgaben weiterhin Maut entrichten.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Das versteht kein Mensch: Gemeinden und Städte erbringen Leistungen für die Allgemeinheit. Wenn sie mit ihren kommunalen Lastkraftwagen unterwegs sind, sollen sie Maut zahlen. Der Landwirt dagegen nicht. Auch wenn er damit Geld verdient. Wieso lässt sich der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags von der Agrarlobby so einwickeln? Bei der Maut wird ersichtlich mit zweierlei Maß gemessen. Das ist unfair!“ Brandl forderte den Bund noch einmal auf, auch kommunale Lastkraftwagen oder die Beförderung von Gütern durch Körperschaften des öffentlichen Rechts im Rahmen ihrer öffentlichen Aufgaben ebenfalls von der Maut auszunehmen. □

Konzept der Bundesregierung für saubere Luft:

Mercedes-Benz bietet Umtausch-Programm für Diesel-Fahrzeuge

Berlin. Mercedes-Benz gewährt eine erhöhte Umtauschprämie für Pkw und Vans in den von der Bundesregierung definierten Schwerpunktregionen. Bei der Wahl eines Neufahrzeugs erhalten Kunden bis zu 10.000 Euro Prämie. Für Gebrauchtwagen der Marke „Junge Sterne“ beträgt die Prämie bis zu 5.000 Euro.

Erstmals besteht auch die Umtauschmöglichkeit für Dieselfahrzeuge mit EU5. Die Prämie gilt, wenn Kunden aus den Schwerpunktregionen einen Mercedes-Benz Pkw mit EU6c oder EU6d-TEMP oder EU6d Abgasnorm für Diesel, Benziner oder Plug-in-Hybride oder einen Mercedes-Benz Van wählen. Beim Kauf eines neuen Vans erhalten sie eine Umtauschprämie in Höhe von bis zu 6.000 Euro. Die Umtauschprämie wird zusätzlich zu anderen Rabatten gewährt. Ergänzt wird das Programm durch Finanzierungsangebote für Neufahrzeuge mit 1 Prozent effektivem Jahreszins. Daimler leistet damit einen erheblichen Beitrag zum Konzept der Bundesregierung für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in den Städten, um etwaige Nachteile für Diesel-Fahrer zu verhindern.

Hardware-Nachrüstungsprogramm

Daimler wird sich auch an einem Hardware-Nachrüstungsprogramm der Bundesregierung finanziell beteiligen – die genaue Spezifikation des Pro-

gramms wird noch geklärt. Auf Grund der schnelleren Umsetzung hat für die Daimler AG die Erneuerung des Fahrzeugbestandes in den Schwerpunktregionen Priorität. Mit deutlich erhöhten Umtauschprämien, die nun auch bei Inzahlungnahme von Dieselfahrzeugen mit EU5 gelten und zusätzlich zu anderen Rabatten gewährt werden, hat Mercedes-Benz einen starken Anreiz dazu geschaffen.

Reduzierung der Stickoxid-Emissionen

Die Angebote sollen helfen, die Stickoxid-Emissionen in den Städten zu reduzieren – ohne Fahrverbote und mit dem modernen Diesel. Die Prämien betragen bei der Wahl eines Neufahrzeugs 10.000 Euro für die Mercedes-Benz S-Klasse und GLS, 3.000 Euro für A- und B-Klasse, CLA und GLA und 6.000 Euro für alle anderen Mercedes-Benz Pkw Baureihen. Bei der Wahl eines Gebrauchtwagen der Marke „Junger Stern“ beträgt die Prämie 5.000 Euro beim Kauf einer E-Klasse, einer S-Klasse oder eines GLS, bei allen anderen Baureihen be-

trägt die Prämie für den „Jungen Stern“ 3.000 Euro.

Altfahrzeuge der Abgasnorm EU4 und EU5 werden in Zahlung genommen und die Prämie zusätzlich angerechnet. Für Dieselfahrzeuge mit EU1 bis EU3 erhalten Kunden beim Kauf eines Neufahrzeugs weiterhin einen Wertausgleich für ihr bisheriges zu verschrottendes Fahrzeug. Bei Vans erhalten die Besitzer von EU1- bis EU5-Dieselfahrzeugen mit der Pkw-Zulassung (M1) in den Schwerpunktregionen eine Umtauschprämie in Höhe von 6.000 Euro, wenn sie sich für einen neuen Sprinter oder eine V-Klasse (inkl. Marco Polo) entscheiden sowie 3.000 Euro für einen Citan, Vito oder X-Klasse.

Bei der Wahl eines „Junge Sterne Transporter“ beträgt die Prämie beim Citan, Vito und X-Klasse 1.500 Euro, bei V-Klasse (inkl. Marco Polo) und Sprinter 3.000 Euro. Zusätzlich zur Umtauschprämie erhalten die Van-Kunden einen Wertausgleich für ein EU1- bis EU3-Dieselfahrzeug, welches durch den Kunden verschrottet wird. Für ein neues Sondermodell „Das Taxi“ der Mercedes-Benz E-Klasse kann eine Umtauschprämie von 6.000 Euro in Anspruch genommen werden. In Verbindung mit der aktuell gültigen Inzahlungnahmeprämie durch die Daimler AG kann die Prämie insgesamt 10.000

Stadt Würzburg:

Die Stadtreiniger sind für den Winterdienst 2018/19 gerüstet

Für die bevorstehende Winterperiode ist der Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ gut vorbereitet, um für freie Fahrt auf den Straßen in Würzburg zu sorgen. „Wenn Schneefall oder Glätte zu erwarten ist, sind etwa 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Rufbereitschaft, um die Straßen von Schnee und Eis zu befreien und arbeiten, wenn nötig, stetig im Dauereinsatz. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer hat dabei höchste Priorität“, kündigt Werkleiter Wolfgang Kleiner an.

Insgesamt etwa 3.000 t Streusalz, 9.000 Liter Sole, 300 t Granulat und 100 t Granulat/Salzgemisch sind eingelagert, um den potenziellen Bedarf von Streumitteln abzudecken.

Bei Wintereinbruch werden pro Einsatz mit insgesamt 32 Groß- und Kleinfahrzeugen, darunter zehn Lastkraftwagen, zwei Unimogs und 24 Kleinstreufahrzeuge, rund 700 Kilometer Fahrbahnlänge von Schnee und Eis befreit. Werkleiter Wolfgang Kleiner: „In vielen Fällen leisten wir über das gesetzlich vorgeschriebene Maß Winterdienst. Bei starken und anhaltenden Schneefällen bitten wir jedoch um Verständnis, dass unsere Kapazitäten begrenzt sind und wir nicht überall sofort im Einsatz sein können.“ Der Winterdienst konzentriert sich dann gemäß der gesetzlich vorgeschriebenen Reinigungs- und Verkehrssicherungspflicht auf Straßen und Bereiche mit der höchsten Priorität. Dazu zählen verkehrswichtige und gefährliche Straßenabschnitte, unter anderem Rettungswege und Hauptverkehrswege.

Online-Service für Radfahrer

Um Radfahrern einen besseren Überblick über die durch den Winterdienst betreuten Radverkehrsrouten zu ermöglichen, veröffentlichen die Stadtreiniger auf ihrer Homepage die Winterradverkehrsrouten unter www.wuerzburg.de/30509.

Unterstützt werden die Stadtreiniger durch die Straßenwetterinformationen von Wetterdiensten und die moderne Fahrzeugtechnik, die bei der grammgenauen Ausbringung der Streumenge für Winterdienstseinsätze eine große Hilfe ist.

Räum- und Streupflichten für Gehwege

„Aber auch die Bürgerinnen und Bürger müssen ihren Teil beitragen, um für sichere Straßen zu sorgen“, macht Betriebsleiter Christian Strohm deutlich. Für das Räumen und Streuen der Gehwege mit einer Breite von 1,50 Meter bei Schnee und Glätte sind in der Stadt Würzburg gemäß der Straßenreinigungs- und -sicherungsverordnung die Anlieger bzw. Grundstückseigentümer verantwortlich. Die Verkehrssicherheit muss an Wochentagen bis 7 Uhr morgens, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr hergestellt sein und tagsüber jeweils bis 20 Uhr aufrechterhalten werden. Nachts gibt es weder auf Straßen noch auf Gehwegen eine generelle Winterdienstpflicht.

Salzverbot beim Anliegerwinterdienst

In diesem Zusammenhang weisen „Die Stadtreiniger“ darauf hin, dass in Würzburg seit der Winterdienstsaison 2017 ein Salzverbot beim Anliegerwinterdienst gilt, da sich auf-

tauende Streumittel wie z. B. Salz ungünstig auf unsere Umwelt insbesondere Pflanzen und Tiere auswirken. Für Grundstückseigentümer, Hausverwaltungen, Hausmeisterdienste bzw. Dienstleister heißt dies, abstumpfende Streustoffe wie z. B. Lavagranulat, Sand, Splitt und dergleichen ausreichend vorzuhalten. Die Straßenreinigungs- und sicherungsverordnung regelt in § 10 Abs. 1, dass das Streuen von auftauenden Streumitteln wie Salz verboten ist. Das Missachten dieser Vorschrift stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einem Bußgeld von bis zu 1.000 € belegt werden. Nur bei Glätteis oder Glätteis in Folge gefrierenden Regens (Eisregen) ist die Verwendung von auftauenden Streustoffen an den betroffenen Stellen zulässig.

Erhöhte Vorsicht im Straßenverkehr nötig

Für die anstehende Winterperiode ist auch erhöhte Vorsicht im Straßenverkehr notwendig, um die Unfallgefahr zu verringern. Bei winterlichen Straßenverhältnissen sollten Verkehrsteilnehmer möglichst nur die geräumten und gestreuten Straßen nutzen und auf wettertaugliche Reifen und die Fußgänger auf geeignetes Schuhwerk achten. Auch muss das schnelle Durchkommen der Winterdienstfahrzeuge jederzeit ermöglicht werden. Betriebsleiter Christian Strohm: „Falsch geparkte Fahrzeuge erschweren häufig die Winterdienstseinsätze, das kostet wertvolle Zeit! Nur wenn der Winterdienst und alle Verkehrsteilnehmer gut zusammenarbeiten, kann die Mobilität und Sicherheit im Straßenverkehr gewährleistet werden.“

Euro betragen. Die Umtauschprämie gilt, wenn Kunden aus den Schwerpunktregionen ihren gebrauchten Diesel mit EU1 bis EU5 (egal, welcher Marke) gegen einen Mercedes-Benz Pkw mit EU6c oder EU6d-TEMP oder EU6d Abgasnorm für Diesel, Benziner oder Plug-in-Hybride tauschen. Sie kann außerdem mit anderen Rabattprogrammen kombiniert werden, z.B. mit dem Umweltbonus für Plug-in-Hybride in Höhe von 3.000 Euro. Zur Umtauschprämie bietet die Mercedes-Benz Bank eine attraktive Fahrzeugfinanzierung mit 1 Prozent effektivem Jahreszins beim Erwerb eines Neufahrzeugs. Die neuen Umtauschprämien gelten mit Bestellung ab 08.10.2018. Das Umtauschprogramm ist eine freiwillige Aktion und gilt bis auf weiteres.

Breite Auswahl an Euro 6d-TEMP-Fahrzeugen

Das Altfahrzeug muss vor dem 1. Oktober 2018 (Stichtagsprinzip) auf den Käufer zugelassen worden sein. Außerhalb der Schwerpunktregionen gilt unverändert die bisherige Umtauschprämie für Pkw. Mit über 200 Benzin- und Diesel-Varianten bietet Mercedes-Benz Pkw eine breite Auswahl von Fahrzeugen, die bereits nach Euro 6d-TEMP zertifiziert sind. Mercedes-Benz hat damit bereits 80 Prozent der Pkw-Flotte in Europa nach der strengen Abgasnorm Euro 6 d oder Euro 6 d-TEMP zertifiziert – ein Jahr, bevor dies für alle Fahrzeuge verpflichtend sein wird.



Der nächste Winter kommt bestimmt – getreu diesem Motto wird jetzt der Umgang mit dem Schneepflug geübt. Hier kommt es nämlich beim Räumen auf jeden Zentimeter an und es ist viel Fingerspitzengefühl gefragt. Und so sind bei der ersten Schneepflug-Meisterschaft des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz 22 Teams der Straßen- und Autobahnmeistereien aus der Region angetreten, um sich mit einem Unimog U 430 in acht kniffligen Wettbewerbs-Aufgaben zu messen.

Am Ende des Tages konnten Matthias Rudolph und Luca Assenmacher von der Autobahnmeisterei Emmelshausen den Sieg für sich entscheiden.

BDEW-Hauptgeschäftsführer Stefan Kapferer:

CO2-Flottengrenzwerte für PKW

Das Votum der EU-Umweltminister, die Zielvorgaben bei den Flottengrenzwerten für PKW gegenüber der Kommission auf 35 Prozent bis 2030 anzuheben, sei laut Kapferer ein wichtiges Signal für die Energiewende im Verkehrsbereich.

Kapferer sieht hier einen steigenden Handlungsdruck: „Der Verkehr ist nach der Energiewirtschaft der zweitgrößte Emittent von Treibhausgasen. Bisher ergriffene Klimaschutzmaßnahmen im Verkehrssektor hatten wenig Erfolg, er liegt bei der Minderung von Treibhausgasen massiv im Rückstand.“

Die vorgeschlagene Verschärfung der CO2-Grenzwerte für PKW hätte, so Kapferer weiter „auch einen positiven Effekt für Deutschland und die Arbeit der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität.“



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrertrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Rückdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Europäische Woche der Abfallvermeidung:

Wege aus der Wegwerfgesellschaft

„Bewusst konsumieren und richtig entsorgen“, lautete das Motto der 9. Europäischen Woche der Abfallvermeidung (EWAV). Knapp 450 Aktionen fanden in ganz Deutschland statt. So starteten unzählige Plakatkampagnen, Repair Cafés öffneten ihre Türen, gemeinnützige Vereine luden zum gemeinsamen Kochen gegen die Lebensmittelverschwendung ein. Auch Bundes- und Landesbehörden, Stadt- und Kreisverwaltungen, kommunale Entsorgungsunternehmen, Verbraucherzentralen, soziale Einrichtungen sowie Umweltinitiativen beteiligten sich an der Kampagne, die vom VKU koordiniert wird. Fachlicher Ansprechpartner ist das UBA.

Zum Auftakt der Europäischen Woche der Abfallvermeidung stellte der Parlamentarische Staatssekretär Florian Pronold neue Umfrageergebnisse und Zahlen zu Elektroschrott und zur Akzeptanz des Elektroschrottrecyclings vor. Wie Pronold betonte, sind alte Elektrogeräte kleine Rohstofflager. Damit sie hochwertig recycelt werden können, müssten sie wieder zurückgegeben werden und dürfen nicht illegal exportiert werden oder im Hausmüll landen. Zwar existiere hierzulande ein dichtes Netz an Sammelstellen, doch seien viele Menschen damit nicht vertraut. Zugleich gebe es immer wieder Händler, die die Rückgabe von Elektrogeräten erschweren. „Hier gibt es noch reichlich Handlungsbedarf“, stellt der Staatssekretär klar.

Rückgabe von Elektrogeräten

Seinen Ausführungen zufolge verpflichten das Elektrogerätegesetz und das Batteriegesetz den Handel zur Rücknahme dieser Produkte, wenn sie ausgedient haben. Die EU-Sammelquoten von jeweils 45 Prozent für beide Produktbereiche wurden allerdings zuletzt nur knapp erreicht.

Um die Sammelmengen zu erhöhen, wurden die Regeln für die Rückgabe von Elektrogeräten

bereits verändert. Das Elektrogerätegesetz sieht bei Verstößen des Handels gegen seine Rücknahmepflichten nun ein Bußgeld von bis zu 100.000 Euro vor. Eine entsprechende Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes ist 2017 in Kraft getreten. Bereits 2016 wurden zudem mehr Kompetenzen für den Zoll eingeführt, um gegen die illegale Entsorgung bzw. den Export alter Elektrogeräte vorzugehen.

Höheres Batterieaufkommen

Eine Novelle des Batteriegesetzes wird laut Pronold derzeit vorbereitet. Hierbei sollen die Hersteller stärker als bisher im Rahmen ihrer Produktverantwortung eingebunden werden und somit auch zu höheren Sammelquoten beitragen. Das Batterieaufkommen hat sich in den vergangenen Jahren stark erhöht. Im Jahr 2017 stieg die Masse der in Verkehr gebrachten Gerätebatterien so stark wie noch in keinem Jahr zuvor an: So war im Vergleich zu 2016 ein Wachstum um 5.132 Tonnen bzw. um 11,3 Prozent zu verzeichnen.

Die Sammelmenge erhöhte sich von 2016 auf 2017 von 20.524 auf 21.037 Tonnen. Um besser über die Sammelstellen für Elektrogeräte und Batterie

ren zu informieren, wurde kürzlich ein Sammelloge eingeführt, das Verbraucher besser auf die Rückgabe aufmerksam machen soll. Es wurde von den beiden Stiftungen Elektroaltgeräte-Register (EAR) und Gemeinsames Rücknahmesystem Batterien (GRS) erarbeitet und wird derzeit beworben.

Verzicht auf Plastik

Bayern will die Abfallmengen weiter reduzieren und wirbt für einen bewussten Verzicht auf Plastik im Alltag. Ziel ist, unnötigen Plastikmüll und die Verschmutzung der Natur zu vermeiden und anfallenden Abfall bestmöglich zu verwerten, erklärte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber. Bayern setze dabei auf Aufklärung und Beratung, auf eine Änderung des Alltagsverhaltens und regionale Konzepte zur Müllvermeidung.

Der Freistaat habe in diesem Zusammenhang einen Leitfadens zur Erstellung kommunaler Abfallvermeidungskonzepte erstellen lassen. Beispielsweise kann im Alltag an vielen Stellen der Einsatz von Kunststoffen reduziert werden: beim Verzicht auf Plastiktüten zugunsten von Stofftaschen oder Flechtkörben oder der Nutzung von mehrfach verwendbaren Behältern statt Einweglösungen. Gemeinsam mit Politik, Wirtschaft und Verbänden habe das Umweltministerium einen Runden Tisch gegen die Flut von Einwegbechern ins Leben gerufen.

Auch im Wirtschaftskreislauf sollen Ressourcen zukünftig noch punktgenauer eingesetzt werden. Wie Glauber darlegte, brauchen wir eine Rohstoffwende. Das Wirtschaftswachs-

tum muss noch weiter vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Unser Ziel ist eine Wirtschaft möglichst ohne Abfälle. Dafür investieren wir in hochkarätige Forschung.“

In einem Maßnahmenpaket hat der Freistaat mehrere Handlungsschwerpunkte zur Plastikvermeidung festgelegt: So soll das erfolgreiche Bayerische Ressourceneffizienz-Zentrum weiter gestärkt werden. Um Ersatzprodukte für Kunststoff herzustellen, treibt Bayern außerdem die Forschung für Biokunststoffe, die vollständig biologisch abbaubar sind, voran. Auch das Recycling im Inland sowie die Recyclingqualität sollen gestärkt werden. Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld sind Öffentlichkeitsarbeit und Informationsoffensiven, insbesondere zusammen mit der Wirtschaft.

Laut VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp wurden in Deutschland 2016 zwei Millionen Tonnen Elektro- und Elektronikgeräte gekauft. Neben wertvollen Metallen enthielten Elektrogeräte oft auch Schadstoffe wie Quecksilber, Fluorchlorkohlenwasserstoffe oder polychlorierte Flammschutzmittel. Gleiches gelte für Batterien, die giftige Schwermetalle wie Quecksilber, Cadmium oder Blei enthalten können. Hasenkamp: „Hersteller müssen Geräte umwelt-schonend, langlebig und reparierbar produzieren. Die europäische Ökodesignrichtlinie zum Beispiel bietet dafür eine gute Basis.“

Depotcontainer als Lösung

Auch die Entsorgung müsse an die neuen Herausforderungen angepasst werden: „Die kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe sind für die Bürgerinnen und Bürger die ersten Ansprechpartner für die Entsorgung von Elektroschrott. Der Handel nimmt hingegen seine Rücknahmepflicht nur stiefmütterlich wahr und ihm fehlt die erforderliche Entsorgungskompetenz. Auch die Kommunen müssen allerdings mit ihren Sammelstrukturen dichter an die Bürger heranrücken, um die ehrgeizigen Sammelquoten ab dem nächsten Jahr zu erfüllen. Dafür können Depotcontainer im öffentlichen Straßenraum eine gute Lösung sein, die allerdings derzeit durch das Gefahrgutrecht zu stark reglementiert werden. Zudem unterstützen die Kommunen das neue Sammelstellenlogo, das vor wenigen Tagen der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Sammelstellen für alte Elektrogeräte und Batterien sollen einheitlich und flächendeckend gekennzeichnet werden.“

Ebenfalls eine wichtige Aufgabe: Der Export von E-Schrott ins außereuropäische Ausland muss verringert werden. Hasenkamp: „Es darf nicht sein, dass E-Schrott aus Deutschland in Ghana auf der Müllkippe endet, wo Menschen unter äußerst gesundheits- und umweltschädlichen Bedingungen unseren Schrott auseinander nehmen müssen.“ **DK**

„Das ohnehin wenig ambitionierte Ziel wird also sehr wahrscheinlich nicht erreicht“, resümiert der CEO. „Wir haben noch einen anstrengenden Weg vor uns, Märkte für Rezyklate zu entwickeln und voranzubringen. Die Wirtschaft muss endlich die großen Chancen erkennen, die in der Kreislaufwirtschaft liegen. Sonst laufen wir wie auf anderen Innovationfeldern auch hier Gefahr, von anderen überholt und abgehängt zu werden“, warnt Wiener. Insbesondere China unternehme derzeit enorme Anstrengungen und investiere große Summen in die Kreislaufwirtschaft. **DK**

VBS-Jahrestagung 2018:

Plädoyer für fairen Wettbewerb

Die Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) in Bad Griesbach stand ganz im Zeichen der Landtagswahl. Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft diskutierten über die richtigen Rahmenbedingungen für einen weiteren Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Erfreulich war die hohe Beteiligung: Otto Heinz, einstimmig erneut zum VBS-Präsidenten gewählt, konnte über 320 Gäste und Mitglieder begrüßen.

Der diesjährige Festredner, Staatsminister a. D. Erwin Huber, betonte, dass die mittelständisch geprägte Entsorgungswirtschaft in Bayern einen maßgeblichen Beitrag zum Gemeinwohl leiste und forderte ein klares Bekenntnis der Politik zum Mittelstand und zum fairen Wettbewerb. VBS-Präsident Otto Heinz dankte Huber dafür, dass er sich in den vergangenen Jahren sehr engagiert für faire Wettbewerbsbedingungen in der Branche stark gemacht und stets ein offenes Ohr für die Themen der Branche gezeigt hatte.

In Grundsatzfragen die richtigen Weichen stellen

Neben stabilen Verhältnissen erhofft sich die bayerische Entsorgungswirtschaft wichtige Impulse von der neuen Legislaturperiode des Landtags. „Wir wollen die Kreislaufwirtschaft weiter voran bringen“, erklärte VBS-Präsident Heinz. Im Vorfeld der Landtagswahl hatte der Verband die flächendeckende Einführung der Biotonne in Bayern und Markttests für bürgernahe Entsorgungsleistungen gefordert. Hierzu führte der VBS-Präsident aus: „Kein Mensch fährt seinen Biomüll zum Wertstoffhof! Daher landet er viel zu häufig in den kommunalen Verbrennungsanlagen. Wir appellieren deshalb an die Verantwortlichen, das Kreislaufwirtschaftsgesetz im Sinne des Klima- und Ressourcenschutzes endlich ernst zu nehmen und

jedem Bürger in Bayern direkten Zugang zu einer Biotonne zu ermöglichen. Ebenso grundsätzlich muss die Politik überprüfen, ob kommunale Wirtschaftstätigkeit auf das notwendige Maß begrenzt bleibt – der aktuelle Re-kommunalisierungstrend in bayerischen Kommunen ist eine große Bedrohung für die mittelständischen Betriebe der Entsorgungswirtschaft.“

Podiumsveranstaltung zur Kreislaufwirtschaft 4.0

In der Podiumsdiskussion diskutierte Otto Heinz mit Volker Fennemann (Fraunhofer IML), Dr. Hartmut Hoffmann (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und Heino Jahn (Vorsitzender VKS Landesgruppe Bayern). Es herrschte Einigkeit darüber, dass der Megatrend Digitalisierung die Entsorgungswirtschaft verändern wird: So muss sich die Branche u.a. auf neue Wettbewerber mit neuen Geschäftsmodellen einstellen. Zuletzt hatte der Einstieg des größten europäischen Handelskonzerns in das Systemgeschäft und die vorherige Übernahme der Tönsmeier-Gruppe für großes Aufsehen in der Branche gesorgt.

Erstmals wurde die Veranstaltung klimaneutral abgehalten, d.h. die zuvor berechnete emittierte Menge von 29 Tonnen CO₂ wurde in einem hochwertigen myclimate-Klimaschutzprojekt „Aus Abfall wird Biodünger“ in Nepal kompensiert. **□**

Kunststoffrecycling gegen Klimaerwärmung

Vor kurzem wurde der Sonderbericht des Weltklimarates vorgestellt. Das Ergebnis rüttelt auf und muss nach Auffassung des bvse zu konkreten Konsequenzen führen.

Der IPCC-Sonderbericht untersucht die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Bemühungen zur Beseitigung von Armut. Zur Erinnerung: Die Weltklimakonferenz hat eine verbindliche Begrenzung der Erderwärmung auf max. 2 °C beschlossen.

Die Folgen für Biodiversität und Ökosysteme, einschließlich Artenverlust und -aussterben, sind laut Projektionen bei 1,5 °C globaler Erwärmung geringer als bei 2 °C.

Eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C verglichen mit 2 °C verringert laut Projektionen die Folgen für terrestrische, Süßwasser- und Küstenökosysteme und erhält mehr von deren Dienstleistungen für den Menschen aufrecht.

Eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C verglichen mit 2 °C verringert laut Projektionen außerdem Anstiege der Ozeantemperatur sowie damit verbundene Anstiege des Säuregehalts und Abnahmen des Sauerstoffgehalts im Ozean. Infolgedessen verringert laut Projektionen eine Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 °C die Risiken für marine Biodiversität, Fischerei und Ökosysteme sowie deren Funktionen und Dienstleistungen für den Menschen. Dies werde durch die jüngsten Änderun-

gen von arktischen Meereis- und Warmwasserkorallenriff-Ökosystemen verdeutlicht, heißt es in dem Sonderbericht.

Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung hat auf seiner jüngsten Jahrestagung gerade auch auf das Massenartensterben hingewiesen. UN-Sonderbotschafter für Artenvielfalt, Dirk Steffens, wies auf der Tagung darauf hin, dass eine funktionierende Kreislaufwirtschaft und das Recycling einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz und die Artenvielfalt leisten können.

Gerade im Bereich des aktuell viel diskutierten Kunststoffrecyclings steckt nach Überzeugung des bvse noch eine Menge Potenzial für die Einsparung von klimaschädlichen CO₂-Emissionen.

Durch den Ersatz (Substitution) von Neuware (Rohstoff aus fossilen Ressourcen) durch Recycelate werden Treibhausgasemissionen, gemessen in CO₂äq, eingespart.

bvse-Vizepräsident Herbert Snell weist darauf hin, dass das Einsparpotenzial bis zu 2,2 kg CO₂äq je kg Recyclat, das Neuware ersetzt, betragen kann.

Herbert Snell: „Es wird in der letzten Zeit viel über Mechanismen zur Förderung des Recyclateinsatzes diskutiert. Aus Sicht des bvse sollte man einen solchen Mechanismus an die CO₂-Einsparung koppeln.“ Nach Meinung des bvse-Vizepräsidenten könnte beispielsweise je kg eingesparte CO₂-Emissionen eine Bonifizierung in Höhe der CO₂-Zertifikate im Emissionshandel gewährt werden. **□**

BMU leitet Trendwende ein:

Fünf-Punkte-Plan für weniger Plastik

Eine Mischung aus gesetzlichen und freiwilligen Maßnahmen zur Vermeidung von überflüssigem Plastik sieht ein von Bundesumweltministerin Svenja Schulze kürzlich vorgelegter Fünf-Punkte-Plan vor. Auch Alternativen zur Plastiknutzung wie etwa das Trinken von Leitungswasser sollen gestärkt werden.

Zunächst liegt das Augenmerk auf der Vermeidung von überflüssigen Produkten und Verpackungen. Die Bundesregierung unterstützt ein europaweites Verbot von bestimmten Einweg-Plastikartikeln wie Plastikgeschirr, das heuer noch beschlossen werden soll. Auf nationaler Ebene wird das Bundesumweltministerium einen Dialog mit dem Handel starten, um freiwillige Selbstverpflichtungen zu erreichen. Vorbild ist die Vereinbarung zu den Plastiktüten, die Schulze zufolge nach zwei Jahren bereits zu einem Rückgang des Verbrauchs um zwei Drittel geführt habe. Ein Thema des neuen Dialogs werden überflüssige Verpackungen von Obst und Gemüse sein. Zudem sollen Alternativen zur Plastiknutzung gestärkt werden, etwa durch eine Initiative zur Nutzung von Leitungswasser als Trinkwasser.

Punkt 2 des Plans ist die umweltfreundliche Gestaltung von Verpackungen und Produkten. Ab 2019 müssen die Lizenzentgelte, die die Hersteller an die dualen Systeme zahlen, ökologische Kriterien stärker berücksichtigen. Dann gilt: Wer eine Verpackung verwendet, die sich gut recyceln lässt oder aus recyceltem Material besteht, zahlt weniger als derjenige, der das

nicht tut. Für Produkte schlägt das BMU zudem eine neue Regelung vor: Demnach müssten Produkte unter anderem so gebaut sein, dass man sie leicht auseinanderbauen und reparieren oder recyceln kann.

Recycling stärken

Ein weiteres Element ist die Stärkung des Recyclings. Ab 1. Januar 2019 werden die Recyclingquoten für Kunststoffverpackungen von derzeit 36 Prozent zu nächst auf 58,5 Prozent erhöht. Ab dem 1. Januar 2022 steigen sie wie im Verpackungsgesetz beschlossen auf 63 Prozent. Um die Nachfrage nach den so gewonnenen neuen Rohstoffen zu erhöhen wird das BMU eine neue Rezyklat-Initiative starten. In einem Dialog sollen alle Akteure entlang der Produktionskette daran arbeiten, die Qualität und die Akzeptanz von Rezyklaten zu steigern. Die öffentliche Hand soll bei der Beschaffung mit gutem Beispiel vorangehen.

Punkt 4 widmet sich dem Bereich der Bioabfälle. Hier soll der Eintrag von Plastik durch Aufklärung und strengere Anforderungen an die Kompostqualität vermieden werden. Punkt 5 schließlich legt den Fokus auf den Kampf gegen den Meeresmüll. Hier beabsichtigt das BMU,

ab 2019 stärker in die praktische Umsetzung einzusteigen.

Nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ist der vorgelegte 5-Punkte-Plan „im Grundsatz zu begrüßen“. Die angestoßene Diskussion, die unter anderem die Sensibilisierung der Bürgerschaft zum Ziel hat, könne durchaus dazu beitragen, dass die Vermüllung von Städten und Gemeinden durch Coffee to go-Becher oder Einwegplastikgeschirr nachlässt.

Ins gleiche Horn stößt der Grüne Punkt: „Kunststoff ist ein wertvoller Rohstoff, wir müssen verantwortungsvoller damit umgehen“, betont CEO Michael Wiener. Dazu notwendig seien neben der Abfallvermeidung die recyclinggerechte Gestaltung von Produkten und der Einsatz von Rezyklaten anstelle von neuem Kunststoff, der aus Erdöl gemacht wird.

Chancen erkennen

Laut Wiener sind Deutschland und Europa von den selbst formulierten Zielen derzeit noch weit entfernt: 60 Millionen Tonnen jährlich beträgt die Produktionskapazität in Europa für neue Kunststoffe, dagegen nur drei Millionen Tonnen für Rezyklate. Über freiwillige Selbstverpflichtungen wollte die Europäische Kommission erreichen, dass bis 2025 zehn Millionen Tonnen Kunststoffrezyklate eingesetzt werden. Bisher liegen aber nur Zusagen für fünf Millionen Tonnen vor.

Sanierung des ehemaligen Bayernoil-Raffineriegeländes in Ingolstadt:

Neues Leben durch modernen Technologiepark

GZ-Interview mit Umweltingenieur Dr. Rupert Ebner

Mit einem umweltschonenden Projekt wird in Ingolstadt derzeit die erste vollumfängliche Sanierung eines Raffineriegeländes in Bayern umgesetzt. Damit ein innovativer Technologiepark entstehen kann, wird auf dem ehemaligen Bayernoil-Raffinerie-Gelände im Süden der Stadt eine rund 75 Hektar große Industriebrache erneuert. Dabei handelt es sich um einen „beispiellosen Vorgang in der Region“, wie Umweltingenieur Dr. Rupert Ebner im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterte. Tatsächlich wird hier eines der derzeit bundesweit größten Sanierungsprojekte realisiert.

Blick zurück: Die im Süden der Stadt Ingolstadt gelegene ehemalige Raffinerie der Firma Bayernoil Raffineriegesellschaft mbH wurde 1962 auf einer Fläche von 108 Hektar, auf der zuvor teilweise Auwald bestand und die landwirtschaftlich genutzt wurde, errichtet. Mit der Raffineriestilllegung im Jahr 2008 wurde damit begonnen, die bestehenden Anlagen und Gebäude sukzessive zurückzubauen. Schon damals sah man stadtplanerisch eine Konversion der Fläche vor.

Einige Jahre später dann die zündende Idee, die sich der damalige Umweltingenieur der AUDI AG, Dr. Dagobert Achatz, auf seine Fahnen schreiben darf: Im Jahr 2015 erwarb die IN-Campus GmbH, ein Joint Venture der AUDI AG mit der Stadt Ingolstadt, für die Errichtung eines Innovationscampus eine Teilfläche des ehemaligen Raffineriegeländes. Im Grundstückskaufvertrag wurde Ebner zufolge vereinbart, dass die IN-Campus

GmbH die Altlastensanierung der erworbenen Fläche auf eigene Kosten übernimmt, wobei die Stadt Ingolstadt ihren eingesetzten Betrag in Höhe von 10 Millionen Euro nach dem Abschluss der Sanierung wieder zurückerhält.

Im Mai 2016 wurde schließlich der Sanierungsvertrag unterschrieben und mit aufwändigen Arbeiten von Norden nach Süden begonnen. Wesentliches Ziel ist es, die Schadstoffbelastungen von Boden, Bodenluft und Grundwasser aus dem ehemaligen Raffineriebetrieb zu beseitigen. Eine gewerblich-industrielle Nutzung in einem gesunden Aufenthalts- und Arbeitsumfeld soll damit für die auf dem Gelände tätigen Menschen sichergestellt werden.

Spezialisierte Teams schaffen nun ein Spitzentechnologiezentrum für zukunftsweisende Innovationen. Dann nutzt die IN-Campus GmbH 60 Hektar der Fläche, 15 Hektar werden als Ausgleichsfläche der Natur zurückgegeben.

Das Gelände bietet zahlreiche Vorteile wie die große zusammenhängende Fläche, die Nähe zum Audi-Werk und eine gute Verkehrsanbindung. Bei der Erschließung des IN-Campus werden keine neuen Flächen versiegelt.

Noch aber ist der Untergrund keineswegs schadstofffrei. Bereits 2007 war im Zuge einer intensiven Altlastenerkundung im Auftrag von Bayernoil festgestellt worden,



Dr. Rupert Ebner.

dass der Geländeboden und das Grundwasser unterhalb des Geländes mit sanierungsbedürftigen Schadstoffen belastet sind. In der jüngeren Vergangenheit rückten Ebner zufolge Grundwasserbelastungen mit PFC, sprich per- und polyfluorierten Chemikalien, ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Mit Blick auf deren Gefährlichkeit und Stoffeigenschaften sind Maßnahmen im Grundwasser erforderlich. Da sich die PFC nicht weiter abbauen, wurden für sie auf dem gesamten Entwicklungsgelände

mehr Transparenz, Anreizsysteme und verbindliche Vorschriften ein, die für privatwirtschaftliche Akteure gelten, um klimaresistente und gerechte Lieferketten aufzubauen und zu gewährleisten, dass internationale Konzerne ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen.

2. Unterstützen Sie Kleinbauernfamilien und benachteiligte Bevölkerungsgruppen über finanzielle Mittel, Fortbildungen und fachkundige Beratungen, die gezielt auf die Bedürfnisse der Kleinbäuerinnen und -bauern ausgerichtet ist.

3. Fördern Sie Mechanismen für die Internalisierung von Kosten, die durch unfaire und klimaschädliche Wirtschaftsaktivitäten entstehen.

4. Stellen Sie sicher, dass internationale Konzerne, die in Ländern des Globalen Südens tätig sind, Steuern gemäß ihrer Größe und Aktivitäten vor Ort zahlen und Regierungen in die Entwicklung klimaresistenter Modelle investieren.

5. Investieren Sie in den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Gebieten in Agrarforschung und fördern Sie landwirtschaftliche Praktiken, die auf die Steigerung der Resilienz von Kleinbauern ausgerichtet sind.

Als Mitglieder des Dachverbands deutscher Nichtregierungsorganisationen VENRO sowie der Klima-Allianz schließen sich das Forum Fairer Handel e.V. und TransFair e.V. außerdem deren gemeinschaftlichem Positionspapier „COP 24: Deutschland aus dem Klimaausschluss holen“ an. Deutschland und die EU-Mitgliedsstaaten tragen als Industrienationen eine große internationale Verantwortung und müssen dringend stärker zur Erhöhung der Klimaschutzambition beitragen. □

als Sanierungszielwert im Grundwasser 0,23 Mikrogramm pro Liter angesetzt – ein nach Ebners Angaben „unvorstellbar niedriger Grenzwert“.

Um das Gelände effizient zu sanieren, sind je nach Schadensgruppe spezielle Verfahren im Einsatz. Dazu zählt die Absaugung von Bodenluft, das sog. Air Sparging. Bei diesem Verfahren wird Luft in den Bodenkörper eingebracht und an dafür vorgesehenen Luftpegeln wieder abgesaugt. Auf einer Fläche von rund 100.000 Quadratmetern werden die leichtflüchtigen Schadstoffe aus dem Grundwasser und Boden entfernt. Zudem sorgt der sog. Bodenaushub, ein emissionsarmes Verfahren zum Bodenaustausch, für eine rückstandsfreie Schadstoffbeseitigung von rund 600.000 Tonnen belastetem Material.

Auch wird mittels einer Bodenwaschanlage belasteter Boden sukzessive zu sauberem Boden aufbereitet. Etwa 90 Prozent des gereinigten Bodenmaterials können wieder verfüllt werden. Die übrige Menge wird entsorgt. Darüber hinaus wurde am Rande des Geländes eine Abstomsicherung aufgebaut. Zehn Brunnen vermeiden dabei ein Abströmen von belastetem Grundwasser. Nach dem „Pump-and-Treat-Verfahren“ reinigt eine Wasseraufbereitungsanlage das Wasser nach dem neuesten Stand der Technik. Das gereinigte Wasser versickert dann auf dem Gelände.

Fazit: Im Zuge der Sanierung des Bodens und des Grundwassers sowie der Schaffung vielfältig nutzbarer Flächen wird die öffentliche Hand nicht über Gebühr belastet. Mit Blick auf das Ziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren, ist es aus Ebners Sicht zudem sehr erfreulich, dass der Innovationscampus nicht „auf der grünen Wiese“, sondern mittels Flächenrecycling auf einer Industriebrache verwirklicht wird. Kurzum: Ein Projekt mit Zukunft und ein Glücksfall für Ingolstadt. DK

bvse-Jahrestagung in Baden-Baden:

Branche im Umbruch

Rekommunalisierung und kein Ende. Wie auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung in Baden-Baden verlautete, hat sich die Situation des Mittelstandes im Wettbewerb gegenüber den Entsorgungskonzernen und den kommunalen Unternehmen nicht entspannt. Remondis, so der wiedergewählte Präsident Bernhard Reiling, sei weiter auf Einkaufskurs.

Aber auch innerhalb der Branche sei längst nicht alles rund gelaufen, hob Reiling hervor. Die Pleite der ELS und die damit verbundenen Schäden in Millionenhöhe hätten gezeigt, wie anfällig die dualen Systeme sind. „Wir brauchen als Auftragnehmer der dualen Systeme Sicherheiten. Das fordern wir gemeinsam mit anderen Verbänden ein. Es ist jetzt an der Zeit, dass ein Sicherheitsnetz eingezogen wird!“, machte der Präsident deutlich. Die Übernahme der DSD GmbH durch Remondis oder die Übernahme von Tönsmeier durch die Schwarz/Lidl-Gruppe zeige, dass die Branche im Umbruch ist. Deren mittelständisch geprägte Marktstruktur sei in Gefahr. Reiling mahnte deshalb eine Politik für den Mittelstand an: „Wir brauchen aber Taten und nicht nur gute Worte, sonst geht der Ausverkauf weiter.“

Bagatellgrenze absenken

Konkret begrüßte er zwar die Sektoruntersuchung des Bundeskartellamtes, forderte aber, dass die Bagatellgrenze von 15 Millionen Euro auf höchstens fünf Millionen Euro abgesenkt werden müsse. Zudem müsse die Möglichkeit der kommunalen Inhouse-Vergabe deutlich eingeschränkt werden.

Mit der Entwicklung des bvse zeigte sich Reiling sehr zufrieden. Der Verband habe in den vergangenen zwölf Monaten seinen Kurs erfolgreich beibehalten. Dies zeige unter anderem der nach wie vor festzustellende Mitgliederzuwachs. Betrachte man die Branchenentwicklung, sei dies alles andere als ein Selbstläufer.

„Aus Mist kann man kein Gold machen“, stellte der Vorsitzende des bvse-Fachverbands Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling, Bernhard Jehle, auf der bvse-Jahrestagung fest. Eindrücklich wies er darauf hin, dass die ElektroG festgelegten Sammelziele nur dann erreicht werden können, wenn gesetzliche Rahmenbedingungen mit neuem Blickwinkel durchdacht und vor allem vollzogen werden.

Ambitionierte Mengen

„Selbst nach knapp 13 Jahren ElektroG verharren die erreichten Sammelziele auf einem gleichbleibenden Niveau. Ab 2019 müssen 65 Prozent der im Durchschnitt in den zurückliegenden drei Jahren verkauften Neugeräte gesammelt werden. Wenn diese ambitionierten Mengen noch erreicht werden sollen, muss vor allem der Vollzug greifen“, erklärte Jehle.

Kritikäußert der Fachverbandschef in Bezug auf die einseitig auf Behandlungsanlagen konzentrierten Ausweitungen von gesetzlichen Auflagen und Ansprüchen in der geplanten Behandlungsverordnung. Die Konzeption zu dem Regelwerk, das in einem konstruktiven qualifizierten fachlichen Austausch zwischen Umweltbundesamt und den betroffenen Akteuren der Recyclingbranche über drei Jahre hinweg entstand, berücksichtige bereits viele praktische Aspekte, greife jedoch in seinem ausschließlichen Blick auf die Behandlungsanlagen noch zu kurz.

„Die Form der Erfassung bei der Annahme auf Wertstoffhöhe spielt eine wesentliche Rolle bei der Wertstoffgewinnung und sicheren Schadstoffentfrachtung

und gehört ebenfalls in den Fokus. Unzulängliche Separierung von Batterien und Akkus verlagern Risiken im Umgang mit batteriebetriebenen Altgeräten auf Erstbehandlungsanlagen. Zertrümmerte Geräte in Containern machen den weiteren Recyclingprozess schwierig bis unmöglich. Einseitige Auflagen an Behandlungsanlagen sind zu kurz gedacht“, betonte Jehle.

Aus seiner Sicht muss der Gesetzgeber kommunale Gebietskörperschaften und produktverantwortliche Hersteller mehr in die Pflicht nehmen. Um weiteres Potenzial zu heben, sei keine grundlegende Änderung des Systems ElektroG notwendig, sondern vor allem eine Schnittstellenverbesserung und ein Umdenken zu einem gemeinsamen Recyclingverständnis aller beteiligten Akteure. Anstatt weiterhin von einer „geteilten Produktverantwortung“ zu sprechen, die bedeutet, dass die Kommunen sammeln und ab der kommunalen Sammelstelle die Herstellerverantwortung greift, müssten die Beteiligten vielmehr von einer gemeinsamen Produktverantwortung mit unterschiedlichen Aufgaben sprechen und so auch handeln.

Auf das Potenzial der stofflichen Verwertung gefährlicher Abfälle will die Sonderabfallwirtschaft in Zukunft verstärkt aufmerksam machen. Die Diskussion in Baden-Baden machte sehr deutlich, dass den Unternehmen praktisch in allen Bundesländern von der Politik und den zuständigen Überwachungsbehörden zu viele Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Wachsender Konflikt

Der wiedergewählte Fachverbandsvorsitzende Werner Schmidt, Hans Schmidt GmbH & Co. KG, wies auf den zunehmenden Konflikt zwischen Chemikalien- und Abfallrecht hin. Der bvse werde hier auf allen Ebenen, von der EU über die Bundes- bis hin zur Landespolitik aktiv darauf hinweisen, dass das Recycling gefährlicher Abfälle aus falsch verstandener Umweltvorsorge teilweise unmöglich gemacht werde.

Gerhard Zimmermann, neuer stellvertretender Vorsitzender der Firma Zimmermann Sonderabfallentsorgung und Verwertung GmbH & Co. KG, stellte fest, dass es eine Reihe von Stoffen gebe, die recycelt werden könnten, aber derzeit beseitigt werden müssen. Zimmermann forderte ein Umdenken der Politik, um den Branchenunternehmen die Möglichkeit zu geben, ihre innovativen Verfahren überall wo es möglich und sinnvoll ist, auch umzusetzen. Man war sich in der Diskussion einig, dass man deshalb weiter und verstärkt auf die Politik zugehen müsse.

Industrie in der Pflicht

Dr. Siegfried Kreibe vom bifa-Umweltinstitut sieht neben der Politik freilich auch die Industrie in der Pflicht. Viele Unternehmen sähen nur eine Entsorgungsproblematik, ohne den eigentlichen Wert der Materialien, die in den Produktionsabfällen enthalten sind, zu erkennen. Kreibe betonte zudem, dass die Digitalisierung vor der Entsorgungsbranche nicht halt mache. Speziell die Mengenbündelung könne über elektronische Plattformen organisiert werden. Der Mittelstand müsse sich hier wappnen, sonst habe er das Nachsehen. DK

Keine Klimagerechtigkeit ohne fairen Handel

Kleinbauern benötigen dringend Unterstützung bei der Bekämpfung des Klimawandels

Pünktlich zur Klimakonferenz COP24 hat die internationale Fair-Trade-Bewegung ihre Grundsatzklärung „Handelsgerechtigkeit – der Schlüssel zur Stärkung der Klimaresistenz von Kleinbäuerinnen und -bauern“ veröffentlicht. Darin werden die Teilnehmerstaaten der Klimakonferenz aufgefordert, faire Handelspraktiken als Bedingung für Klimagerechtigkeit anzuerkennen. Dazu gehören etwa transparente Lieferketten, klare Verantwortlichkeiten sowie ein ökologischeres Wirtschaften. Ziel der Verhandlungen im Rahmen von COP24 in Katowice muss Klimagerechtigkeit im Sinne der Schwächsten sein. Der Faire Handel zeigt, dass globaler Handel möglich ist, der Menschen und Umwelt wertschätzt.

500 Millionen Kleinbauernfamilien liefern über 80 Prozent der im Globalen Süden konsumierten Nahrungsmittel. Zusammen mit den Landarbeitern sind sie zugleich am stärksten von den verheerenden Auswirkungen des Klimawandels betroffen. „Kleinbäuerinnen und -bauern stehen im Kampf gegen den Klimawandel an vorderster Front. Einerseits leisten sie einen großen Beitrag zur Armutsreduktion und zur weltweiten Ernährungssicherheit. Gleichzeitig sind sie dem Klimawandel am stärksten ausgesetzt und besonders von Armut und Hunger bedroht. Ihre Stimme muss in den Verhandlungen im Rahmen der COP deshalb dringend stärker gehört werden“, appelliert Dieter Overath, Geschäftsführender Vorstandsvorsitzender bei TransFair, an die internationale Gemeinschaft.

„Kleinbäuerinnen und -bauern leiden zunehmend unter Ernteausfällen, Wasserknappheit und Naturkatastrophen. Das gefährdet die Ernährungssicherheit sowie die Lebensgrundlage ganzer Gemeinschaften. Die Anpassung an den Klimawandel wird daher für viele zu einer Frage von Leben und Tod“, kritisiert Andrea Fütterer, Vorsitzende des Forum Fairer Handel und Leiterin der Grundsatzabteilung der GEPA - The Fair Trade Company. „Als Teil der globalen Fair-Handels-Bewegung rufen wir die internationale Gemeinschaft auf, umgehend ambitionierte und konkrete Maßnahmen für Klimaschutz und -anpassung zu ergreifen, um den Weg für Klimagerechtigkeit zu ebnen“, fordert Andrea

Fütterer mit Blick auf COP 24. So benötigen kleinbäuerliche Erzeuger und marginalisierte Bevölkerungsgruppen dringend mehr finanzielle Unterstützung, Fortbildungen und fachkundige Beratung im Kampf gegen den Klimawandel.

Der Klimawandel gefährdet globale Lieferketten

Neben den Auswirkungen des Klimawandels leiden Kleinbäuerinnen und -bauern unter extremen Preisschwankungen im konventionellen Welthandel, Preisdruck und ungerechten Handelspraktiken. Handelsgerechtigkeit ist ein wichtiger Schritt, um Klimagerechtigkeit zu erreichen, indem die Bedürfnisse von kleinbäuerlichen Erzeugern Priorität erhalten und deren höhere Risiken berücksichtigt werden.

Die Fair-Trade-Bewegung steht für ein faires Handelsmodell auf Augenhöhe, welches nachhaltige Produktions- und Konsummuster befördert. Durch die Kombination sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Aspekte trägt der Faire Handel zu besseren Zukunftschancen, finanzieller Stabilität und letztlich zu mehr Klimaresistenz für diejenigen bei, die am Anfang globaler Lieferketten stehen. Der Faire Handel zeigt, dass Handel zum Wohl von Menschen und Umwelt möglich ist.

Vor diesem Hintergrund ruft die internationale Fair-Handels-Bewegung die Vertragsstaaten der UNFCCC auf der COP24 dazu auf, aktiv zu werden:

1. Führen Sie Mechanismen für

Bayerische Wassertage in Augsburg:

Potenziale für die Zukunft

Informationen aus erster Hand zu Legionellen, Wasserwirtschaft 4.0 und Mikroplastik vermittelten die 14. Bayerischen Wassertage in Augsburg, denen rund 180 Teilnehmer beiwohnten. Veranstalter wurde der Kongress mit begleitender Fachausstellung vom Förderverein KUMAS in Zusammenarbeit mit den Partnern Grünbeck Wasseraufbereitung GmbH, HPC AG, MVV Industriepark Gersthofen GmbH sowie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU).

Auf die prekäre Situation bei der Neubildung des Grundwassers durch ausbleibende Niederschläge und die lang anhaltende Trockenheit im Jahr 2018 verwies eingangs der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, Claus Kumutat. Besonders in Nordbayern hätten sich dramatische Rückgänge im Vergleich zu den Monatsmitteln um bis zu 80 Prozent gezeigt und bis November 2018 sei die Zahl der Messstellen mit niedrigem oder sehr niedrigem Grundwasserstand auf ebenfalls rund 80 Prozent angestiegen. Die Grundwasserneubildung weise in Bayern seit dem Jahr 2003 ein deutliches Defizit auf und es fehlten inzwischen rund 200 Liter Niederschlag pro Quadratmeter im jährlichen Mittel, betonte Kumutat.

Abwasserabgabengesetz

Die aktuellen Überlegungen zur Reform des Abwasserabgabengesetzes präsentierte Ministerialrat Dr. Frank Hofmann vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Unzufrieden mit

der Abwasserabgabe als solcher zeigten sich die Betreiber sowohl einer kommunalen als auch einer industriellen Kläranlage, die die ursprünglich erhoffte Lenkungswirkung als überholt ansahen und die Gebührenzahler bzw. Indirekteinleiter jährlich mit Millionenbeträgen belastet sehen.

Vernachlässigte Hygiene

Mit drastischen Bildern stellte Sven Benning von der Wessling GmbH im Anschluss die Praxis vernachlässigter Hygiene in relevanten Kühlanlagen vor. Aufgrund der Erfahrungen aus der bundesweiten Messkampagne 2018 empfahl er den Betreibern von Verdunstungskühlanlagen eine regelmäßige Wartung und die gesetzlich vorgesehenen Kontrollen der Anlage. Dazu sollte regelmäßig Kontakt mit den Untersuchungsstellen aufgenommen werden. Probenahme- und Laborkapazitäten sollte man im Auge behalten.

Auch wenn in den Wintermonaten keine Kühlung erforderlich sei, blieben die Anlagen nach seiner Erfahrung „mikrobiologisch“ aktiv. Dies sollte

bei der Wiederinbetriebnahme im Frühjahr beachtet werden. Durchgeführte Gefährdungsbeurteilungen decken aus Benningens Sicht Schwachpunkte in der Anlage auf „und helfen damit, zukünftig Störungen zu minimieren“.

Praxisbeispiel aus dem Kläranlagenbetrieb

Nachfolgende Praxisbeispiele aus dem Kläranlagenbetrieb (InfraServ Burgkirchen) und der Grundwassermodellierung bestätigten die großen Zukunftspotenziale der Digitalisierung in der Effizienzsteigerung. Die InfraServ GmbH & Co. Gendorf KG betreibt mit dem Chemiepark Gendorf den größten Chemiepark Bayerns mitten im Chemiedreieck. Dieser nutzt den Vorfluter Alz als Kühl- und Brauchwasserlieferant. Das Kühlwasser wird nach der Nutzung direkt in die Alz geleitet.

Um das Kühlwasser vor einer Verunreinigung durch Leckagen oder anderer Betriebsstörungen zu schützen, wurde Heiko Wilhelm zufolge im Chemiepark Gendorf für jeden Betrieb ein Kühlwassersicherungskonzept erstellt. Zum Schutz des Gewässers wird das über das Kühlwasser in die Alz geleitete Kanalsystem kontinuierlich überwacht. Zusätzlich wurde im Rahmen eines neuen Wassermanagements der Kühl- und Regenwasserkanal u. a. mit vier Verzögerungsbauwerken ausgestattet, die Mitte 2018 in Betrieb gingen.

Bei der Kühlung von Anlagen, in denen mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird, sind laut Wilhelm die rechtlichen Vorgaben hinsichtlich der möglichen Gefährdung des Kühlwassers durch eine Kontamination zu berücksichtigen. Die im Chemiepark durchgeführten Neuerungen im Wassermanagement des Kühl- und Regenwasserkanals sind bisher

Neue Praxisbroschüre von LBV und Bayerischem Gemeindetag:

„Lebendige Bäche in Bayern“

Der Bayerische Gemeindetag und der LBV haben eine neue Praxisbroschüre für den Schutz von kleineren Fließgewässern im Freistaat vorgestellt. „Wir wollen mit diesem Leitfadens ganz praxisnah den bayerischen Kommunen Wege aufzeigen, sowohl etwas für den Erhalt der Biodiversität als auch für den vorsorgenden Hochwasserschutz zu tun,“ betont LBV-Vorsitzender Dr. Norbert Schäffer.

Mit der Vorstellung der neuen Praxisbroschüre verknüpften die beiden Verbände auch die Aufforderung an die neue Landesregierung, die Einrichtung von Gewässerrandstreifen auch in Bayern verpflichtend zu machen.

Auch der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl, unterstrich die Wichtigkeit des Themas: „Unsere Städte, Märkte und Gemeinden sind zuständig für den Erhalt und die Entwicklung Gewässer dritter Ordnung. Die neue LBV-Broschüre zeigt den Bürgermeistern in anschaulicher Art und Weise die vielfältigen Möglichkeiten auf, die die Kommune dabei hat.“

Modellprojekt

Seit 2015 hat der LBV in elf Projektgebieten in sechs bayerischen Regierungsbezirken mit finanzieller Unterstützung der Umweltstiftung Michael Otto ein Modellprojekt an sogenannten Gewässern dritter Ordnung durchgeführt. Dabei wurden mehrere hundert Kilometer Gewässerstrecke kartiert und auch die Biologie der Gewässer untersucht. Das Resultat ist eine Praxisbroschüre mit gezielten Maßnahmenvorschlägen, die die bayerischen Kommunen umsetzen können. Für eine möglichst ganzheitliche Betrachtung der Ge-

einzigartig im Bereich der Industrie. Damit wird die Sicherheit des Systems zur Verhinderung einer Gewässerverunreinigung über das bisher übliche Maß hinaus gewährleistet. Durch die Neuerungen kann eine Verunreinigung des Vorfluters nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen werden. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt getan, den Standort sicher und im Einklang mit Natur und Umwelt zu betreiben.

Mikroplastik in aller Munde

Das Thema Mikroplastik in Gewässern nimmt aktuell breiten Raum in den Medien ein. Klar ist: Es besteht dringender Handlungsbedarf. Mikroplastik findet sich heute in nahezu allen Oberflächenengewässern. Die wesentlichen Emissionen stammen allerdings nicht – wie viele glauben – aus achtlos weggeworfenen Plastiktüten oder sonstigen Produkten aus Kunststoff, sondern im Wesentlichen aus Reifenabrieb, aus der Abfallentsorgung, Verlusten aus der Produktion, aus Freizeiteinrichtungen wie Sportplätzen oder aus Baustellen.

Die Verpackungsindustrie wies auf die vielen Vorteile von Kunststoffverpackungen hin, die sich in der Verringerung des Transportgewichtes und Energieeinsparungen zeigten: Lebensmittel könnten langfristig haltbar und hygienisch verpackt werden. Kunststoffverpackungen trügen wesentlich zum heutigen Komfort und Lebensstandard bei. Andererseits stelle sich die Verpackungsindustrie aber auch ihrer Verantwortung und arbeite an der Verbesserung der Recyclingfähigkeit ihrer Produkte.

Aus Sicht von Andreas Michalsky, Huhtamaki Flexible Packaging Europe, Ronsberg, ist Plastik nicht das Hauptproblem für die Umwelt, „sondern das Problem ist der sorglose Umgang damit und die große Umlaufmenge“. Für langlebige Gegenstände aus Kunststoffen stelle die Alterung und Verwitterung von Kunststoffen ein signifikantes Problem dar. DK



Angeregte Diskussionsrunde zum Abwasserabgabengesetz im Rahmen der 14. Bayerischen Wassertage.

Klärschlamm – Wohin damit?

Betreiber von Kläranlagen in Bayern sehen sich zunehmend mit einem Entsorgungsnotstand bei Klärschlamm konfrontiert. Seit der Novellierung der Düngeverordnung geht die landwirtschaftliche Klärschlammausbringung zurück. Bundesweite Kapazitätsengpässe bei der Klärschlammverbrennung und lange Transportwege am Land führen zu Kostenexplosionen und setzen Kommunen und Anlagenbetreiber unter Druck. Dr. Andreas Vogl und Dr. Florian Wechs, Experten für Kläranlagen und Energiemanagement im Pfaffenhofer Bauingenieurbüro WipflerPLAN, über die aktuelle Lage in den Kläranlagen.

Entsorgungspässe durch gesetzliche Änderungen

Klärschlammverordnung und die Düngeverordnung wurden vor kurzem novelliert. Dieser Umstand bringt neben Auflagen zur Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm auch stärkere Einschränkungen bei der Zufuhr von Nährstoffen und synthetischen Polymeren in landwirtschaftliche Flächen mit sich.

Angesichts dieser Erschwernisse wird auch für Betreiber kleiner und mittlerer Kläranlagen bis ca. 20.000 EW eine landwirtschaftliche Verwertung betrieblich, technisch und verwaltungstechnisch zu aufwändig und riskant.

Die Kosten steigen

Bisher war häufig die landwirtschaftliche Ausbringung zu einem Preis von rund 10 Euro/m³ Nassschlamm möglich. Bei Verbringung des Nassschlammes auf andere Kläranlagen werden heute Preise von über 35 Euro/m³ fällig. Hier spielen Größe und Lage der Kläranlagen eine erhebliche Rolle. Für entwässerten Klärschlamm stiegen die Preise von 65 Euro/t auf ca. 120 Euro/t, in Einzelfällen sogar auf bis zu 170 Euro/t.

Die Sättigung des Entsorgungsmarktes zeigt sich auch an der Tatsache, dass zum Teil auf Ausschreibungen der Klärschlamm Entsorgung keine Angebote mehr eingehen. Insbesondere der Mangel an Monoverbrennungsanlagen, die künftig zur Erfüllung der Phosphorrückführungs-Bestimmungen die voraussichtlich erste Wahl sein werden, trägt hier zu einer aktuellen Preisexplosion bei.

Keine Entspannung in Sicht

Neue Monoverbrennungsanlagen und die Erweiterung von Bestandsanlagen sind bayernweit an mehreren Standorten in Planung. Bis etwa 2030 ist aber mit keiner Entspannung der Marktsituation zu rechnen. Im Gegenteil, in betroffenen Regionen muss von ei-

nem weiteren Anstieg der Entsorgungskosten auf 150 bis 200 Euro/t ausgegangen werden. Ob langfristig ein Preisrückgang eintreten wird, hängt vor allem von den Kosten der zukünftigen Phosphorrückgewinnung ab. Hier existieren aktuell noch erhebliche Unsicherheiten.

Lohnende Zusammenschlüsse

Klärschlamm fällt kontinuierlich an, seine Entsorgung ist planbar. Eine kurzfristige Entsorgung auf Zuruf ist oftmals nicht, oder nur zu Abwehrkonditionen möglich. Es empfiehlt sich, die Klärschlamm Entsorgung, ggf. für mehrere kleine Kläranlagen gemeinsam, über einen Zeitraum von zwei Jahren auszuschreiben.

Angesichts der Kapazitäts- und Dispositionspässe bei den Entsorgern ist die Verfügbarkeit von Schlamm Speichervolumen heute ein wichtiger Aspekt der Entsorgungssicherheit. Häufig kann ungenutztes Speichervolumen in Absetzbecken und im Nachklärbecken aktiviert werden. Ferner kann Klärschlamm ggf. zu umliegenden Kläranlagen und in Güllegruben verbracht werden.

Prüfung der Wirtschaftlichkeit

Eine stationäre Entwässerung schafft Unabhängigkeit von der Disposition der Dienstleister und reduziert das Klärschlammvolumen. Die Wirtschaftlichkeit muss aber im Einzelfall geprüft werden, z.B. als Teil eines Klärschlamm-Entsorgungskonzeptes. Ein Zukunftsmodell ist die interkommunale Kooperation beim Thema Klärschlamm. Der Zusammenschluss, z.B. in Zweckverbänden ermöglicht den Betrieb eigener Klärschlamm Trocknungszentren und entkoppelt die Entsorgungskosten weitgehend vom privatwirtschaftlichen Marktgeschehen. Ein Betrieb kann bereits auf Landkreisebene wirtschaftlich sein, insbesondere wenn ungenutzte Wärmequellen zur Verfügung stehen. □



Gerade ländlichen Kläranlagen fehlt es oft an wirtschaftlichen Alternativen zur Klärschlammausbringung. Unser Bild zeigt das Klärbecken Oberhausen.

Hochwasserschutz an der Donau

Notwendige Gehölzarbeiten zur Sicherung der Dämme in der Stauhaltung Geisling werden auf ein Minimum begrenzt

Die großen Hochwasser von 1999, 2002, 2005 und 2013 wurden von der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) zum Anlass genommen, die Dämme im Staubereich der Donau nach aktuellem Regelwerk zu untersuchen. Mit den Erkenntnissen aus mehreren Bohrungen im Damm kann die Standsicherheit nachgewiesen werden – allerdings unter der Voraussetzung, dass ein Teil des Bewuchses zur dauerhaften Sicherung der Dämme und zum Schutz vor Hochwasser entfernt wird.

Erfahrungen der jüngsten Hochwasser haben gezeigt, dass Deiche vor allem im Nahbereich von Bäumen oder Bauwerken brechen. Baumwurzeln gefährden die Dämme, sie durchwurzeln den Damm teilweise großflächig, um für ihre eigene Stabilität zu sorgen. Was an anderen Orten und in trockenen Zeiten stabilisierend wirkt, kann besonders bei Hochwasser an Dämmen zu einer Gefährdung führen. Die Wurzeln stellen dabei einen bevorzugten Weg für das Wasser dar, was im schlimmsten Fall zum Dambruch führen kann. Außerdem besteht die Gefahr, dass Bäume mit dem gesamten Wurzelstock umstürzen und dabei einen Krater in den Damm reißen, der den Dammquerschnitt schwächt.

Naturschutzfachliche Begleitung

Die Gehölzarbeiten erfolgen verteilt über 5 Jahre an insgesamt 7 Abschnitten. Die Fällarbeiten werden dabei auf ein absolut erforderliches Minimum zur Sicherung der Donaudämme begrenzt.

Von den Gehölzarbeiten betroffen sind generell die unteren 2/3 der Böschung, im oberen Böschungsdrittel können Bäume bis 4 m Höhe und Sträucher größtenteils erhalten bleiben. Generell müssen Bäume entfernt werden, die extrem stark wurzeln. Bei Pappeln beispielsweise wurden andernorts bis zu 30 m lange Wurzeln freigelegt. Die dort ebenfalls anzutreffenden landschaftsprägenden Weiden können erhal-

ten bleiben, sofern sie regelmäßig auf den Stock gesetzt werden. Die Gehölzarbeiten werden naturschutzfachlich begleitet. Die Gehölzarbeiten sind mit den Naturschutzbehörden abgestimmt. Der Eingriff in die Natur wird durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen. Diese Maßnahmen werden ortsnahe in der Zuständigkeit der Naturschutzbehörde koordiniert und umgesetzt.

Durch die Verteilung der Arbeiten über mehrere Abschnitte und einen Zeitraum von 5 Jahren werden die Auswirkungen auf Flora und Fauna minimiert.

Die Gehölzarbeiten finden ausschließlich in der vegetationsarmen Zeit zwischen November und Februar statt, außerhalb der Brutzeit geschützter Vogelarten. Ein Biologe begleitet die Arbeiten und begutachtet die Bäume u. a. auf potentielle Fledermausvorkommen.

Dammebeobachtung ist Daueraufgabe

Es reicht nicht, einen Soll-Zustand für die Dämme herzustellen, dieser Zustand muss auch regelmäßig überwacht werden. Für die Dammebeobachtung und Früherkennung von Schäden sind die Mitarbeiter des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes besonders geschult. Sie erkennen Veränderungen am Bewuchs – den so genannten wasseranzeigenden Pflanzen, an Tierbauten und Rutschungen frühzeitig. Als Eigentümer der Dämme ist die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung verpflichtet, ihre Anlagen in einem sicheren Zustand zu erhalten. □

Schau auf die Rohre:

Die Kanal- und Trinkwassernetze in Oberfranken erhalten

10 bis 15 Prozent aller Abwasserkanäle und Trinkwasserleitungen in Bayern und damit auch in Oberfranken müssen in den kommenden Jahren saniert werden. Sonst könnte eine Zunahme von Schäden und Rohrbrüchen die Bürgerinnen und Bürger unnötig belasten. Neben den Kommunen und Netzbetreibern muss auch die Bevölkerung für die Leitungsstandhaltung sensibilisiert werden: Die bayernweite Informationskampagne „Schau auf die Rohre“ macht dazu Station in Oberfranken.

Beim Aktionstag „Schau auf die Rohre“ erleben Schulkinder, die Bevölkerung sowie Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertreter fahrbare Roboter, die im Kanalnetz Schäden aufspüren können. Sie erfahren, wie man durch „Abhören“ Lecks in Wasserleitungen orten kann und wie es möglich ist ein Rohr zu verlegen, ohne den Boden aufzugraben. Die Informationskampagne „Schau auf die Rohre“ wurde vom Freistaat Bayern gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Städtetag und den Fachverbänden der Wasserwirtschaft für den Erhalt der Trinkwasser- und Abwassernetze ins Leben gerufen.

Öffentliche Leitungsnetze als größtes Anlagevermögen einer Kommune

Rund 215.000 Kilometer öffentliche Kanal- und Trinkwassernetze wurden in den vergangenen Jahrzehnten unter Bayerns Städten und Gemeinden verlegt. Diese Länge entspricht etwa dem fünffachen Erdumfang. Die öffentlichen Leitungsnetze stellen in der Regel das größte Anlagevermögen einer Kommune dar. Wert und Zustand der Leitungssysteme sind jedoch kaum in der öffentlichen Wahrnehmung präsent. Ein Schlagloch in der Straße oder bröckelnder Putz an der Schulfassade werden vom Bürger sofort kritisch wahrgenommen. Die Leitungen im Untergrund und besonders deren Zustand sind für die Bürgerinnen und Bürger dagegen nicht unmittelbar sichtbar.

Leitungen müssen nach 50 bis 80 Jahren erneuert werden

Doch wie bei einem Straßenbelag oder einem Auto ist auch die Lebensdauer von Leitungen begrenzt. Rohre haben ein „Ablaufdatum“ und müssen regelmäßig untersucht und in der Regel spätestens nach 50 bis 80 Jahren – je nach Material und Betriebsbedingungen – erneuert werden. Geschieht das nicht, droht eine Häufung von Schäden und dadurch steigen auch die Kosten. Untersuchungen des Landesamts für Umwelt zufolge müssen 10 bis 15 % der kommunalen Trinkwasser- und Abwassernetze in den kommenden Jahren saniert werden. Dazu kommt ein Sanierungsbedarf

im Bereich der privaten Abwasserleitungen – denn ein neuer öffentlicher Kanal nutzt wenig, wenn die damit verbundenen Grundstücksentwässerungsanlagen undicht sind.

Im Rahmen der Informationskampagne „Schau auf die Rohre“ werden der bayerischen Bevölkerung mittels Broschüren, Videos und Veranstaltungen die wichtigen Aufgaben rund um den Erhalt des bayerischen Leitungsnetzes vermittelt. Ein wichtiges Kommunikationsmittel dafür ist die kampagneneigene Website: Von der Prüfung, über die Wartung, bis zur Sanierung und Erneuerung der Netze gibt es unter www.schaudrauf.bayern.de über 100 gute Beispiele aus der Praxis von Kommunen aus allen Regionen des Freistaats.

Ausgewählte Kommunen und Netzbetreiber aus Oberfranken zeigen, wie die Instandhaltung von Kanal und Trinkwasserleitungen effizient vorangetrieben werden kann.

Investitionsprogramm und Kooperation für ländliche Region

Seit 1970 ist die Anzahl der Wasserabnehmer im Zweckverband Wasserversorgung Frankenwaldgruppe im Landkreis Kronach kontinuierlich zurückgegangen. Gleichzeitig sind die topographischen Voraussetzungen für die Wasserversorgung in dieser bergigen ländlichen Region schwierig. Deswegen wurden über lange Zeit zu wenige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt und ein hoher Investitionsstau entstand. Die Frankenwaldgruppe setzt jetzt auf eine Zusammenarbeit mit der Fernwasserversorgung Oberfranken, was Synergien bei IT und Verwaltung bringt. Gleichzeitig hat man ein auf 25 Jahre angelegtes Investitionsprogramm in der Größenordnung von 65 Millionen Euro mit Unterstützung des Freistaats Bayern („Härtefallförderung“) auf den Weg gebracht, um die Wasserversorgung für über 3.000 Bürger dauerhaft sicher zu stellen.

Rödental: Kanalsanierung auch zum Grundwasserschutz

Die Stadtwerke Rödental arbeiten aktuell intensiv an der Prüfung und Sanierung des städtischen Kanalnetzes. Dafür wurde das Abwassernetz in drei

Bereiche gegliedert. Erste Priorität haben dabei Netzteile (Abschnitt 1), die in einem Gewässerschutzgebiet verlaufen, um einen kritischen Austritt von Abwasser ins Grundwasser von vornherein auszuschließen. Von Industrieabwässern stark beanspruchte Kanalabschnitte kommen danach (Abschnitt 2) sowie letztlich das gesamte restliche Netz (Abschnitt 3). Fahrbare Roboter mit einer Kamera untersuchen den Kanal auf schadhafte Stellen. Diese Arbeiten stehen nun mit der detaillierten Ergebnisauswertung auch im zweiten Abschnitt schon kurz vor Abschluss.

Für den ersten Sanierungsabschnitt laufen aktuell die Bauarbeiten. Dabei wird nicht in jedem Fall die Straße aufgegeben, man setzt auch auf sogenannte grabenlose Verfahren. Dabei wird zum Beispiel ein harzgetränkter Schlauch mit Druckluft in ein Kanalrohr eingebracht. Im Rohr härtet dieser Schlauch als neue Kanalwand aus und ist wieder für Jahrzehnte einsatzbereit.

Nun geht man in Rödental auch an die flächige Sanierung des Trinkwassernetzes. Dafür hat man eine genaue Schadensstatistik erstellt. Diese zeigt, wo sich Schäden wie Rohrbrüche zunehmend häufen und Leitungen demnächst an das Ende der Lebensdauer kommen. Gunnar Braun, Geschäftsführer des VKU - Verband kommunaler Unternehmen, erklärte: „In einem extrem trockenen Jahr machen sich viele Menschen bewusst, wie wertvoll Trinkwasser aus dem Hahn ist. In Bayern ist das selbstverständlich, ebenso wie eine reibungslose Abwasserentsorgung. Wie gut es uns damit geht, merken wir meist auf Reisen. Aber gerade zuhause vor Ort ist es wichtig, alle Bürgerinnen und Bürger und ihre Kommunen dafür zu sensibilisieren, wie bedeutend die zugrundeliegende Infrastruktur - unser Schatz unter der Straße - und die öffentliche Unterstützung zu ihrer Instandhaltung ist. Dafür stellt die Kampagne ‚Schau auf die Rohre‘ kostenlos eine Vielzahl an Informationen zur Verfügung: Folder, Plakate, Videos und Webinformationen.“

Himmelkron: „Pflaster“ für schadhafte Hausanschlüsse

Undichte Kanäle (Hausanschlüsse) auf Privatgrund bereiten vielen Netzbetreibern Sorge, weil dadurch Grundwasser als so genanntes „Fremdwasser“ vermehrt in den Kanal einsickern kann und diesen belastet. In der Gemeinde Himmelkron werden diese Hausanschlüsse daher gezielt untersucht. Wird eine schadhafte Stelle gefunden, bringt ein ferngesteuerter Roboter ein kurzes Stück eines harzgetränktes Schlauches („Partliner“) an die Schadensstelle und drückt dieses dort wo ein Pflaster an die alte Kanalwand. Schon nach wenigen Minuten härtet der Schlauch aus und der Kanal ist

wieder dicht. Dem Hausbesitzer bleibt es erspart, seinen Boden aufzugraben.

Die Bürger ins Boot holen

Für alle Netzbetreiber ist es eine wichtige Aufgabe, auch die Bürger für die Instandhaltungsmaßnahmen zu gewinnen. Mit dem Wissen über Notwendigkeit und Aufwand für die Instandhaltung der Trinkwasser- und Abwassernetze soll in der Bevölkerung auch das Verständnis für den sinnvollen Einsatz der dafür eingegangenen Gebühren steigen. Und private Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer werden motiviert, den Zustand ihrer Grundstücksentwässerungsanlagen prüfen zu lassen. Faktum ist: Sanierungen und Leitungserneuerungen hinauszuzögern, kostet; Dann häufen sich Schäden und Rohrbrüche. Wiederholte teure Baustellen an derselben Leitung sind dann die Folge. Und letztlich führt an einer kompletten Erneuerung kein Weg vorbei.

Positive Reaktionen

„Als Stadt Rödental begrüßen wir die Aktion ‚Schau auf die Rohre!‘ In Rödental achten wir aktiv auf ein zentrales Element unserer Infrastruktur. Viele Ortsnetze – so auch unseres – kommen zunehmend in die Jahre. Kanäle untersuchen wir daher beispielsweise mit Kameras auf Schäden. Auf Basis der Prüfberichte setzen wir laufend die nötigen Sanierungsschritte“, betonte Bürgermeister Marco Steiner.

Gunnar Braun, Geschäftsführer des VKU - Verband kommunaler Unternehmen, erklärte: „In einem extrem trockenen Jahr machen sich viele Menschen bewusst, wie wertvoll Trinkwasser aus dem Hahn ist. In Bayern ist das selbstverständlich, ebenso wie eine reibungslose Abwasserentsorgung. Wie gut es uns damit geht, merken wir meist auf Reisen. Aber gerade zuhause vor Ort ist es wichtig, alle Bürgerinnen und Bürger und ihre Kommunen dafür zu sensibilisieren, wie bedeutend die zugrundeliegende Infrastruktur - unser Schatz unter der Straße - und die öffentliche Unterstützung zu ihrer Instandhaltung ist. Dafür stellt die Kampagne ‚Schau auf die Rohre‘ kostenlos eine Vielzahl an Informationen zur Verfügung: Folder, Plakate, Videos und Webinformationen.“

Hochwasserrückhalt Balzhausen/Bayersried fertiggestellt

OBERMEYER plant Hochwasserschutz im Mindeltal

Das Mindeltal im Allgäu ist aufgrund seiner breiten und flachen Topographie bei Starkregenereignissen schnell von Hochwasser betroffen. Daher einigten sich die betroffenen Gemeinden, gemeinsam Maßnahmen im Hochwasserschutz umzusetzen. Jetzt ist der erste Baustein des Großprojekts „Hochwasserschutz Mindeltal“ abgeschlossen.

Nach dreijähriger Bauzeit wurde im Landkreis Günzburg der Hochwasserrückhalt Balzhausen/Bayersried eingeweiht. OBERMEYER war in einer Planungsgemeinschaft mit dem Ingenieurbüro Wald + Corbe ab der Ausführungsplanung mit der Projektleitung und der örtlichen Bauüberwachung betraut. Auftraggeber ist das Wasserwirtschaftsamt Donauwörth.

Erstes Teilprojekt

Der jetzt fertiggestellte Hochwasserrückhalt Balzhausen/Bayersried im Süden ist der erste Baustein des Projekts „Hochwasserschutz Mindeltal“, an dem sich die betroffenen Gemeinden Balzhausen, Burgau, Burtenbach, Jettingen Scheppach, Münster-

hausen, Offingen, Thannhausen und Ursberg beteiligen. Zugleich handelt es sich dabei um einen überregionalen Rückhalt, der bei Hochwasser eine Abflussminderung und Reduzierung des allgemeinen Hochwasserrisikos erwirken soll. Dieses erste Teilprojekt ist Voraussetzung für die nächsten Hochwasserschutzprojekte in den unterstrom gelegenen Gemeinden Burtenbach und Thannhausen.

Das realisierte Hochwasserrückhaltvolumen des fertiggestellten Projekts beträgt ca. 880.000 m³. Die Gesamtmaßnahme beinhaltet auch den Hochwasserschutz für die Gemeinden Balzhausen und Ursberg, Ortsteil Mindelzell, und umfasst unter anderem vier Drosselbauwerke, vier Sielbauwerke, 500 m Spund-



Die Unterzeichnung des Vertrages stellt den offiziellen Startschuss für die Zusammenarbeit von Diehl Metering und Symvaro dar.

Diehl Metering & Symvaro:

Kooperation im Zeichen der Digitalisierung...

...von Metering relevanten Prozessen bei Versorgern und Stadtwerken

Die zu Jahresbeginn 2018 vereinbarte Zusammenarbeit zwischen Diehl Metering und dem mehrfach ausgezeichneten österreichischen Jungunternehmen Symvaro geht mit der Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages in die operative Phase über. Diehl Metering als einer der weltweit führenden Lösungsanbieter für die Planung und Umsetzung von Smart Metering Projekten und Symvaro mit seiner innovativen Software-as-Service Lösung – WATERLOO – für Versorger werden dabei als unabhängige Partner agieren.

Seit über 20 Jahren erfasst Diehl Metering mit seiner eigenentwickelten IZAR RADIO Funktechnologie zuverlässig Daten von kommunikativen Messgeräten im Feld und überträgt diese an seine IZAR Software Plattform. Auf diese Weise schaffen Diehl Metering Lösungen einen durchgängigen Datenstrom – vom Messgerät bis hin zu Monitoring, Datenmanagement und Analyse. So können Wasser- und Energieversorger beispielsweise präzise Stichtagswerte zum Ein- und Auszugsdatum gewinnen – einfach und wirtschaftlich per mobiler Auslesung oder Fixed Network.

Das junge Unternehmen Symvaro ist in Österreich und Deutschland mit seinem Produkt WATERLOO sehr erfolgreich, welches unter anderem durch seine hohe Benutzerfreundlichkeit glänzt. Die Softwarelösung unterstützt Versorger bei Themen wie Zählertausch oder Eigen- und Selbstablesung von nicht kommunikativen Zählern durch Monteure und Bürger.

Für Diehl Metering stellt Symvaros Softwareprodukt die perfekte Ergänzung seiner umfassenden IZAR Softwarelösung dar und unterstützt den Teilkonzern der Diehl Gruppe bei der Digitalisierung von Metering relevanten Prozessen bei Versorgern und Stadtwerken – als

Beispiel können hier Zählerablesung oder Zählertausch genannt werden.

Mit der IZAR Software bietet Diehl Metering seinen Kunden eine zentrale Plattform für alle Energiedaten – sowohl gehostet as-a-Service oder zur lokalen Installation sowie eine mobile Softwarelösung zur Funkzählerauslesung und -konfiguration. Sämtliche Prozesse können so einfacher und wirtschaftlicher gestaltet werden – von Messgerät und Fernauslesung über das Datenmanagement bis hin zur Validierung der Daten.

Versorger, die bereits heute WATERLOO zur Auslesung und zum Tausch von nicht kommunikativen Zählern nutzen, können im Zusammenspiel mit der IZAR/MOBILE Software zusätzlich kommunikative Zähler etwa im Vorbeigehen oder -fahren auslesen.

Prozesse effektiver gestalten

Versorger, die bereits heute kommunikative Zähler mit der IZAR Software von Diehl Metering auslesen und analysieren, profitieren ebenfalls von der Kooperation: Durch die Verknüpfung mit der Softwarelösung von Symvaro können Nutzer Prozesse für Lagerverwaltung, Zählerinstallation und -tausch oder Terminvereinbarungen zukünftig noch effektiver gestalten.

Durch die Kooperation ist es für Diehl Metering zukünftig möglich, sämtliche Entwicklungsstufen von Versorgern auf deren Weg in die Digitalisierung als zuverlässiger Partner mit einem modularen Baukasten zu begleiten. So kann durch die Symvaro Software ein erster Start in die digitale Welt erfolgen – mechanische, nicht kommunikative Zähler können mittels der App WATERLOO sehr leicht von Monteuren installiert, getauscht, abgelesen und übermittle werden. Besteht im nächsten Schritt der Wunsch nach einer automatisierten Auslesung, bietet Diehl Metering das komplette Lösungspaket beginnend bei kommunikativen Zählern und Softwarelösungen bis hin zu intelligenten Datenanalysen, wie etwa automatisierte Leckageerkennung in Haushalten und Verteilnetzen.

Die Digitalisierung von Metering relevanten Prozessen bietet Versorgern und Stadtwerken eine Vielzahl von Mehrwerten. So können beispielsweise erhebliche Effizienzsteigerungen bei Ablesung-, Abrechnungs- und Dienstleistungsprozessen realisiert werden. Durch die zeitnahe Erkennung von Leckagen können sowohl Schäden als auch unnötige Ressourcenverschwendungen effektiv vermieden werden.

Grenzübergreifender Landrätesprengel traf sich in Langenau:

Informationsaustausch zum Thema Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitsversorgung wollen die Landräte im bayerisch-württembergischen Grenzgebiet noch stärker in den Fokus nehmen. Das ist das zentrale Ergebnis eines grenzübergreifenden Landrätesprengels diesseits und jenseits der bayerisch-württembergischen Grenze. Dazu trafen sich die Landräte Stefan Rößle (Landkreis Donau-Ries), Leo Schrell (Dillingen), Thomas Reinhardt (Heidenheim) und Thorsten Freudenberger (Landkreis Neu-Ulm) sowie Heiner Scheffold (Alb-Donau-Kreis) kürzlich in Langenau zu einem Arbeitstreffen. Ebenfalls anwesend waren die Bundestagsabgeordneten Ronja Kemmer (Wahlkreis Ulm) und Roderich Kiesewetter (Wahlkreis Aalen - Heidenheim).

Im Vordergrund der Gespräche standen eine umfassende und qualitativ hohe Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und eine solide Grundfinanzierung der Kliniken in kommunaler Trägerschaft. Bei diesem turnusmäßigen Arbeitstreffen der Landräte wurde mit den Abgeordneten über die nachhaltige Finanzierung kommunal geführter Krankenhäuser diskutiert.

Problem Krankenhausfinanzierung

Einig waren sich die Landräte, dass der Bund, aber auch die Länder hierbei eine stärkere Rol-

le übernehmen und ihrer Verantwortung gerecht werden sollen. Dabei wurde auf die derzeitigen strukturellen Probleme bei der Krankenhausfinanzierung aufmerksam gemacht. Eine zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen, erfordert auch zukünftig eine wirtschaftliche Sicherung der für eine bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung notwendigen Krankenhäuser. Diese Sicherung erfolgt im Rahmen eines dualen Finanzierungssystems. Das Land trägt die Verantwortung für die Finanzierung der Investitionskosten, die Krankenkassen tragen die Verantwortung für die Finan-

zierung der direkt in Verbindung mit der Krankenbehandlung entstehenden Betriebskosten. Zusätzlich zu diesem Finanzierungssystem tragen die Landkreise als Krankenträger der kommunal geführten Krankenhäuser regelmäßig zur wirtschaftlichen Sicherung von Krankenhäusern bei, indem sie entstandene Defizite durch Zuschüsse ausgleichen.

Kliniken als zentraler Baustein

„Eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung stellt eine Grundvoraussetzung für die Lebensqualität auch im ländlichen Raum dar. Diese stellen wir vor allem durch unsere Kliniken sicher“, sagten die Landräte. Die Bedeutung dieser Kliniken gehe dabei über die rein stationäre Leistungserbringung hinaus. Sie seien eine wichtige Grundlage für die Vernetzung der Gesundheitsversorgung vor Ort und ein zentraler Baustein für die Schaffung und den Erhalt einer lebenswerten Region. Darüber hinaus seien sie entscheidend für

die Ausbildung der Allgemeinärzte und Stellung der Notärzte in der Fläche. In diesem Zusammenhang wenden sich die Landräte massiv gegen die vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) angestrebte Neuordnung der stationären Notfallversorgung an Kliniken.

Notfallversorgung in drei Stufen

Nach diesen Planungen soll die Notfallversorgung in drei Stufen, die Basisnotfallversorgung, die erweiterte Notfallversorgung und die umfassende Notfallversorgung, mit spezifischen Qualitätsanforderungen eingeteilt werden. Die dort formulierten Qualitätskriterien würden eine gesicherte Notfallversorgung der Kliniken im ländlichen Raum in Frage stellen. Man habe den Eindruck, dass die Anforderungen ohne Not so hoch gesetzt würden, dass sie nur von wenigen großen und zentralen Einheiten erfüllt werden könnten.

Allerdings teilten die Bundestagsabgeordneten mit, dass - um die stationäre Notfallversorgung auch in strukturschwachen Regionen zu stärken - vorsehen sei, alle Krankenhäuser, die die Voraussetzungen für den Erhalt von Sicherstellungszuschlägen erfüllen, mindestens als Basisnotfallversorgungsstellen einzustufen. Sicherstellungszuschläge dienen dazu, in strukturschwachen Regionen eine stationäre Basisversorgung aufrecht zu erhalten. Ferner sei im Koalitionsvertrag vorgesehen, dass der Bund die Strukturen der Notfallversorgung in dieser Legislaturperiode überprüfen und verbessern will.

Wohnortnahe Betreuung sicherstellen

Die Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung sowie der Schwerpunktversorgung müssen mit ihrer hochwertigen ärztlichen und pflegerischen Expertise in kommunaler Trägerschaft erhalten bleiben und dazu auch über die Möglichkeit einer Notfallversorgung verfügen, unterstützen die Landräte ihre Forderungen gegenüber den Bundestagsabgeordneten unisono. Vor allem forderten sie, dass „die im Bund politisch Verantwortlichen die bedarfsgerechte Versorgung in den ländlichen Regionen stärker in den Blick nehmen“ und dabei nicht ausschließlich dem G-BA das Feld überlassen. „Die Menschen in unserer Region schätzen ihre gute und wohnortnahe medizinische Betreuung. Bund und Land müssen Sorge dafür tragen, dass die Landkreise diese auch weiterhin sicherstellen können“, sagten die Landräte.

Die sieben Landräte und die beiden Bundestagsabgeordneten werden vor diesem Hintergrund ein gemeinsames Schreiben an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und an den Sozialminister des Landes Baden-Württemberg, Manfred Lucha senden, um auf die Situation aufmerksam zu machen.

Bernd Weltin



Die Gesundheitspolitik stand im Mittelpunkt der grenzüberschreitenden Landräteversammlung, die vor kurzem in Langenau (Alb-Donau-Kreis) stattfand (im Bild von links): Thomas Reinhardt (Heidenheim), Bundestagsabgeordneter Roderich Kiesewetter (Wahlkreis Aalen-Heidenheim), Thorsten Freudenberger (Neu-Ulm), Stefan Rößle (Donau-Ries), Bundestagsabgeordnete Ronja Kemmer (Wahlkreis Ulm), Leo Schrell (Dillingen), und Heiner Scheffold (Alb-Donau-Kreis). Zu diesem Landrätesprengel gehören auch die Landräte Hubert Hafner (Landkreis Günzburg) und Klaus Pavel (Ostalbkreis), die aber aus terminlichen Gründen verhindert waren.

Bild: LRA ADK

Hoher Besuch aus Brüssel im Passauer Landratsamt

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist die Stimme der Regionen und Städte in der Europäischen Union. Der Generalsekretär dieser gerade für Kommunen wichtigen Einrichtung der EU, Jiri Buriánek besuchte Landrat Franz Meyer im Passauer Landratsamt.

Aus Sicht der Kommunen sei Buriánek einer der wichtigsten Männer Europas, stellte der Landrat anerkennend fest. „Die Kommunen und die kommunale Politik sind die Basis der Europäischen Union. In die Bürgermeister und Landräte haben die Bürger vor Ort großes Vertrauen“, so der Generalsekretär. Und dieses Vertrauen wolle man auch auf die Ebene der EU-Politik bringen. Gegenüber der EU seien die Bürger oft im Abschottungsmodus. Der direkte Dialog mit den Menschen vor Ort sei ein wichtiges Mittel, um das Vertrauen der Bürgerschaft zu gewinnen, so Jiri Buriánek gegenüber dem Landrat. Man wolle keine „One-Way-Politik“ machen und darüber hinaus die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der EU fördern.

Europaregion birgt Potenziale

Auch Landrat Franz Meyer sprach sich für diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus. „Mit der Europaregion ‚Donau-Moldau‘ gehen wir hier in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn aus Österreich und Tschechien mit gutem Beispiel voran,“ betonte Landrat Franz Meyer. Diese Region habe großes Zukunftspotential auch im wirtschaftlichen Bereich, weiß Jiri Buriánek und nannte beispielhaft Kooperationen in der Automobilindustrie und der Weltmarktfahrt.

Das Projekt der Europäischen Union ist auch ein Projekt des Vergebens und Aussöhnens im Hinblick auf die Geschichte. Und um hier erfolgreich zu sein, brau-

che es das Vertrauen der Basis. Das sei nur über eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, so Buriánek. □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Integrationspreis der Regierung von Oberfranken:

Leuchtende Vorbilder

Initiativen aus Coburg, Hof, Kulmbach und Lichtenfels wurden mit dem diesjährigen Integrationspreis der Regierung von Oberfranken ausgezeichnet. Die Ehrung nahmen Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz und Innenstaatssekretär Gerhard Eck vor. Das Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro wurde vom Bayerischen Innenministerium bereitgestellt und auf die Gewinner aufgeteilt.

Zu den Siegern zählt der Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Coburg e.V. mit ihrem Projekt „treffpunkt Bertelsdorfer Höhe – 20 Jahre – 30 Nationen“. Der treffpunkt wurde 1998 als gemeinwesenorientiertes Projekt zur Integration von Spätaussiedlern im Coburger Stadtteil Bertelsdorfer Höhe gegründet. Im Laufe der Jahre hat er sich zu einer Anlaufstelle für Einheimische und Migranten aus insgesamt 30 Ländern entwickelt. Dessen Mitarbeiter sind Ansprechpartner bei Konfliktsituationen mit der Nachbarschaft, unterstützen Eltern und alleinstehende Mütter bei Erziehungsproblemen sowie deren Kinder bei schulischen Schwierigkeiten und beim beruflichen Einstieg. Gefördert wird außerdem die Stärkung des Ehrenamtes durch die Vermittlung der Jugendlichen in Vereine. Ziel des Projektes ist es, die einzelnen Bewohnergruppen im Stadtteil Bertelsdorfer Höhe zusammenzubringen und den treffpunkt als eine Stadteleinrichtung für alle weiter zu etablieren.

In dem ebenfalls ausgezeichneten Projekt „Flüchtlinge für Flüchtlinge“ der Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschulen im Landkreis Hof e.V. werden Flüchtlinge für Flüchtlinge aktiv: Indem

bereits erfolgreich integrierte Geflüchtete gezielt mit Neuankömmlingen zusammengebracht werden, werden diese zu Helfern, Vorbildern, Kulturvermittlern und Multiplikatoren. Als „Integrationsvorbilder“ begleiten sie neu angekommene Flüchtlinge, geben ihre Erfahrungen weiter und bieten Unterstützung. Hemmschwellen werden abgebaut und der Kontakt zur einheimischen Bevölkerung, zu Behörden und Vereinen erleichtert. Koordiniert wird das Projekt von einem anerkannten Asylbewerber aus Syrien, der von einem Team ehrenamtlich Tätiger unterstützt wird.

Brücke zwischen den Kulturen

Als preiswürdig erachtet wurde auch die Geschwister-Gummi-Stiftung, Kulmbach mit ihrem Projekt „Frauen für Frauen – Brücke zwischen den Kulturen – Ankommen im deutschen Alltag“. Es beruht auf der Idee, Migranten, die bereits in Deutschland auf eine gelungene Integrationsbiografie zurückblicken können und sowohl gesellschaftliche als auch wertorientierte Maßstäbe Deutschlands (Schulwesen, Haltung zur Bildung, Zusammenleben) repräsentieren und vermitteln können, in den Integrations-

prozess für andere Migranten mit einzubinden. Der Familientreff der Geschwister-Gummi-Stiftung ist Mittelpunkt eines Netzwerkes von Unterstützern, Helferkreisen, Integrationsprojekten und Anlaufstelle für Neuzugewanderte.

Ein weiterer Gewinner des Integrationspreises ist die Bürgerstiftung für Jugend und Familie im Landkreis Lichtenfels mit ihrem Projekt „Länderübergreifende Begegnungen – Menschen, Kultur, Kulinarisches & Alltagshilfen“, das sich aus mehreren Bausteinen zusammensetzt. So trafen sich im Café der Begegnungen zwischen 2015 und 2017 Einheimische und Migranten zum Austausch. Ziel war es, bestehende Vorurteile abzubauen und ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Das Nachfolgeformat „Kultur erleben“ ist seit September 2017 am Start. Neben den nach wie vor lebendigen persönlichen Begegnungen werden vielfältige Aktivitäten angeboten, wie gemeinsame Tanz- und Musikveranstaltungen sowie Kochkurse. Praktische Alltagshilfen wie der Erwerb des Mietführerscheins, eine Veranstaltung zum Thema Verkehrssicherheit in Deutschland oder Beratungsangebote im Büro der „Aktiven Bürger“ sind ebenfalls Bestandteil des Projektes.

Maßnahmenpaket

Als „leuchtende Vorbilder“ bezeichnete Innenstaatssekretär Gerhard Eck die Finalistinnen und Finalisten. Die Gewinner des Integrationspreises mit ihren herausragenden Initiativen zeigten eindrucksvoll, wie Integration vor Ort gelingen kann. Hierfür habe der Freistaat ein bundesweit beispielloses Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht: „Mit rund 1,9 Milliarden Euro fördern wir im Doppelhaushalt 2017/2018 etwa die Vermittlung von Alltagskompetenzen, unserer Werte und vor allem das Erlernen unserer Sprache – denn Deutsch ist der Schlüssel für Verständigung und gelingende Integration.“ Bei all diesen wichtigen Integrationsaufgaben habe Bayern sehr gute Erfahrungen mit der Vernetzung von Haupt- und Ehrenamtlichen gemacht. Deshalb würden Letzteren mit den Integrationslotsen kompetente und verlässliche Ansprechpartner zur Seite gestellt. DK



Heidrun Piwernetz, Regierungspräsidentin von Oberfranken, (Zweiter von links), Innen- und Integrationsstaatssekretär Gerhard Eck, MdL, (Zweiter von rechts), Oberbürgermeister Norbert Tessmer, Stadt Coburg, (rechts) und die Mitglieder des Caritasverbandes für die Stadt und den Landkreis Coburg e.V. Bild: W. Traßl, Regierung von Oberfranken



Der Generalsekretär des Europäischen Ausschusses der Regionen Jiri Buriánek (links) gemeinsam mit Landrat Franz Meyer. □



Unser Bild zeigt (v.l.) Landrat Peter Dreier (Landshut), Landrat Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau), Landrat und Bezirksvorsitzenden Franz Meyer (Passau), Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, Landrat Michael Fahmüller (Rottal-Inn), den Präsidenten des Bayer. Landkreistages Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), Landrat Josef Laumer (Straubing-Bogen) und Landrat Heinrich Trapp (Dingolfing-Landau).

Bild: Bayer. Landkreistag

Niederbayerische Landräte sprechen Klartext beim Minister

Passau/Berlin. Die bayerischen Landräte, unter Führung von Präsident Christian Bernreiter (Landrat des Landkreises Deggendorf), waren zu politischen Gesprächen in Berlin. Auch die niederbayerischen Landräte nutzten die Gelegenheit zum intensiven Gedankenaustausch mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz, mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, mit Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller, mit den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag, bei Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und nicht zuletzt bei Bundesgesundheitsminister Jens Spahn.

Schwerpunktthema der Gesprächsrunde in Berlin war die Krankenhausfinanzierung und die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Präsident Christian Bernreiter wie auch der Bezirksvorsitzende des Bayer. Landkreistages in Niederbayern, der Passau-

er Landrat Franz Meyer, forderten, dass die Kostenscheide zwischen Tarifierhöhung und -erstattung seitens des Bundes bzw. der Krankenkassen geschlossen werden muss. Wir brauchen die Existenzsicherheit für unsere Kreiskrankenhäuser, forderten die Landräte

und erwarten von Bundesgesundheitsminister Spahn hier klare Signale. Begrüßt wurde der Einstieg in der Erstattung im Pflegebereich, aber dies ist in keiner Weise ausreichend, so die Landräte.

Resolution der niederbayerischen Landräte

Landrat Franz Meyer übergab im Auftrag der niederbayerischen Landräte eine Resolution an den Bundesgesundheitsminister, die bei der jüngsten Bezirksversammlung einstimmig von den niederbayerischen Landräten verabschiedet wurde. □



Am Wochenende des 11. Novembers war im Rathaus auch die Ausstellung der Schülerinnen und Schüler aus Gerolzhofen, Mamers, Scarlino (Italien) und Elek (Ungarn) zu sehen. Die Bilder und Texte sind Anfang 2019 dann in der Tourist-Information in Mamers ausgestellt, ehe sie in die anderen Partnerstädte Gerolzhofens gebracht wird.

Bild: Stadtverwaltung Mamers

Vor 100 Jahren endete der Erste Weltkrieg

Gemeinsames Gedenken in der Gerolzhöfer Partnerstadt Mamers

Mamers/Gerolzhofen. Jedes Jahr am 11. November wird in Frankreich den Opfern des Ersten Weltkriegs gedacht. Am 11. November 1918 wurde der Waffenstillstand im bis dahin größten Krieg der Geschichte mit 17 Millionen Toten unterschrieben.

Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Kriegsendes fand am Sonntag, 11. November 2018, eine große Zeremonie in der Gerolzhöfer Partnerstadt Mamers statt. Mehrere Hundert Personen, darunter auch Veteranen des 2. Weltkriegs und des Algerienkriegs von 1954 bis 1962 sowie zahlreiche Kinder und Jugendliche, nahmen an der mahnden Erinnerung teil. Auch Gerolzhofens Bürgermeister Thorsten Wozniak reiste an.

Von einem „sehr eindrucksvollen Erlebnis“, berichtete Wozniak, der mit einer insgesamt vierköpfigen Delegation nach Mamers fuhr. Die Feierlichkeiten anlässlich des 100-jährigen Kriegsendes begannen mit einem Festgottesdienst, den Pfarrer Christian Le Meur in der Kirche Église Notre Dame de Mamers feierlich gestaltete. Das mahnde Gedenken mit National- und Europahymne sowie der Niederlegung von Blumen fand dann – leider bei Dauerregen und typischer Novemberkälte – zuerst am Friedhof, dann am Mahnmal neben dem Rathaus statt. Traditionell wird den

gefallenen Soldaten der Stadt gedacht, indem alle Namen verlesen werden.

Zeichen der Freundschaft

Sous-Préfète d'arrondissement Marie-Pervenche Plaza freute sich in ihrer Ansprache darüber, dass die beiden befreundeten Bürgermeister, Frédéric Beauchef (Mamers) und Thorsten Wozniak aus Gerolzhofen, erstmals diese Gedenkveranstaltung gemeinsam begingen. Dieses Zeichen der Freundschaft ist ebenso bedeutungsvoll wie das gemeinsame Gedenken von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Emmanuel Macron am Tag zuvor, so die Regierungsvertreterin.

Bürgermeister Wozniak sprach in seiner Rede die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung an: „Wir sind Europa. Lassen Sie uns weiterhin einstehen für Frieden, für Freundschaft und für Freiheit in Europa. Lassen Sie uns weiterhin ein starkes Zeichen für ein gemeinsames Europa setzen.“

Der Mamerser Bürgermeister Frédéric Beauchef erinnerte dar-

an, dass man die Geschichte und das Leben der Gefallenen und der Opfer der Kriege nicht vergisst. Deshalb sei es wichtig, Zeremonien wie diese zu veranstalten: Aus der Erinnerung ergibt sich Verantwortung für Frieden.

Unter den Anwesenden war auch General Bongrain. Der 97-jährige lebt heute in Versailles, wohnte früher aber viele Jahre in Mamers. Er arbeitete u.a. mit dem früheren Staatspräsidenten Frankreichs, Charles de Gaulle, zusammen. Der General freute sich sichtlich über die Besucher aus Gerolzhofen und unterhielt sich in fließendem Deutsch.

Selfie-Time

Nicht nur das unterstrich an diesem Tag die besondere Freundschaft zwischen den beiden Partnerstädten und zeigte, dass es insbesondere Franzosen und Deutsche in Europa geschafft haben, Freunde zu werden. Auch beim mehrstündigen Bankett mit den Veteranen entwickelten sich lebhaftes Gespräch zwischen den Franzosen und den Gerolzhöfern. Es wurde viel gelacht, gemeinsame Fotos geschossen; am Ende reichte man sich zum Abschied die Hände oder umarmte sich.

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Jetzt am Nikolaustag spürt man, dass das Jahr unwiderruflich dem Ende zureibt. Noch ein paar Tage rastlose Hektik, dann Innehalten an den Weihnachtstagen, anschließend zwei herrlich ruhige Ferienwochen und dann sind wir schon kopfüber im Jahr 2019 gelandet!“ Mein Chef, der Bürgermeister, steckte sich gerade den großen Weihnachtsmannkopf aus Schokolade in den Mund, der hinter dem heutigen Adventskalendertürchen zu finden war.

Aber war da nicht noch was? Inmitten des ganzen Weihnachtshypes, der sich nur auf den Tag der großen Bescherung hinzuorientieren scheint, gerät mehr und mehr in Vergessenheit, dass die Vorweihnachtszeit deshalb Advent heißt, weil man sich auf die Ankunft

Rüstzeit hieß das mal

Christi, *adventus Domini*, vorbereiten soll. Rüstzeit hieß das mal, als die Traditionen rund um das Weihnachtsfest keine schützenswerten Kulturgüter, sondern selbstverständliche Bestandteile des Lebens im Jahreskreis waren.

Dazu gehört eben – jedenfalls für die Katholiken und die Orthodoxen – auch der Nikolaustag. Aber auch Protestanten können sicher mit der frommen Geschichte eines guten Menschen, um dessen Wohltätigkeit sich viele Legenden ranken, mehr anfangen, als mit einem rotbäckigen Fettsack, der mit roter Pudelmütze auf dem Kopf Rentnierschlitzenrennen fährt, sich durch Schornsteine fallen lässt und in einem fort Ho-Ho-Ho schreit. Diesen Santa Claus oder Weihnachtsmann hat vor mehr als einem Jahrhundert ein amerikanischer Brausekonzern erfunden und auf der ganzen Welt populär gemacht. Seither drängt er den Bischof von Myra immer mehr aus dem Bewusstsein und den Weihnachtsbräuchen heraus. Dabei war über Jahrhunderte der Nikolaustag der eigentliche Tag des Beschenkens, will doch die fromme Sage, dass Nikolaus als Erbe eines großen Vermögens drei Schwestern, für deren Verheiratung deren armer Vater nicht genug Mitgift aufbringen konnte, je einen ansehnlichen Goldklumpen geschenkt

hat, damit sie ihr Eheglück finden und nicht als Prostituierte enden mussten.

Er tat dies heimlich. Nachts warf er das Gold in das Zimmer der Mädchen. Deshalb bringt Nikolaus auch den braven Kindern süße und vitaminreiche Gaben in der Nacht, meist heimlich. Nur wenn er sich als studentische Hilfskraft etwas dazu verdienen will, kommt er in vollem Bischofsornat, den Krampus an seiner Seite und hält Gericht über die Kinder. Soweit die nicht nur für mich in meinen frühen Tagen unumstößliche Wahrheit. Streit gab es höchstens um die Frage, ob der berühmte Nikolausabend aus dem Kinderlied die Nacht vom 5. auf den 6. meinte oder ob man noch den ganzen Nikolaustag rumbringen musste, bis man mit dem Sack mit den Geschenken rechnen konnte.

Wichtig war auch noch der 8. Dezember, Mariä Empfängnis, den aber nur noch unsere österreichischen Nachbarn als Feiertag begehen. Andernorts sind weitere Stationen der Rüstzeit hoch im Kurs, etwa das Luziafest in Skandinavien, wobei diese Heilige auch bei uns ihre Traditionen hat, etwa das Luzienhäuschenschwimmen in Fürstfeldbruck.

Natürlich ist es weltfremd zu hoffen, dass die Zeiten des langsamen Vorbereitens auf Weihnachten, das bewusste Leben mit und in den Traditionen der Adventszeit wiederkehren könnten. Unsere Welt ist nun einmal so, wie sie ist: Schnell, konsumorientiert, den Glauben und die christliche Überlieferung eher als Beiwerk, denn als Teil des Lebens verstehend.

Mein Chef, der Bürgermeister, wünscht sich aber, dass trotzdem manche Traditionen nicht untergehen. Also Kampf dem Weihnachtsmann wie demjenigen aus dem Adventskalender. Deshalb bat er mich, schnell bei unserem Konditor richtige Schokoladen Nikolaus zu besorgen, angetan mit Mitra, Bischofsstab und edlem Gewand, die er in einer Grundschule verteilen und dabei die anrührende Legende des frommen Bischofs von Myra erzählen will. Ganz im Sinne von Irmgard Erath und ihrem passenden Kalenderspruch: „Weihnachten ist nicht nur da, wo Lichter brennen, sondern überall dort, wo wir die Welt ein wenig heller machen“.

ihre Sabrina

Wenngleich die Einladung offizieller Natur war, also nicht von den Partnerschaftskomitees ausging, so blieb natürlich an den Tagen in Mamers auch Zeit für andere Begegnungen und um Freundschaften zu pflegen. Am späten Samstagnachmittag wurde die unterfränkische Delegation im Rathaussaal u.a. von Partnerschaftspräsident Michel Corbin, Bürgermeister Beauchef sowie den stellvertretenden Bürgermeistern Sandrine Plessix und Jacky Vrammout empfangen.

Hier war für das Wochenende die Europa-Ausstellung der Schülerinnen und Schüler aus Mamers, Gerolzhofen sowie den beiden weiteren Partnerstädten Gerolzhofens, Scarlino und Elek, zu sehen.

Partnerschaftsfest in Gerolzhofen

„Wie stelle ich mir die Zukunft Europas vor“ – darüber machten sich die jungen Menschen anlässlich des europäischen Partnerschaftsfestes 2017 Gerolzhofen Gedanken. Zu sehen sind vor allem Symbole für Frieden und Freundschaft. Die Bilder und inhaltlichen Ausführungen der Schülerinnen und Schüler werden in den nächsten Wochen in der Tourist-Info in Mamers ausgestellt. Dann geht die Ausstellung auf die Reise nach Elek und Scarlino.

Im Saal St. Louis informierte sich Bürgermeister Wozniak außerdem über das Denkmalcamp von französischen und deutschen Jugendlichen in Divitz. Daneben gab es natürlich auch geselligen Begegnungen in Mamers, zum Beispiel die Tref-

fen mit Mitgliedern des Partnerschaftskomitees, darunter die in Gerolzhofen bekannten Familien Ory und Vrammout, die auch heuer wieder zum Gerolzhöfer Adventsmarkt im Dezember anreisen werden.

Bei der Hinfahrt nach Ma-

mern machten die Gerolzhöfer übrigens Zwischenstopp in Dizi in der Champagne. Auch dort, in der Partnerstadt von Sommerach, gab es ein Treffen mit dem Partnerschaftskomitee und mit Bürgermeisterin Barbara Naveau. □



Neues Hochwasserschutzfahrzeug

Ein neues Fahrzeug unterstützt den Hochwasserschutz im Landkreis Pfaffenhofen. Der Versorgungs-LKW Modularer Gerätesatz Hochwasser (MGH) wurde bei der Freiwilligen Feuerwehr Ebenhausen stationiert. Das Fahrzeug war im Frühjahr 2018 vom Freistaat Bayern beschafft und dem Landkreis Pfaffenhofen im Rahmen des Katastrophenschutzes zur Verfügung gestellt worden. Bürgermeister Ludwig Wayand und Landrat Martin Wolf betonten die Möglichkeiten des Fahrzeugs beim landkreisweiten Hochwasserschutz, aber auch die Verantwortung des Personals beim Einsatz in Nachbargebieten. Bayernweit wurden 35 dieser Fahrzeuge beschafft und verschiedenen Standorten zugeteilt. Das Fahrzeug kann z.B. im Rahmen des Hilfeleistungskontingents des Landkreises überregional zur Katastrophenhilfe angefordert werden. Der Gerätewagen ist mit insgesamt 11 Rollcontainern ausgestattet, die verschiedenste Technik zur Hochwasserbekämpfung beinhalten. Unser Bild zeigt die Kinderfeuerwehr der Freiwilligen Feuerwehr Ebenhausen bei der offiziellen Inbetriebnahme des neuen Hochwasserschutzfahrzeuges. Die Verantwortlichen in der hinteren Reihe v.l.n.r.: Ralph Pelger, 1. Kommandant; Peter Ferber, stellv. Kommandant; Michael Steinberger, Kassier; Sabrina Eisinger und Daniela Bauer, Betreuerinnen der Kinderfeuerwehr, Martin Eberherr von der Fa. Thyssen-Dück GmbH & Co. KG und Martin Bergmaier

Bild: Landratsamt Pfaffenhofen

Bekenntnis zur Bildung in der Metropolregion Nürnberg

Die 33. Ratssitzung der Metropolregion Nürnberg stand unter dem Motto Bildung. Insgesamt 19 Kommunen der Metropolregion haben in den vergangenen Jahren in den Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements investiert.

Andreas Starke, Ratsvorsitzender der Metropolregion und Oberbürgermeister von Bamberg würdigte das große Engagement der Kommunen: „Wir sind stolz auf die bisherigen Erfolge: 28 Bildungskonferenzen zu wichtigen Zukunftsthemen unserer Region wie Digitalisierung, Fachkräftesicherung und Familienbildung in den letzten vier Jahren, 27 Bildungsberichte oder themenspezifische Bildungspublikationen, die dabei helfen, Bildungsangebote zu analysieren und Lücken zu identifizieren. Alles zusammen zeigt, Bildung steht bei uns in der Metropolregion ganz oben auf der Agenda.“

Beispielhaft präsentierte Landrat Gerhard Wagemann, in des-

sen Landkreis die Ratssitzung dieses Mal stattfand, die Schwerpunkte und vielfältigen Aufgaben des örtlichen Bildungsbüros, wie etwa das eigene Bildungsportal, die Studie zur Familienbildung im Landkreis oder – ganz aktuell – die Bildungskonferenz „Digitale Bildung“. „Als eine der ersten Bildungsregionen in Bayern legen wir großen Wert darauf, das Thema Bildung zukunftsweisend aufzustellen. Unter dem Motto ‚Bildung.Gemeinsam.Gestalten.‘ wollen wir möglichst viele Akteure einbeziehen“, so der Landrat.

Dr. Christa Ständcker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg, betont den visionären Charakter der Kommunen

in ihrem Bildungseingagement: „Kommunales Bildungsmanagement ist ein wichtiger Faktor der Regionalentwicklung. Es gibt einen konkreten Mehrwert durch Kooperation. Je umfassender der Wandel – Beispiel Bildung in der digitalen Transformation – desto wichtiger die Kooperation der Bildungsakteure über Institutionengrenzen hinweg.“ Die Geschäftsstelle der Metropolregion bietet über die Transferagentur zahlreiche Unterstützungsleistungen für die Kommunen an, wie Prozessbegleitung beim Strukturaufbau, rund zwölf Qualifizierungsveranstaltungen jährlich sowie eine aktive Vernetzung der Kommunen untereinander.

Verlängerte Kooperation

Hierzu verlängerten auf der Mitgliederversammlung fünf Oberbürgermeister und Landräte aus der Metropolregion die Zusammenarbeit über die Unterzeichnung einer Zielvereinbarung – 14 weitere folgen bis Ende des Jahres. „Ich freue mich über die Verlängerungen sehr, zeigen sie doch, dass die Kommunen in Sachen Bildung nicht nachlassen. Ganz im Gegenteil – mit den Landkreisen Kitzingen, Neustadt an der Aisch/Bad Windsheim, Neustadt an der Waldnaab und

Wunsiedel im Fichtelgebirge sowie der Stadt Weiden kommen sogar fünf neue Kommunen dazu“, so Dr. Ständcker.

Initiative „Bildungsregionen“

In den vergangenen Jahren hat sich viel in der kommunalen Bildung bewegt, nicht zuletzt mit bundesweiter Förderunterstützung und unterstützt durch bayernweite Initiativen: An der Initiative „Bildungsregionen“ des Freistaates Bayern beteiligen sich bereits 27 Kommunen der Metropolregion. Mit rund 45 Bildungsmanagern und -monitoren in 19 Kommunen und insgesamt 27 Stellen für die Bildungsintegration Neuzugewandelter sind zusammen rund 15 Mio. Euro Fördergelder des BMBF in die Region geflossen.

Die Bildungsbüros in den Kommunen haben bisher strategische Abläufe für Entscheidungen verankert und teilweise erstmalig ein kommunales Bildungsmonitoring etabliert. In den Blick genommen wurden dabei alle Bildungsspektoren – von der frühkindlichen Bildung, schulischen und beruflichen Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung.

Die Broschüre „Bildungsbüros in der Metropolregion“ macht das vielfältige Engagement der Kommunen in der Metropolregion transparent und würdigt die zahlreichen Aktivitäten in den Landkreisen und Städten: <https://bit.ly/2ziplbl>

Gemeinsam
Dinkelsbühls Zukunft gestalten.



Wir suchen für die Kommunalwahl 2020 eine/n sympathische/n und kompetente/n

Oberbürgermeisterkandidaten/in

für das mit B4 dotierte Mandat in der Großen Kreisstadt Dinkelsbühl.

Das 11.800 Einwohner starke Mittelzentrum im Herzen der Romantischen Straße mit seinem historischen Stadtbild, das vom Focus-Magazin sogar als schönste Altstadt Deutschlands bezeichnet wird, hat bei einer Oberbürgermeisterin, die die Stärken der Stadt bündelt und die Menschen wieder zusammenführt, ein großes Zukunftspotenzial. Wir suchen für den Kommunalwahlkampf 2020 einen klugen Kopf mit politischem Sachverstand, der neue Lösungen findet, den Bürgern der Stadt und den Mitarbeitern der Verwaltung Wertschätzung entgegenbringt und im gemeinsamen Handeln Perspektiven für eine positive und nachhaltige Stadtentwicklung schafft.

Sie haben Interesse? Bitte schicken Sie Ihre Bewerbung an: Freie Wähler Dinkelsbühl, Botzenweiler 28, 91550 Dinkelsbühl. Ein Wahlkampfproben und kampagnenfähiges Team - bestehend aus aktiven und ehemaligen Kommunalpolitikern - freut sich auf Ihre Bewerbung.

Kontaktcafé für Suchtkranke

Als ein „Angebot mit Tagesstruktur für chronisch Suchtkranke mit Beschäftigungsmöglichkeit“ soll in Würzburg ein sog. Kontaktcafé entstehen. Der Planungs- und Koordinierungsausschuss des Bezirks Unterfranken hat einstimmig beschlossen, dieses Gemeinschafts-Projekt von Bezirk Unterfranken sowie Stadt und Landkreis Würzburg und dem Jobcenter Würzburg zu befürworten.

Nach dem Vorbild anderer bayerischer Städte wie zum Beispiel München, Regensburg oder Augsburg wendet sich die Würzburger Einrichtung an Personen, die Drogen spritzen oder anders konsumieren sowie an Menschen, die Drogensubstanzen verwenden. In Kontaktcafés erhalten sie warme Mahlzeiten sowie medizinische Grundversorgung oder hygienisch einwandfreie Spritzen. Zudem können Rauschgiftsüchtige in diesen Einrichtungen Kontakt zu Fachkräften der Suchthilfe aufnehmen. Der gastronomische Bereich des Cafés bietet darüber hinaus zunächst sechs Mitarbeitern die Möglichkeit einer Arbeitsgelegenheit.

Die Stadt Würzburg stellt die entsprechenden Räume zur Verfügung und übernimmt die Miet- und Nebenkosten. Der Landkreis hat seine finanzielle Hilfe bereits fest zugesagt, und das Jobcenter Würzburg ist bereit, das Beschäftigungsprojekt für Arbeitslosengeld II-Empfänger zu fördern. Der Bezirk Unterfranken hat 106.700 Euro eingeplant, um das Projekt entsprechend zu finanzieren. □

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 20. Dezember 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- EDV · IT
- Kommunikationstechnologie · Breitband · Mobilfunk
- Organisation · Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.absperrpfosten.com

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

AVA-Software



ORCA
orca-software.com

Energiedienstleistung



Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbekbau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Masing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Hydraulik Anbaukomponenten



POWERED BY
HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren,
Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen,
Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen,
Bohrflüssigkeitpumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG

Unteregstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Kostendämpfung für Ihre
Lüftungs- und Klimaanlage

Clever investieren - doppelt sparen
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW®!

- Substitution von Heiz-, Kälte-, Rückkühllastung
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hochrentabel und betriebssicher
- Keim- und schadstoffübertragungsfreie Rückgewinnung
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum · Aschaffenburg: Fachhochschule · Bamberg: Klinikum · Bayreuth: Klinikum · Ingolstadt: Saturn Arena · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck · Regensburg: Universität · Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus · Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Nutzfahrzeuge



www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Straßenbeleuchtung



LEDIKIT® Streetlight
Digital LED-Upgrade
bestehender Straßenleuchten
mit Verstand und Verantwortung.

Laternix
transform Light to LED

Weitere Informationen:
T 0861 90992040 www.laternix.de

Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91283 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel. 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

BAYERISCHE GemeindeZeitung 2019

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
Di 1 <small>Neujahr</small>	Fr 1	Fr 1	Mo 1	Mi 1 <small>Tag der Arbeit</small>	Sa 1	Mo 1	Do 1	So 1	Di 1	Fr 1 <small>Allerheiligen</small>	So 1
Mi 2	Sa 2	Sa 2	Di 2	Do 2	So 2	Di 2	Fr 2	Mo 2	Mi 2	Sa 2	Mo 2
Do 3	So 3	So 3	Mi 3	Fr 3 <small>Landkreisverband Ostallgäu</small>	Mo 3	Mi 3	Sa 3	Di 3	Do 3 <small>Tag der Deutschen Einheit</small>	So 3	Di 3
Fr 4	Mo 4	Mo 4	Do 4	Sa 4	Di 4	Do 4 <small>Bayerischer Bezirkstag</small>	So 4	Mi 4	Fr 4	Mo 4	Mi 4
Sa 5	Di 5	Di 5	Fr 5 <small>Expertenforum Bürgerbeteiligung Tübingen</small>	So 5 <small>33. Kommunalpolitischer Kongress, Kloster Plankstetten</small>	Mi 5	Fr 5 <small>Vollversammlung Bayerischer Bezirkstag</small>	Mo 5	Do 5	Sa 5	Di 5	Do 5
So 6 <small>Heilige Drei Könige</small>	Mi 6	Mi 6	Sa 6	Mo 6	Do 6	Sa 6	Di 6	Fr 6	So 6	Mi 6	Fr 6
Mo 7	Do 7	Do 7	So 7	Di 7	Fr 7	So 7	Mi 7	Sa 7	Mo 7	Do 7	Sa 7
Di 8	Fr 8	Fr 8	Mo 8	Mi 8 <small>Landkreisversammlung, Bayerischer Landkreistag, Veitshöchheim</small>	Sa 8	Mo 8	Do 8	So 8	Di 8	Fr 8	So 8
Mi 9	Sa 9	Sa 9	Di 9	Do 9	So 9 <small>Pfingstsonntag</small>	Di 9	Fr 9	Mo 9	Mi 9	Sa 9	Mo 9
Do 10	So 10	So 10	Mi 10	Fr 10	Mo 10 <small>Pfingstmontag</small>	Mi 10 <small>Bayerischer Städtetag</small>	Sa 10	Di 10	Do 10	So 10	Di 10
Fr 11	Mo 11	Mo 11	Do 11	Sa 11	Di 11	Do 11 <small>Vollversammlung Bayerischer Städtetag</small>	So 11	Mi 11	Fr 11	Mo 11	Mi 11
Sa 12	Di 12	Di 12	Fr 12	So 12	Mi 12	Fr 12	Mo 12	Do 12	Sa 12	Di 12	Do 12
So 13	Mi 13	Mi 13	Sa 13	Mo 13	Do 13	Sa 13	Di 13	Fr 13	So 13	Mi 13	Fr 13
Mo 14	Do 14	Do 14 <small>Winterdienst-Vorfahrtstage Oberwiesenthal BayWa</small>	So 14	Di 14	Fr 14	So 14	Mi 14	Sa 14	Mo 14	Do 14 <small>7. Bayerisches BreitbandForum</small>	Sa 14
Di 15	Fr 15	Fr 15 <small>4. Bayerisches InfrastrukturForum</small>	Mo 15	Mi 15	Sa 15	Mo 15	Do 15 <small>Mariä Himmelfahrt</small>	So 15	Di 15	Fr 15	So 15
Mi 16	Sa 16	Sa 16	Di 16	Do 16	So 16	Di 16	Fr 16	Mo 16	Mi 16 <small>KOMMUNALE KOMMUNALE 2019, Nürnberg Kommunaler Bedarf auf den Punkt gebracht</small>	Sa 16	Mo 16
Do 17	So 17	So 17	Mi 17	Fr 17	Mo 17	Mi 17	Sa 17	Di 17	Do 17	So 17	Di 17
Fr 18	Mo 18	Mo 18	Do 18	Sa 18	Di 18	Do 18	So 18	Mi 18	Fr 18	Mo 18	Mi 18
Sa 19	Di 19	Di 19 <small>Winterdienst-Vorfahrtstage Bischofsheim/Rhön BayWa</small>	Fr 19 <small>Karfreitag</small>	So 19	Mi 19	Fr 19	Mo 19	Do 19	Sa 19 <small>Parteitag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern, Lindau</small>	Di 19	Do 19
So 20	Mi 20	Mi 20	Sa 20	Mo 20	Do 20 <small>Fronleichnam</small>	Sa 20	Di 20	Fr 20	So 20	Mi 20	Fr 20
Mo 21	Do 21	Do 21 <small>Winterdienst-Vorfahrtstage Straubing BayWa</small>	So 21 <small>Ostersonntag</small>	Di 21	Fr 21	So 21	Mi 21	Sa 21	Mo 21	Do 21	Sa 21
Di 22	Fr 22	Fr 22	Mo 22 <small>Ostermontag</small>	Mi 22	Sa 22	Mo 22	Do 22	So 22	Di 22	Fr 22	So 22
Mi 23	Sa 23	Sa 23	Di 23	Do 23 <small>7. Bayerisches WasserkraftForum</small>	So 23 <small>BayWa auf der demopark</small>	Di 23	Fr 23	Mo 23	Mi 23 <small>Landrätetagung, Bayerischer Landkreistag, Bad Füssing</small>	Sa 23	Mo 23
Do 24	So 24	So 24	Mi 24	Fr 24	Mo 24	Mi 24	Sa 24	Di 24	Do 24	So 24	Di 24 <small>Heiliger Abend</small>
Fr 25	Mo 25	Mo 25	Do 25	Sa 25	Di 25	Do 25	So 25	Mi 25	Fr 25	Mo 25	Mi 25 <small>1. Weihnachtsfeiertag</small>
Sa 26 <small>Parteitag der BayernSPD, Bad Windsheim</small>	Di 26	Di 26 <small>Winterdienst-Vorfahrtstage Kirchheim/Teck BayWa</small>	Fr 26	So 26	Mi 26	Fr 26	Mo 26	Do 26	Sa 26	Di 26	Do 26 <small>2. Weihnachtsfeiertag</small>
So 27	Mi 27	Mi 27	Sa 27	Mo 27	Do 27 <small>12. Bayerisches EnergieForum</small>	Sa 27	Di 27	Fr 27	So 27	Mi 27	Fr 27
Mo 28	Do 28	Do 28 <small>Winterdienst-Vorfahrtstage Spitzingsee BayWa</small>	So 28	Di 28	Fr 28	So 28	Mi 28	Sa 28	Mo 28	Do 28	Sa 28
Di 29	Fr 29	Fr 29	Mo 29	Mi 29	Sa 29	Mo 29	Do 29	So 29	Di 29	Fr 29	So 29
Mi 30	Sa 30	Sa 30	Di 30	Do 30 <small>Christi Himmelfahrt</small>	So 30	Di 30	Fr 30	Mo 30	Mi 30	Sa 30	Mo 30
Do 31	So 31	So 31	Fr 31	So 31	Mo 31	Mi 31	Sa 31	Do 31	Do 31	Di 31 <small>Silvester</small>	

amplus
Mit Glasfaser gerüstet in die Zukunft.
www.amplus.ag

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.
Kommunal- und Gewerbetchnik auf grünen, grauen und weißen Flächen.
BayWa AG Technik
www.baywa.de/kommunaltechnik

Zukunft gestalten. Gezielt fördern.
Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderkredite für Ihre Investitionen. Näheres erfahren Sie unter www.bayernlabo.de oder über die Kommunal-Hotline +49 89 2371-22004.
Das Förderinstitut der BayernLB | BayernLabo

Seit 1996 Partner der Gemeindezeitung in Gestaltungsfragen.
Britta Eriskat
Grafikerin
089 26024325 | www.eriskat.de

Nähe ist einfach.
Weil man die Sparkasse immer und überall erreicht. Von zu Hause, mobil und in der Filiale.
www.sparkasse.de

Mein neuer Heimvorteil
Auch auf dem Land mit HighSpeed im Internet unterwegs.
breitbandausbau-m-net.de
m.net Mein Netz

E-Government ist einfach.
Mit GiroSolution und den Sparkassen vor Ort. Wir bieten Ihnen Lösungen für Online-Bezahrfahrten, elektronische Rechnungen und Kommunales Schuldenmanagement.
girosolution.de

Zeit für kommunales Engagement
ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen
www.engagement-global.de
mit Peer **SERVICESTELLE**
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT
www.service-eline-welt.de

Tank neue Energie!
Kommunale Energie (Kommunale Energie Schwaben)
Auf Dauer spart nur Schwaben-Power!
erdgas-schwaben.de
erdgas schwaben
schwaben.gasnet.net

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
Machen Sie mit und melden Sie sich beim GZ-Netzwerk an: www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Bayerische Gemeindezeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Brisauer Weg 44
82538 Gerstfeld
www.gemeindezeitung.de

Redaktion:
info@gemeindezeitung.de
08171 / 9307-11

Anzeigen:
Constanze von Hassel
hassel.constanze@gemeindezeitung.de
08171 / 9307-13

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
hassel.theresa@gemeindezeitung.de
08171 / 9307-10

© Bayerische Gemeindezeitung 2018

BAYERISCHE
GemeindeZeitung

Ihr Partner – Jahr für Jahr.
Wir wünschen ein erfüllendes 2019!